D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main
Nr. 214, Januar 1988
DM 5,—, 20. Jahrgang

Abrüstung

Renaissance der Überbauphänomene

Sowjetunion: 3 Jahre Gorbatschow

NATO-Diskussion

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

So heiß, wie in der Reformküche der Sowjetunion das ,,neue Denken'' gekocht wird, wird es noch lange nicht gegessen. Aber bereits die Vorspeise schmeckt nach mehr. ,,Glasnost'' und ,,Perestrojka'' haben nicht nur das Sowjetsystem, sondern die ganze Welt in Bewegung und die Köpfe gründlich durcheinander gebracht. Spätestens mit dem Washingtoner Gipfel wurde so ziemlich alles hinfällig, was Friedensbewegte und Linke immer befürchtet, gedacht und gesagt haben (wir natürlich ausgenommen. . .): nichts geht mehr. Der Verlust alter ,,Gewißheiten'' hat die Notwendigkeit eines neuen Denkens auch bei uns auf die politische Tagesordnung gesetzt. Was das für die Friedensbewegung bedeutet, diskutiert Rolf Wortmann im Kommentar.

Die Reformpolitik in der Sowjetunion ist seit Monaten Gegenstand zahlreicher Beiträge in der ,,links''. Ein wichtiger Anlaß dazu war der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution. In einem vielbeachteten Originalmanuskript hat der sowjetische Philosoph Anatolij Butenko die gegenwärtige Reformpolitik in den Zusammenhang ,,der Sache des Oktober'' (,,links'', Nr. 213, Dez. 87) gestellt. In dieser Ausgabe zieht Victor Zaslavsky eine Bilanz der dreijährigen Amtszeit Gorbatschows.

Mit ihren ,,klassischen Themen'' tun sich Linke heutzutage schwer. Von den Kämpfen der Stahlarbeiter in Rheinhausen nimmt man weithin ebenso nur Zeitungsnotiz wie zuvor von denen in Hattingen. Nicht einmal die IG Metall ist in der Lage, nennenswerte Solidarität zu organisieren. Man muß sich klarmachen, daß allein in Duisburg 10.500 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen! Was das für eine Region bedeutet, die durch und durch von den Stahlwerken abhängig ist, beschreibt Theo Syben in seinem auch nach den jüngsten Vereinbarungen aktuellen Beitrag. Er stellt darüber hinaus Konzepte vor, die zur Zeit unter den Belegschaften diskutiert werden.

Unseren LeserInnen wünschen wir eine interessante Lektüre über die Feiertage und ein ,,linkes'' neues Jahr.

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Helmut Burgwinkel, Micha Brumlik, Diethard Behrens, Dan Diner, Peter-Erwin Jansen, Detlev Claussen, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Andreas Werle, Horst-Dieter Zahn.

Redaktionssekretär: Gerhard Krum (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Geschäftsführerin: Beate Keßler

Satz: Marion Michell, Verlag 2000 GmbH

Gestaltung: Birgit Guhr, Gerhard Krum

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 5,—
Jahresabonnement DM 54,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 1
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kommentar

Rolf Wortmann: Der Gipfel der Verwirrung 5

links-aktuell

Theo Syben: Duisburg — Liverpool oder Aufbruch? 7
André Gunder Frank: Der Weg in die Krise 11

links-thema: Überbauphänomene

Peter Kern: Mythos und Management 14
Detlef Ipsen: Münchnener Image 17
Richard Schwarz/ Martin Muno/ Sebastian Reinfeld: Renaissance der Überbauphänomene 18
Carl-Wilhelm Macke: Max Raphael — ein Lehrmeister des Sehens 21

international

Reinald Wölle: Zur Freilassung Mbekis 22
Holm-Detlef Köhler: Interview mit Pablo Castellano 28
Ulrich Menzel: Der 13. Parteitag der KP China 31

links-diskussion: Sowjetunion

Victor Zaslavsky: Das entscheidende Jahr für die sowjetische Reformen 34

kontrovers: NATO

Andreas Buro: Friedenspolitik — ja, bitte 39
Bruno Schoch: Wie bitte? 42

cosa nostra

Detlev Claussen: Konflikt mit Teddy (mit zwei verschütteten Texten von Theodor W. Adorno) 43

forum 4
Termine
Kleinanzeigen

Veiter so!

lückwunsch für die ansprechende ufmachung! Macht weiter so: in r Sache identisch, in der Form eundlicher!

Rainer Riemenschneider

etr.: Links, Nr. 212, ovember 1987

‚Schwedisierung" und ‚Finnlandisierung"

s ist ja eine grauenerregende ee — nicht nur für Joschka Fi-cher — sondern auch für Dan Di-er, daß die Bundesrepublik ihren ilitärblock — die NATO — verlas-en könnte, denn es geht ein Ge-penst um. . . Diesmal allerdings cht das bekannte aus dem 19. ahrhundert, sondern das man-her Linken der 80er Jahre des 20. ahrhunderts — ein deutscher Na-onalstaat: ,,Blocküberwindung eißt, die deutsche Frage im Sinne es Nationalstaates neu zu stellen nd damit die Pandorabüchse alt-uropäischer Politik zu öffnen." ieser Satz hat den Fehler, daß er ne Lösung völlig ausklammert, e immerhin auch im Bereich des enkbaren liegt: zwei deutsche taaten außerhalb der Blöcke, wo-ei beide aufgrund ihrer wirtschaft-chen Bindungen enge Beziehun-en zu ihren früheren Blöcken eiter hegen können, also eine Schwedisierung" der Bundesre-ublik und eine ,,Finnlandisie-ng" der DDR.

Ganz abgesehen davon werden ei Diner und auch bei anderen erfechtern eines Verbleibs der undesrepublik in der NATO Fak-n übersehen, auf die hinzuwei-sen unabdinglich ist. Der Rüstungs-etat neutraler Staaten in Europa ist deutlich geringer als der der pakt-gebundenen. 1979 betrugen die Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttosozialprodukts: Finnland 1,4; Österreich 1,3; Schweiz 1,9; Bundesrepublik 3,3 (lediglich Schweden gibt prozentual ähnlich viel für Rüstung aus wie die Bundesrepublik). Man beachte hier vor allem die Rüstungshaushalte der Länder, die durch Friedensverträge in der Nachkriegszeit zustande kamen: Österreich und Finnland. Beide Länder sind nur schwach gerüstet; sie dokumentieren dadurch das Interesse der Siegermächte des 2. Weltkriegs an neutralen Staaten, von denen keine militärische Bedrohung ausgehen kann — und nicht nur das Interesse, sondern auch die Fähigkeit, das durchzusetzen. Ähnliches würde in einem Friedensvertrag auch für ein konföderiertes Deutschland oder für zwei neutrale deutsche Staaten festgelegt werden — nur mäßige Rüstung (vergleiche die Stalin-Note von 1952) und die Intervention der Siegermächte, falls diese überschritten wird.

Warum eigentlich diese Angst vor einem neuen deutschen Nationalismus? Ist in anderen neutralen Staaten ein besonders starker Nationalismus anzutreffen? Sitzt man hier nicht einem Klischee auf, wonach manche Völker von Natur aus nationalistisch sind, wenn sie nicht in supranationale Militärpakte eingebunden sind?

Christian Schauer

Betr.: links, Nr. 213, Dezember 1987

Höchst begrüßenswert

Die Berichterstattung und Analyse zum jüngsten Crash an den Börsen ist höchst begrüßenswert; insbesondere der Artikel von Rainer Staudhammer erscheint mir unter dem Gesichtspunkt kritischer Berichterstattung als lobenswert. Im übrigen sollte sich die Redaktion öfters um die Bereiche Ökonomie und Wirtschaftspolitik kümmern. Die gesellschaftliche Relevanz dieser Themenbereiche scheint mir offensichtlich zu sein.

In einer Zeit, wo auch kritisch denkende Menschen die Anerkennung eines vorbürgerlich anmutenden Modells des staatlichen Gewaltmonopols einfordern, kommt die Erklärung zum ,,Tod an der Startbahn West" gerade recht. Nicht zuletzt als Gegengewicht zu Äußerungen konservativer aber auch liberaler Politiker, welche hierdurch ihren Wunsch nach mehr ,,Sicherheit" legitimiert sehen.

Michael Hentschel

Betr.: links, Nr. 213, Dezember 1987

Falscher Zungenschlag

Als ich Ludis Artikel las, staunte ich nicht schlecht: was vom Spiegel nicht anders erwartet wird, hätte in der links wohl etwas differenzierter betrachtet werden müssen.

Gewiß ist es richtig: Personen in politischen Ämtern sind kein bloßer Ausdruck politischer Verhältnisse, sind nicht nur ,,Charaktermasken" des politischen Systems. Sie nehmen auch selbst Einfluß. Konkret: Perschau, der CDU-Bürgermeisterkandidat hätte anders gehandelt als Dohnanyi. Es erscheint als mutig, im aufgeheizten ,,Nach-Startbahn-Klima" Verträge mit der Hafenstraße zu unterzeichnen.

Ludis Artikel leidet jedoch an einem falschen Zungenschlag: die Vertragsunterzeichnung geschah aus einem taktischen Kalkül heraus: selbst der linken Tendenzen unverdächtige Hamburger Einzelhandelsverband sprach sich gegen eine Räumung aus — vor Weihnachten. Auch Dohnanyi konnte nicht an Randale vor Weihnachten gelegen sein, kurzum mußte das links-alternative Spektrum bis hin zu selbst linksliberalen Hafenstraßen-Unterstützerkreisen beruhigt, die Hafenstraße selbst ,,befriedet" werden (nicht umsonst weist der Vertrag Regelungen auf, die von den Hafenstraßen-Bewohnern — zu Recht — als Knebelung empfunden werden).

Es ging jedoch nicht nur um die Hafenstraße: in Hamburg steht ein Sparprogramm gewaltigsten Ausmaßes an, daß sich inhaltlich nicht von denen der (Neo-)Konservativen unterscheidet. Es sieht drastische Einschränkungen im sozialen Bereich vor, bei gleichzeitig erhöhten Mitteln für die ,,Standort-Planungen" (Stadtautobahnen, Messen). Dohnanyi (und dem Senat) kommt es darauf an, potentiell Betroffene nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt gegen sich aufzubringen, sondern sich als weitsichtige Instanz darzustellen.

Die Vertragsunterzeichnung mit der Hafenstraße hatte unbestritten eine politische Deeskalation zur Folge — beabsichtigt war eine Konfliktentschärfung im Sinne eines Ford-Managers — mit sozialdemokratischem Parteibuch.

Helmut Krüger

Rolf Wortmann

Der Gipfel der Verwirrung

Am 8. Dezember haben in Washington Gorbatschow und Reagan einen Vertrag unterschrieben, der für undenkbar gehalten wurde. Erstmals in der Geschichte des Rüstungswettlaufs zwischen den Supermächten wurden nicht nur Obergrenzen festgeschrieben und veraltete Systeme dem Schrott übergeben. Quantitativ sind zwar nur ca. 3 % des gesamten Nuklearpotentials der Vernichtung preisgegeben worden, aber qualitativ bedeutet das INF-Abkommen in der Tat eine Zäsur. Erstmals wird weltweit eine ganze Kategorie von hochmodernen Waffensystemen unter bislang unvorstellbaren Verifikationsbedingungen beseitigt.

Dieses Wunder löst auf nahezu allen Seiten Verwirrung aus. Von rechts bis links müssen sich viele Polit- und Militärstrategen fragen lassen, was von ihren früheren Analysen zu halten ist und ob sie nicht Opfer ihrer Weltbilder sind. Die konservativen haben Probleme, zu erklären, warum die UdSSR bereit ist, auf ein dreifaches Übergewicht im Mittelstreckenbereich zu verzichten und damit auch auf die legendäre SS-20. Ein Geschoß, das nach Einschätzung des Oberstrategen Feldmeyer von der FAZ immerhin die Funktion hatte, die NATO zu spalten. Ebenso müssen Teile der kritischen Friedensforschung und der Friedensbewegung erklären, warum ausgerechnet der Oberfalke und Aufrüster Reagan auf Waffensysteme verzichtet, die nach gängigen Analysen zu Erstschlag- und Enthauptungswaffen dämonisiert und als Instrumente eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges hingestellt wurden.

Alle tiefschürfenden Theorien, die Politik als Instrument verborgener Interessen wie einem militärisch-industriellen Komplex, sonstiger ökonomischer Interessen oder einflußreicher Militärs verstehen, scheitern an dem schlichten Tatbestand, den dieses Abkommen zum Ausdruck bringt: dem Primat der Politik.

Das politische Element ist schon während der Nachrüstungsdebatte unterbelichtet geblieben und hat möglicherweise den Blick für eine nüchterne Analyse verstellt. Daß die Stationierung der Auftakt eines nun drohenden Dritten Weltkrieges würde, haben wohl nur wenige befürchtet. Aber eine Eiszeit oder einen neuen Kalten Krieg zwischen Ost und West, verbunden mit einem gigantischen Rüstungswettlauf, haben nicht nur führende Sozialdemokraten prophezeit. Und ist schließlich das INF-Abkommen nicht die posthume Bestätigung der von Helmut Schmidt eingeleiteten und von Kohl/Genscher fortgeführten Politik? Spricht auf der Oberfläche nicht alles für die Behauptung, Standfestigkeit und Geschlossenheit im Bündnis zahle sich aus? Der Regierung die Vaterschaft des Abrüstungserfolges streitig zu machen, wird nicht gelingen, wenn man dagegen auf die Kämpfe der Friedensbewegung verweist. Damit soll die bewußtseinsverändernde Wirkung der Friedensbewegung in der Gesellschaft keineswegs unterschlagen werden, aber daß das Abkommen Resultat des Drucks der Massen gewesen sei, wird man kaum plausibel machen können.

Bei soviel konstatierbaren Fehlprognosen, Irrtümern und Verwirrung über das Geschehene ist eine Neubewertung der Dinge notwendig. Sie führt zwangsläufig zurück auf die politischen Motive und militärischen Erwägungen des NATO-Doppelbeschlusses und mündet in den Versuch, die dann folgende Entwicklung politisch zu interpretieren.

Primat der Politik

Vor genau zehn Jahren wurde das heute zum Abschluß gebrachte Drama mit der legendären Londoner Rede Helmut Schmidts inszeniert. Er konstatierte, daß sich durch SALT die nuklearstrategischen Potentiale der Supermächte neutralisieren und damit die regionalen Disparitäten an Bedeutung gewinnen. Er befürchtete, daß sich die Supermächte auf der strategischen Ebene bilateral auf Kosten eines unkontrollierten Rüstungswettlaufs im substrategischen Bereich einigten und damit das potentielle Kriegsrisiko auf Europa verlagerten. Seine Forderung zielte auf eine Einbeziehung aller Waffenkategorien in ein Gesamtgleichgewichtskonzept. Sein Anliegen traf bei der Carter-Administration zunächst auf wenig Gegenliebe. Man bemühte sich sogar, die mit Argwohn registrierte sowjetische Aufrüstung mit SS-20 als qualitativ nicht neue Bedrohung herunterzuspielen. Die Wende in der amerikanischen Administration erfolgte im Jahre 1978 nach Carters Debakel um die Stationierung der Neutronenwaffe. Nun drang die amerikanische Administration auf eine sofortige Gegenrüstung im Mittelstreckenbereich, traf damit aber auf den Widerstand der Bundesregierung. Der Kompromiß lag in der dann im Doppelbeschluß festgelegten Parallelität von Verhandlungen und Nachrüstungsdrohung. Für den Verhandlungsteil gebührt Schmidt die Vaterschaft des Doppelbeschlusses. In dem Berliner Parteitagsbeschluß der SPD vom Dezember 1979 konnte innerparteilich nur durch die Dominanz des Verhandlungsteils ein Kompromiß gefunden werden. Die SPD begab sich damit in das Dilemma, mit der Stationierung von Waffen zu drohen, die sie auf alle Fälle verhindern wollte. Das entscheidende politische Motiv bei Brandt und Bahr war die Befürchtung, daß die Entspannungspolitik in die Mühlen militärstrategischer Sachzwänge geraten und damit Schaden nehmen würde.

Daneben gab es eine militärstrategisch motivierte Begründung für neue Mittelstreckensysteme. Sie zog aus der nuklearstrategischen Parität die Konsequenz, daß damit das Rückgrat der Abschreckung obsolet und die Glaubwürdigkeit der Strategie der flexible response in Frage gestellt wird. Unter dem Stichwort einer erforderlichen „Eskalationsdominanz" des Westens zwecks Sicherstellung einer lückenlosen Abschreckung schien eine Erweiterung der Abschreckungstriade um eine eurostrategische Komponente sogar unabhängig von der Existenz der SS-20 erforderlich. Diesem militärstrategischen

Kalkül folgten nicht nur führende NATO-Militärs, sondern auch die Sicherheitsexperten von CDU/CSU (Mertes, Wörner und Strauß). Sie versprachen sich von den landgestützten Mittelstreckensysmten eine Lösung für den fraglich gewordenen Koppelungseffekt an den amerikanischen Nuklearschutzschirm. In der Logik dieser Argumentation lag die Forderung nach einer sofortigen Stationierung. Litt demnach der Doppelbeschluß schon an einer Halbherzigkeit, so war die von Reagan im November 1981 propagierte Null-Lösung als Verhandlungsziel ein Verbrechen an der militärischen Rationalität und Folge eines auf innenpolitische Stimmungen reagierenden Opportunismus. Aber die Null-Lösung war, wie Robert Held am 20.2.1986 in der FAZ mit rührender Offenheit bekannte, „in Wirklichkeit ein unsinniges Projekt, das nur Sinn hatte, solange man gewiß sein konnte, daß die Sowjets es ablehnen würden."

Eine Akzeptanz der Null-Lösung wäre aus sowjetischer Sicht einer Bestätigung der These westlicher Falken gleichgekommen, daß man mit der UdSSR nur aus der Position der Stärke zu positiven Verhandlungsergebnissen gelangen kann. Selbst die Kompromißlinie des „Waldspaziergangs" (Herbst 1982) scheiterte am Einspruch der Regierungen beider Supermächte. Nicht zuletzt dadurch entstand der Eindruck, als ginge es bei den Mittelstreckensystemen um eminent bedeutungsvolle strategische Optionen, die durch flankierende Debatten über gewinn- und begrenzbare Nuklearkriege in den USA an beängstigender Plausibilität gewannen. Faktisch hatte sich aber der Raketenpoker von seiner militärischen Logik zu einem reinen Politikum entwickelt. Im Vordergrund stand für den Westen die Demonstration der Handlungsfähigkeit und Einheit des Bündnisses. Es mußte der Eindruck vermieden werden, daß man dem massiven Druck der „fünften Kolonne Moskaus" nachgeben und damit sich indirekt von der UdSSR erpressen lassen würde. Zusätzlich galt es auch eine allzu entspannungsbereite BRD mit gefährlichen Neigungen, nationale Interessen und ein deutsch-deutsches Techtelmechtel über die Bündnisräson zu stellen, fest im Bündnis zu verankern. „Pershing gegen Rapallo" nannte sich das in Frankreich und die Stationierung bedeutete politisch die zweite Westintegration der BRD. Nach erfolgter Stationierung wurde der Aspekt der Bündniseinheit nicht zufällig von der Kohl/Genscher-Regierung am meisten betont.

Kohl konnte innenpolitisch die Stationierung nur halbwegs plausibel machen, weil er sie mit der Hoffnung auf Abrüstung verband. Er übernahm von seinem Vorgänger die Null-Lösung als Verhandlungsziel und machte damit aus Sicht konservativer Strategen einen schweren Fehler.

Bewegung durch Gorbatschow

Hoffnung auf substantielle Abrüstungsschritte bestanden trotz der Rückkehr der Sowjets an den Verhandlungstisch im Frühjahr 1985 nicht. Die Materie wurde durch die Verknüpfung mit dem SDI-Projekt noch problematischer. Bewegung in die festgefahrene Situation kam ausgerechnet durch eine weitreichende Änderung der sowjetischen Position unter Gorbatschow. Ihm gelang es, durch erhebliche Zugeständnisse (Verzicht auf Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearwaffen, Entkoppelung von SDI) in die Offensive zu kommen. Ohne diesen politischen Kurswechsel hätte es keinen Grund für die UdSSR gegeben, sich nun der westlichen Null-Lösung zu bedienen. Die Angst vor der Pershing II war es jedenfalls nicht. Schon die Degradierung Gromykos zum Staatspräsidenten signalisierte eine Wende. Wenn es eine sowjetische Absicht gewesen war, mit der SS-20 einen strategischen Keil in die NATO zu treiben, dann war dieses Unternehmen gescheitert. Unter Gorbatschow scheint die Sowjetunion aber ihre Sicherheitsinteressen überdacht zu haben. Alles deutet darauf hin, daß sie sich von der Fixierung auf die USA und den Ambitionen, eine ihr gleichwertige Weltmacht sein zu wollen tendenziell löst und eine europäischere Orientierung einschlägt. Die Betonung des „gemeinsamen europäischen Hauses" gewinnt dadurch an Gewicht, weil am Beispiel der Null-Lösung westeuropäischen Sicherheitsinteressen praktisch Rechnung getragen wird.

Und was hat die Reagan-Administration zur Abrüstung bewogen, wenn wir mit dem Verweis auf Nancys Einfluß ebenso unzufrieden sind wie mit Irgangate? Offensichtlich wurde der strategische Wert der Mittelstreckensysteme und insbesondere der Pershing II für die USA im Rahmen der „horizontalen Eskalation" (die ist vielmehr konventionell gedacht) überschätzt.

Aus amerikanischer Sicht sind sie auf einer Eskalationsstufe angesiedelt, wo sie einen sehr ambivalenten Charakter erhalten. Sie sind weder eindeutige Ankoppelungswaffen, wie die Westeuropäer gern glauben möchten, aber auch keine Garanten einer Abkoppelung, wie Theoretiker begrenzter Nuklearkriege annehmen. Es ist ferner zu vermuten, daß die Studie über den „Nuklearen Winter" viele Illusionen über gewinn- und begrenzbare Atomkriege zerstört hat. Zudem enthält schon das SDI-Projekt das Eingeständnis, daß mit Offensivwaffen ein entwaffnender Erstschlag unmöglich ist und die nukleare Abschreckung nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Die Angst vor einem Atomkrieg bleibt ein einigendes Band der rivalisierenden Supermächte.

Die Prioritäten der Supermachtbeziehungen werden auch anhand der Agenda des Gipfels von Reykjavik deutlich. Dort stand an erster Stelle die Verhinderung eines Atomkrieges und dann die Lösung regionaler Konflikte. An dritter Stelle folgten die Mittelstreckensysteme. Man kann das als weiteren Beweis dafür nehmen, daß Europa nicht mehr im Zentrum des Supermachtkonfliktes steht und die Rivalität sich auf die Sphären der Dritten Welt verlagert. Wie die UdSSR auf diesem Feld künftig agieren wird, bleibt abzuwarten.

Bezeichnend an diesem dann an SDI gescheiterten Gipfel für das amerikanisch-westeuropäische Verhältnis ist auch, wie überraschend schnell sich beide im Prinzip auf eine Beseitigung der Mittelstreckensysteme in Europa einig waren. Über alle militärischen Bedenkenträ[illegible] hinweg stellte Reagan eine Waffenkategorie zu Disposition, die gemäß der Logik der NATO-Militärs und konservativer Politiker in der BRD für die Sicherheit des Westens unabdingbar sind. Mit Schrecken wurde die sowjetische Abrüstungsbereitschaft konstatiert als selbst die nachgezogene Forderung nach eine Einbeziehung der kürzeren Reichweiten von Gorbatschow mit der doppelten Null-Lösung gekontert wurde. Die Unionschristen waren zu Gefangenen ihrer eigenen Propaganda geworden und da sie sich gegenüber einer abrüstungswilligen Öffentlichkeit nicht querlegen mochten, sehen sie sich in einem für sie problematischen Fahrwasser. Denn militärstrategisch hat man jetzt einen status quo ante und je kürzer die verbleibenden Reichweiten der Nuklearsysteme, desto deutscher das Risiko. Wenn demnächst auch noch die dritte N[illegible] Lösung im Verbund mit konventioneller Abrüstung angeboten wird, dann muß man die Regierung bremsen oder sie wird wider Willen zum Wegbereiter einer Denuklearisierung Mitteleuropas. Die WVO-Staaten haben im Frühjahr ihre Bereitschaft selbst über ihre Militärdoktrin zu verhandeln signalisiert. Dadurch entsteht eine paradoxe Situation: wenn die Regierung die Früchte der Abrüstung einheimsen will, dann macht sie das auf den Pfaden des „illusionären" sozialdemokratischen Projektes der „Gemeinsamen Sicherheit". Und je mehr die UdSSR und die WVO-Staaten auf diese Linie einschwenken, desto mehr sinkt die Bedrohung aus dem Osten und damit das Bindeglied der NATO. Für die Konservativen wird das eine finstere Strategie Moskaus zur Spaltung der NATO sein. Für uns entsteht damit eine Lage, die Perspektiven einer Entmilitarisierung der Blockstrukturen wahrscheinlicher macht. Als Schritt in diese Richtung ist das INF-Abkommen politisch bedeutungsvoll.

Theo Syben

Duisburg — Liverpool oder Aufbruch?

Duisburg, Oberhausen, Essen, Dortmund, Bochum, Hattingen . . . einerlei, die Städte unterscheiden sich sowieso nur durch ihre Ortseingangsschilder. Stahl und Kohle haben dieses Ballungszentrum geschaffen, haben entschieden, wo Siedlungen, Kanäle, Autobahnen gebaut wurden. Durch ihr Grundstücksmonopol hat die Montanindustrie über Jahrzehnte die Neuansiedlungen anderer Industrien erfolgreich verhindert, um Hunderttausende von Arbeitskräften alternativlos an sich zu ketten. Das Resultat: Die vielbeschriebene Monostruktur des Reviers. Konnte die Bergbaukrise der 60er Jahre noch halbwegs aufgefangen werden, so bedeutet der anstehende Kahlschlag bei Kohle und Stahl das Ende aller, heute schon hoch verschuldeten Revierkommunen. Allein der 1. Schub der Rationalisierungswelle, in den die IGBE mit ihrem „Überbrückungskonzept" (30.000 Arbeitsplätze) und die IGM mit ihrem Frankfurter Abkommen (35.000 Arbeitsplätze) kampf- und konzeptlos eingewilligt haben, läßt für das Revier eine Arbeitslosenquote von 25 % und darüber erwarten.

Die SPD-Kommunen stehen der ökonomischen, und damit auch der das Gesamtleben des Reviers betreffenden Katastrophe völlig hilflos gegenüber. In ihrer konkurrenzhaften Kirchturmspolitik buhlen sie mit finanziellen Anreizen, Grundstücken etc., um ansiedlungswillige „Kleckerbetriebe". High-Tech ist das Zauberwort, das durch die Amtsstuben geistert; dabei sind die Standortentscheidungen für die Neuen Technologien längst zugunsten des süddeutschen Raumes gefallen. Unverdrossen betreiben die Revierstädte die Polititur ihres Images weiter. Trotzdem ließen sich in den letzten 10 Jahren über eine Million Menschen nicht davon abhalten, das Revier, dieses „starke Stück Deutschland" (KVR, Kommunalverbund Ruhr, 12 Mio. Werbeaufwand) zu verlassen; natürlich waren es mehr junge, qualifizierte Arbeitskräfte als z. B. Sozialhilfeempfänger.

Von ‚Liverpoolisierung' zu sprechen unterstellt immer schon eine Arbeitslosenquote von 30 % - 40 % mit all ihren horrorähnlichen sozialen Folgen. Der Begriff antizipiert zu voreilig die Systemrationalität von Rationalisierung und Anpassungsprozessen regional dominierender Industriezweige. Er unterstellt die Niederlage, die Unausweichlichkeit kapitalistischer Strukturbereinigungsprozesse nach Vorstandsvorstellungen. Über die „Ökonomie der Armut", oder wie man das übriggebliebene Elend überhaupt noch sozialverträglich verwalten kann, wird noch zu reden sein.

Als Krupp mit seinem Ofen über den Rhein auf die Äcker ging, zogen die Arbeiter mit. So entstand — wie fast alle Ruhrgebietsstädte — Rheinhausen, heute ein westlicher Stadtteil von Duisburg mit ca. 55.000 Einwohnern. Seit Generationen hat man bei Krupp gelernt und gearbeitet. Von den rund 6000 Arbeitsplätzen lebt der Ort inclusive seiner gesamten Infrastruktur vom Metzger bis zur Tankstelle. Duisburg hat im Augenblick 16,7 % registrierte Arbeitslose, über 32.000 Menschen. Dazu kommen noch 19.000 Sozialhilfeempfänger und leere Stadtkassen. 10.000 - 15.000 Arbeitslose kommen allein aus der

Foto: Klaus Rose

Arbeitslosenquoten in den Revierstädten
(in Klammern Oktober 1987)

Herne	18,5 (18,3)
Castrop-Rauxel	17,7 (17,6)
Dortmund	17,5 (17,1)
Oberhausen	16,8 (16,6)
Duisburg	16,7 (16,5)
Gelsenkirchen	16,5 (16,6)
Hattingen	15,8 (16,2)
Bochum	15,7 (15,6)
Bottrop	15,7 (15,6)
Essen	15,2 (15,3)
Gladbeck	14,2 (14,1)
Mühlheim	14,2 (14,2)
Dorsten	13,9 (14,0)
Marl	13,6 (13,7)
Witten	13,5 (13,3)
Herten	13,4 (13,0)
Recklinghausen	12,5 (12,4)
Datteln/Waltr.	11,8 (11,9)
Moers	11,2 (11,4)
Velbert	7,5 (7,6)
Revier	15,3 (15,2)
NRW	10,8 (10,7)

(aus WAZ, 4.12.87)

Tabelle des Horrors

In der bundesdeutschen Stahlindustrie sind 40.000 Arbeitsplätze ernsthaft gefährdet. Wie sich der größte Teil des noch in diesem Jahrzehnt drohenden Kahlschlags auf die einzelnen Städte und Regionen verteilen könnte, zeigt die folgende Tabelle:

Duisburg	10.500
Saar	4.800
Oberhausen	3.000
Hattingen	2.900
Peine-Salzgitter	2.800
Düsseldorf	2.500
Oberpfalz (Maxhütte)	2.200
Siegen	1.900
Mühlheim	1.300
Osnabrück (Georgsmarienhütte)	1.200
Bremen	600
Troisdorf	600

In den Zahlen ist die Schließung des Krupp-Werkes in Duisburg Rheinhausen unterstellt.

Seit dem Jahr 1974 wurden hierzulande fast 95.000 Stahl-Arbeitsplätze vernichtet. Zur Zeit sind in der Branche noch 137.000 Menschen beschäftigt. Der Abbau um 40 Prozent ist geringer als in der gesamten EG, wo für mehr als 50 Prozent der damaligen Arbeitnehmer das „Aus" kam. Im Augenblick zählt die Zwölfer-Gemeinschaft noch 380.000 Stellen in der Stahlindustrie (Abgrenzung nach dem Montanunion-Vertrag).

(aus FR, 12.12.87)

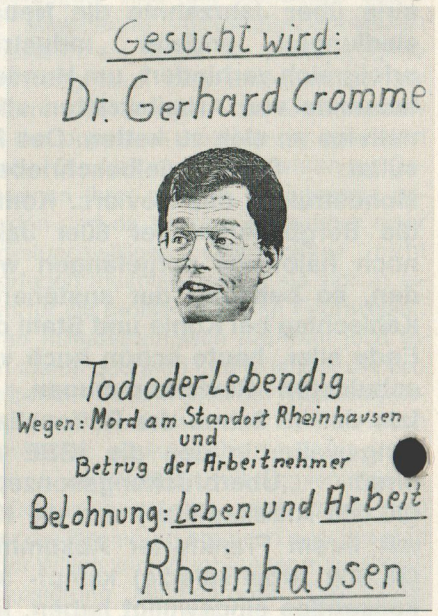
Stahlindustrie in allernächster Zeit dazu, 6000 davon sollen Kruppianer aus Rheinhausen sein.

Ende November wird durch eine ‚Indiskretion' (Zitat von Dr. G. Cromme, Vorstandsmitglied d. Krupp-Stahl AG) bekannt, daß Krupp, Mannesmann und Thyssen zur „Sicherung des Standortes Duisburg" kooperieren wollen. Übersetzt heißt das: Krupp schließt seine Rheinhausener Hütte, überträgt seine Profilstahlproduktion auf Thyssen und siedelt seine Vormaterialproduktion für Bochum auf der Huckinger Hütte von MRW an. Damit deuten sich die nächsten Probleme an, und Probleme heißen immer: Rationalisierung oder Stillegung: Die Stahlkapazität der Huckinger Hütte ist für die Produktion von Mannesmann und die dazukommende Produktion von Krupp Bochum zu knapp. Dies könnte bedeuten, daß entweder MRW aus dem Großrohrsektor aussteigt, oder aber Krupp seine Warmbreitbandstraße in Bochum schließt, weil sie auch von den sechs in der BRD betriebenen Warmbreitbandstraßen mit als am meisten gefährdet gilt. Und mindestens eine Warmbreitbandstraße soll laut EGKS (Europ. Gem. f. Kohle u. Stahl) in der BRD stillgelegt werden. Fazit: Es scheint sich hier wieder einmal um eine Durchgangslösung zu handeln, die den nächsten Schritt vorbereiten soll. Evtl. diesmal sogar den Ausstieg von Krupp aus der Stahlindustrie. Stahlexperten wagen schon die Prognose für das Jahr 2000: *Nur Thyssen und Klöckner bleiben als integrierte Hüttenwerke übrig.*

Der Kampf der Belegschaft von Rheinhausen oder „Jeder stirbt für sich allein"

Die Nachricht von der Stillegung des Werkes Rheinhausen war für alle Betroffenen völlig überraschend. Noch vor einem halben Jahr hatten sich der Krupp-Vorstand und der Betriebsrat auf ein ‚Optimierungskonzept' geeinigt, das den Arbeitsplatzabbau auf 4.200 bei Erhaltung des Stahlstandortes mit Sozialplänen, Abfindungen und ‚Warteschleifen' abfedern sollte. ‚Warteschleifen' sind außerbetriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten, gekoppelt mit einer Wiedereinstellungsgarantie — vorausgesetzt, daß es den Betrieb dann noch gibt. Der Krupp-Vorstand hatte also nicht nur Schein-Verhandlungen auf betrieblicher Ebene geführt, sondern darüber hinaus noch die Frankfurter Verträge mit der IGM gebrochen, wonach es keine Massenentlassungen geben sollte. Die Empörung war groß!

Am Montag, den 30.11.87, unmittelbar nach Bekanntwerden der Stillegungsabsicht lud der Betriebsrat zu einer öffentlichen Belegschaftsversammlung ein. 10.000 Menschen fanden sich in einer riesigen, leeren Werkeshalle ein, die bei jedem einen nachhaltigen Eindruck von toten Industrieanlagen hinterließ. Kollegen hatten einen Zug mit noch warmen Brammen in die Halle gefahren, um sie ein wenig aufzuwärmen. Die Stimmung war gut, und je kämpferischer die Rede war, umso heißer wurde das Publikum. Alle Beiträge blieben auf der moralisierenden Ebene von „Vertragsbruch, Vertrauensbruch, Lügnern, Verbrechern", wobei der Hauptfeind auch gefunden wurde: Dr. Cromme vom Krupp-Vorstand, der die Entscheidung seines Konzerns vertrat. Seine Rede wurde von Pfeifkonzerten und Südfrüchten begleitet. Diese Personifizierung von Kapitalentscheidungen (früher hätten wir gesagt: „Charaktermasken des Kapitals") verhindert und soll auch seitens bestimmter Kreise die Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge verhindern. Es ist halt einfacher, Menschen zum Feind zu erklären als Strukturen zu verändern. Ein schlimmer Auswuchs!



Zwei Wochen nun dauert schon der Kampf, der vom Betriebsrat, dem Bürgerkomitee, der Belegschaft und betroffenen Bürgern bis zur physischen Belastungsgrenze geführt wird. All die Erfahrungen, die vorher in Hattingen, Oberhausen oder Dortmund gemacht worden sind, fließen in den Rheinhausener Kampf ein. Unabhängig vom Ausgang bei Krupp muß festgehalten werden, wie wichtig eine selektive Gegenwehr ist. Tausende von ‚Normalbürgern' oder KollegInnen haben Erfahrungen gemacht, die ohne die Bewegung nicht möglich gewesen wären. Ob beim Schreiben, Plakatieren, Organisieren, Brücken-, Autobahn-, Straßen sperren, bei der „Erstürmung" des Krupp Heiligtums,

der „Villa Hügel" oder sonstwo — Tausende haben ihre eigenen Verhaltensgrenzen verlassen und jede Menge gelernt. Auch die hartnäckigen Vorurteile gegenüber Frauen, „Ausländern" etc. wurden bei vielen stark angeknabbert. Wichtig auch das ‚Wir-Gefühl', das einem die Ahnung vermittelt, von anderem Leben, von der Möglichkeit, solidarisch miteinander umzugehen. „In Rheinhausen fühl ich mich jetzt nachts so sicher wie sonst nirgendwo auf Duisburgs Straßen", sagt eine Bekannte von mir — und sie hat recht.

Die Defensive

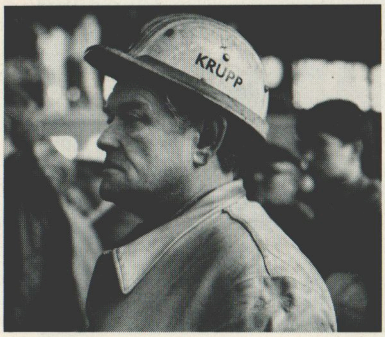
Die Parole „Rheinhausen darf nicht sterben" ist im Grunde genommen eine Defensivforderung. Oberhausen durfte auch nicht sterben, und ist gestorben. Hattingen, Dortmund, die Masehütte durften. . . Forderungen, die immer dann kommen, wenn die Konzerne in die Offensive gehen und den neuen Kahlschlag ankündigen. Die Politik der Vorstandsetagen ist die „Scheibenpolitik", Streuen der Rationalisierung mit exaktem Timing. Belegschaften werden gegeneinander ausgespielt; hier in Duisburg verhalten sich Thyssen und Mannesmann verdächtig ruhig und belassen es bei verbaler Solidarität in der Hoffnung darauf, auf Kosten von Krupp heil davonzukommen. Bei dem Stahlaktionstag, am Donnerstag, mußten sich Kollegen aus anderen Betrieben bei der Belegschaftsversammlung von Thyssen-Hamborn in der Rhein-Ruhr-Halle mit Gewalt Eintritt verschaffen, soviel Angst hatte der Betriebsrat vor Solidarisierungseffekten. Es ist traurig, aber wahr. Von diesen Belegschaftskonkurrenzen lebt die Stahlrationalisierungsstrategie. Jeder stirbt für sich allein!

Die glänzende Mobilisierung des Stadtteils Rheinhausen hat somit nur eingeschränkten Charakter. Nach sozialdemokratischem und IGM-Muster wird sie nur als Druckmittel für verschwiegene Verhandlungen angesehen, um eine bessere Verhandlungsposition zu haben bzw. das ‚Schlimmste' zu verhindern. Nach zwei Wochen Kampf erste Verhandlungen. Vielleicht gelingt es in Rheinhausen, den Stahlstandort mit ca. 2000 Kollegen vorübergehend zu halten, aber Scheibchen für Scheibchen. . . bis dann irgendwann einmal die Belegschaftsversammlung in einer Telefonzelle stattfinden kann. Ich sehe schon dieselben Parolen im Bergbau. Wenn die RAG oder sonstwer namentlich die ersten Schließungen bekannt gibt, gibt's Putz. Dann werden die Kumpel rausgeschickt: „Zeche Karl, Emil, Hohenzollern darf nicht sterben".

Die Offensive

Wir müssen ein Branchenkonzept für Kohle und Stahl entwickeln, ein Konzept, erarbeitet von allen Belegshaften und ihren Vertretern einer Branche. Ausgehend

Wer sich für das Ruhrgebiet interessiert, für kommunale, regionale und strukturelle Zusammenhänge, dem sei empfohlen: Krummacher u.a., „Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwerung — Die Beispiele Ruhrgebiet und München";
„Umbruch der Stadt — z.B. Bochum", beides Germinal-Verlag, Bochum



SPARKASSEN-SERVICE

Sonderkonto Hilfe f. Krupp Stahlarbeiter Rheinhausen

Konto-Nummer

25000 1930 350 500 00

Kontonummer Bankleitzahl

4100 DUISBURG 14, BEETHOVENSTRAßE

Mein persönlicher Berater Telefon 79/2569

von der realen Branchensituation muß eine planvolle und betriebswirtschaftlich tragfähige Gegenkonzeption erarbeitet werden, die sowohl die regionalen Strukturen als auch die Umweltgesichtspunkte mit berücksichtigt. Die Grundpfeiler einer solchen Gegenkonzeption:

- Alle Stahlstandorte müssen erhalten bleiben. Besser „solidarisch schrumpfen" als Kaputtsanierung vieler Standorte.
- Die Produktion muß sinnvoll nach oben erwähnten Gesichtspunkten auf alle Stahlstandorte verteilt werden.
- Neue Stahltechnologien und neue Produktkonzepte müssen mit einbezogen werden.

An dieser Stelle möchte ich auch eine Arbeitsvorlage vorstellen, die die ersten Diskussionsansätze in diese Richtung zusammenfaßt:

Rheinhausenplan

„Wir fordern ein Modernisierungsprogramm für das Walzwerk in Rheinhausen. Nur so kann ein hoher Beschäftigungsstand gesichert werden. Krupp Stahl AG hat die Finanzmittel. Nur die Hälfte der Investitionsmittel seit 1983 sind im Stahlbereich ausgegeben worden. Auch die öffentlichen Subventionsmittel sind nicht für den Erhalt der Stahlproduktion eingesetzt worden.

Walzwerksproduktion kann für Rheinhausen beschafft werden. Erstens gibt es Verkaufsangebote für Schwere Profile in der EG (ca. 1 Mio. jato laut PMM). Zweitens kann Thyssen seine Produktion von Schweren Profilen auf die Rheinhausener Hütte verlegen. Bei Thyssen arbeiten in diesem Bereich 500 Kollegen (Fertigstraße 1, teilweise 2) — in Rheinhausen wären 3.000 Arbeitsplätze damit zu sichern. Drittens ist die Frage, was mit der Profilstahlproduktion von Hoesch wird, wenn die Stahlerzeugung eingestellt wird (Spundwändeproduktion von Union!). Wir sagen nicht: her damit! Aber wir sagen: wenn hinterrücks sowieso schon ein branchenweites Konzept der Stahlkonzerne da ist, dann betrifft das auch Dortmund. Dann müssen die Dortmunder Kollegen schon jetzt mit Rheinhausen Konzeptionen für ihren Standort entwickeln, sonst schluckt morgen Thyssen sowieso alles!

Huckingen-Plan

Die Huckinger Hütte muß erhalten werdne. Dazu ist Grundlage, daß die Röhrenproduktion von MRW voll erhalten bleibt. Auch im Röhrensektor gibt es Möglichkeiten, Produktionen zu bündeln (Deutsche Röhrenunion von MRW, Hoesch, Salzgitter usw.). Die Mannesmannhütte muß von der Vertragsbedingung entbunden werden, nur Röhrenvormaterial zu produzieren. Demag hat eine Vorbandstranggußanlage fertig — mit Blechgießen könnte Mannesmann EG-weit absetzen!

Thyssen-Plan

Wenn wirklich, wie die Manager öffentlich sagen, die Stahlproduktion in Duisburg durch Zusammenarbeit der drei Duisburger Stahlkonzerne gesichert werden soll, dann kann Thyssen nicht nur die Hand aufhalten. Thyssen kann und muß etwas von seiner Produktion abgeben. Ein Thyssen-Monopol in Duisburg, im Ruhrgebiet und in der Bundesrepublik wäre unerträglich.

Nach vorliegenden Informationen wird die Duisburger Belegschaft von Thyssen bis Anfang der 90er Jahre um ein Drittel abgebaut — Grund genug, jetzt mit den Rheinhausenern zusammen den Kampf aufzunehmen! Der Standort Oberhausen könnte gesichert werden, wenn um das Elektrostahlwerk ein Schrottrecyclingzentrum mit einer vernünftigen Schrottwirtschaft aufgebaut wird. Als Teil einer öffentlichen Entsorgungswirtschaft im Ruhrgebiet könnte das auch öffentlich mitfinanziert werden.

Der Standort Hattingen, wo ein Umweltzentrum des Landes NRW entstehen soll, könnte gesichert werden, wenn dort die Altölverbrennung im Hochofen — unter öffentlicher Kontrolle — konzentriert wird, bevor allerorts die Stahlkonzerne das selbständig, unkontrolliert und unter Profitgesichtspunkten in die Hände nehmen.

Um den Thyssen-Konzern auf diese Bahn zu zwingen, ist ein gemeinsamer Kampf aller Belegschaften von Thyssen und mit allen anderen Belegschaften, die sich wehren, nötig.

Standort Dortmund

Seit 1980 steht die Forderung „Stahlwerk jetzt!" — und noch immer ist nichts draus geworden. Spätestens im nächsten Jahr müßte gebaut werden, wenn nicht die Stahlerzeugung in Dortmund um 1[illegible] auslaufen soll. Wie die Dinge bisher liegen, orientiert der Konzern auf die „Kaltwalz GmbH", also auf die Stahlverarbeitung unter Verzicht auf eigene Rohstahlerzeugung. Da wird es langsam Zeit, daß sich die Hoesch-Belegschaft zum Kampf für den Standort Dortmund aufrafft. Wenn nicht, dann fällt die Rohstahlerzeugung für Dortmund an Duisburg — und ohne die Rheinhausener Hütte ist das kapazitätsmäßig gar nicht zu bewältigen! Wir sagen nicht: her mit der Produktion. Wir sagen: kämpft jetzt gemeinsam mit den Rheinhausenern, für euren Standort, für alle Standorte.

Überbrückungskonzept

Wir wissen, daß dieser Lösungsplan keine Dauerlösung ist. Andere Maßnahmen müssen dazu kommen. Wir setzen uns für Ersatzarbeitsplätze und ein Beschäftigungsprogramm für das Ruhrgebiet ein, damit unsere Kinder auch im Ruhrgebiet arbeiten und leben können. Aber wir lassen uns mit der Verheißung von Ersatzarbeitsplätzen nicht ablenken vom Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze! Ohne Sicherung der Stahlstandorte gibt es auf Jahrzehnte nur die fürchterliche Perspektive ‚Liverpool'."

Nur Belegschaften, die begriffen haben, daß kein Standort von der Rationalisierung verschont bleibt; sie zusammen arbeiten müssen; ihre Arbeit sinnvoll, geplant und nützlich sein kann; sie mit ihrem Plan offensiv in jede Verhandlung gehen können, werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. Bei jedem Schritt werden sie sich an den Eigentumsverhältnissen stoßen. Aber mit einem klaren Plan und der Möglichkeit, sinnvoll gemeinsam produzieren zu können, werden sie kämpfen — zumindest mehr als für das eine abstrakte Wort: Vergesellschaftung.

Andre Gunder Frank

Der Weg in die Krise

Amerikanisches Roulette und internationales Finanzkasino

Nach dem Schwarzen Montag stellte die New York Times zu Recht fest, daß der Börsenkrach nur das Alarmsignal, nicht aber das Feuer war; und die Washington Post und andere warfen „die alles entscheidende Frage" auf, ob sich die Ereignisse auf dem Finanzsektor auf diesen begrenzen ließen, ohne den Feuerwall zu durchbrechen und auf die reale Ökonomie der Arbeitsplätze, der Einkommen und der Produktion überzugreifen. Doch all diese Metaphern spiegeln nicht nur einen schwerwiegenden Mangel an analytischer Tiefenschärfe und historischer Perspektive wider. In diesen Kommentaren kommen auch zwei grundlegende Annahmen zum Vorschein: daß die Finanzwelt und die reale Ökonomie zwei voneinander getrennte bzw. trennbare Dinge seien, und daß eine geeignete (koordinierte) Wirtschaftspolitik dafür sorgen könnte, daß die reale Ökonomie auf sicherem Kurs durch die von Turbulenzen gepeinigten Finanzgewässer hindurchsteuert. Leider sind beide Annahmen ebenso fragwürdig wie weit verbreitet.

Auch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise begann in der realen Ökonomie, und zwar mit dem Fall der Profitrate Mitte der 60er Jahre und den Rezessionen von 1967 und 1969 - 70. Die Rezession von 1973 - 75, die Wachstum und Welthandel mit negativen Vorzeichen versah und die Arbeitslosenzahlen verdoppelte, brachte die Analytiker so sehr aus der Fassung, daß sie diese auf einen „exogenen" Ölschock zurückführten, anstatt sie als einen weiteren Schritt in der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise zu analysieren. Die Märkte reagierten dagegen auf das reale Problem mit der historisch üblichen Lösung: mittels schuldenfinanzierter Finanzspekulation.

Ein Großteil der Finanzspekulation in den 70er Jahren war — als direkte Reaktion auf die Rezession von 1973 - 75 und zur Unterstützung der ansonsten überaus schwachen „Erholung" von 1975 - 79 — auf die Schuldenfinanzierung des „exportorientierten Wachstums" im Süden, in den Schwellen- und OPEC-Ländern der Dritten Welt, und des „importorientierten Wachstums" in den sozialistischen Ländern des Ostens gerichtet. Die mittels Schulden finanzierte Importnachfrage dieser Länder stützte die westlichen Industrieexporte und Bankgewinne, die an die Stelle der ungenügenden Investitionsnachfrage und mangelnder Profitabilität im Westen selbst in der sich weiter vertiefenden Krise traten.

Doch, wie vorherzusehen, hörte diese spekulative Scheinlösung im Süden wie im Osten nach der Rezession von 1979 - 1982 auf zu funktionieren. Diese fiel weit härter aus, als die vorhergehende (und brachte abermals eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit in den westlichen Ländern mit sich. Die sozialistischen und die Länder der Dritten Welt gerieten in eine akute Liquiditätskrise, nachdem die Rezession als erstes die Rohstoffpreise und mit ihnen die Exporteinnahmen schrumpfen ließ. Danach reagierten die US-Währungsbehörden, indem sie den Dollar und die Zinsen steil nach oben trieben, und plötzlich unterbrachen die westlichen Banken den Kreditstrom in den Süden und Osten, was schließlich in den Jahren 1981 - 82 die Schuldenkrise auslöste.

Um zu verhindern, daß die Illiquidität in Zahlungsunfähigkeit umschlug, mußte die Dritte Welt wesentlich mehr Devisen aufbringen, allein um die Zinsen auf ihre Schulden weiter bezahlen zu können. Das zwang diese Länder, die Importe drastisch zu kürzen (wodurch sich auch die westlichen Industrie- und Agrarexporte verringerten), mehr für den Export zu produzieren (wodurch die Rohstoffpreise noch weiter nach unten gedrückt wurden) und Kapital in großem Umfang zu exportieren.

IWF/Weltbank-Kampagne 1988

Der Trägerkreis der IWF/Weltbank-Kampagne '88 lädt ein zur 2. Aktionskonferenz
Ort: Bonn, Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburgerstr. 321 (voraussichtlich)
Termin: 23./24. Januar '88, Beginn 11 Uhr
und zu einer Podiumsdiskussion mit Vertreter/innen der SPD, der Grünen, des BUKO, der Autonomen und der Feministinnen
(Ort wie oben), am 22. Januar '88, 19 Uhr.

Anmeldungen sind aus organisatorischen Gründen (Schlafplätze. . .) erwünscht an:
Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, z.Hd. H. Peters, Colmantstr. 36, 53 Bonn 1, Tel. 0228/69 20 21

Verglichen mit einem jährlichen Kapitalexport von 2 % des Bruttosozialprodukts (BSP), den Deutschland in den 20er Jahren für Kriegsreparationen zu entrichten hatte, und einem Maximum von 3,5 % in den Jahren zwischen 1929 und 1931, werden heutzutage einige Länder der dritten Welt mit 5 - 6% ihres BSP zur Ader gelassen, nur um ihre Auslandsschulden bedienen zu können. Als Folge davon fielen die Wachstumsraten jahrelang negativ aus; aus Investition wurde Desinvestition, besonders in den Bereichen produktiver Infrastruktur und sozialer Dienstleistungen; die Arbeitslosigkeit multiplizierte sich; die Reallöhne und -einkommen, besonders die der Ärmsten verfielen; und das BSP pro Kopf nahm in Lateinamerika und Afrika im Durchschnitt um über 10 %, in einigen Ländern, darunter Polen und Bolivien, sogar um über 25 % ab. Mit anderen Worten: der ,,Feuerwall'' zwischen Finanzspekulation und realer Ökonomie wurde zum Schleusentor, durch welches über Lateinamerika und Afrika (sowie Teile von Osteuropa und Asien) eine Depression hereinbrach, die für diese schon jetzt schlimmer ist als jene der 30er Jahre.

Diese Umstände untergruben zudem den Aufschwung in den exportabhängigen westlichen Industrieländern. Die wachsende Spekulation und der zyklische Konjunkturaufschwung mußten sich deshalb ab 1983 saftigere Weideplätze suchen. Gefunden wurden diese schließlich in den USA. Dort regierten inzwischen unangefochten — in der Terminologie von Vizepräsident George Bush — die ,,Voodoo Economics'' in Gestalt der Reagonomics. Mit einer gewagten Mixtur aus Laffers lachhafter Angebotstheorie und Friedmans frivolem Monetarismus versuchte ein ahnungsloser Reagan, die Quadratur des Kreises zu vollbringen. Reagan trachtete danach, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, die Steuern zu senken und das Haushaltsdefizit zu beseitigen — und zwar alles auf einmal, und er wollte darüber hinaus (US-)Amerika wieder zur Nummer Eins in der Welt machen. Natürlich war dieses ganze Unternehmen zum Scheitern verurteilt, und die vorläufigen Resultate sind wohlbekannt. Das Budgetdefizit verwandelte sich in ein abgrundtiefes Loch und das Handelsdefizit wurde zu einer immer weiter klaffenden Lücke. Die USA wurden der Welt größter Schuldner (dessen Schulden schon bald an die von ganz Lateinamerika und schließlich der gesamten Dritten Welt heranreichten). Reagans militärischer Keynesianismus in der amerikanischen Casino Society gestattete es jedoch Europa, Japan und den asiatischen Schwellenländern (im Gegensatz zur übrigen Dritten Welt), sich am amerikanischen Roulette zu beteiligen. Deren zyklischer Aufschwung wurde seit 1983 durch Exporte auf den US-Markt in Gang gehalten.

Die nächste Rezession — die fünfte seit dem Beginn der Wirtschaftskrise 1967 — war gemäß dem natürlichen Lauf der Dinge bereits im Entstehen begriffen. Der Schwarze Montag war eine mögliche Antwort auf diese Entwicklung; und er wird diese vermutlich noch weiter beschleunigen und verstärken. Der Effekt der Wert- und Vermögensverluste (nach der Vernichtung von 1 Billion Dollar in den USA allein in der ersten Runde) wird die Fähigkeit insbesondere der Yuppie-Kundschaft zu konsumieren ebenso beeinträchtigen wie die der Unternehmer zu investieren — angesichts gestiegener Kosten für die Aufbringung von Aktienkapital, geringerer Cash flows und geringer Sicherheiten für die Kreditaufnahme. Mit anderen Worten: der deflationäre Trend, der 1980 in der vorherigen Rezession begann, wird durch den Crash zusätzlich verstärkt, der sowohl Ausdruck als auch Instrument der weiteren Deflation ist, welche sich damit — wie zuvor die Inflation — zu einem sich selbst verstärkenden Mechanismus entwickelt.

An der Außenhandelsfront wird ein wesentlich niedriger Dollar notwendig, aber — wie der bisherige Dollarverfall beweist — keineswegs ausreichend sein. Amerika muß aufhören, ,,über seine Verhältnisse zu leben''; es muß seinen vom Ausland subventionierten Konsum einschränken, indem es entweder die Importe drosselt oder den Export steigert oder beides. Auf kurze Sicht werden die Amerikaner gezwungen werden, den Gürtel enger zu schnallen, weil nicht mehr so viel ausländisches Kapital in die USA hineinfließt (dieser Zufluß war schon in den drei Monaten vor dem Schwarzen Montag rückläufig und wird in Zukunft sicher noch weiter zurückgehen), von der zunehmend drohenden Kapitalflucht aus den USA ganz abgesehen. Auf mittlere Sicht wird die rezessionsbedingte Verringerung des amerikanischen Konsums und der Investitionen auch die Importe schrumpfen lassen. Langfristig müssen sich die konkurrenzunfähige Industrie (Stahl, Autos etc.), die auf Subventionen angewiesene Landwirtschaft und die Dienstleistungen à la Mc Donalds einem schmerzhaften Restrukturierungsprozeß zur Anpassung an die Markterfordernisse der Rezession bzw. Depression unterziehen. Eine Benzin- oder Ölimportsteuer und ähnliche Maßnahmen, wie sie jetzt vorgeschlagen werden, sind, obwohl notwendig und nützlich, nicht mehr als ein Trostpflaster. Niedrigere Zinsen würden den Dollar nach unten treiben, höhere dagegen würden Konsum und Investitionen lähmen. Höhere statt niedrigere Defizite würden das Vertrauen im In- und Ausland untergraben. Dies und andere Schocks wiederum könnten den Dollar im freien Fall in die Tiefe stürzen lassen. Das heißt, die ökonomischen Optionen der USA haben sich dramatisch reduziert; und alle von ihnen tendieren nach unten.

Weniger klar ist indessen, welche außenpolitische Optionen Washington in dieser Hinsicht noch bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Abhängigkeit und Immobilismus an der heimischen wie an der internationalen Wirtschaftsfront Washington zu neuen außenpolitischen Abenteuern vom Typ Grenada verleiten könnten. Doch ist es alles andere als gewiß, ob mehr militärisches Abenteurertum, insbesondere im Persischen Golf, den Dollar zeitweilig auffangen und wie in der Vergangenheit plötzlich wieder nach oben katapultieren könnte. In dem Maße, wie die beiden Stützpfeiler der amerikanischen Stärke, ihre militärische Schlagkraft und der Dollar, schwächer werden (ironischerweise unter demselben Präsidenten, der Amerika wieder zur Nummer eins machen wollte), vermindern sich alle amerikanischen Optionen.

Sollten die USA jemals in die Lage kommen, wenigstens die Zinsen auf ihre noch immer wachsenden Schulden zu bezahlen (von den Schulden ganz zu schweigen), so müßten sie nicht nur ihr Handelsbilanzdefizit eliminieren. Sie müßten vielmehr — wie die Schuldner der Dritten Welt vor ihnen — ihren derzeitigen massiven Importüberschuß verwandeln und die Kosten nach Art der Dritten Welt mittels einer Politik des Gürtel-enger-Schnallens im Innern begleichen. Dies hätte eine massive Umkehrung im US- wie im Welthandels zur Folge. Entweder müßten die Importe auf weniger als die Exporte zusammenschrumpfen oder die US-Exporte müßten ganz enorm steigen (oder eine Mischung aus beidem). Doch wer wollte diese Exporte in einer ökonomischen Krise absorbieren, die dadurch selbst noch weiter verschärft würde? Gewiß nicht die armen und noch immer mit Schulden überladenen Länder der Dritten Welt, solange diese ihrerseits genötigt sind, Exportüberschüsse zu erwirtschaften. Und auch Westeuropa, Japan oder die sozialistischen Länder kämen als Importeure derartiger Überschüsse wohl kaum in Frage.

Alternativ dazu könnten die Amerikaner ihren Schuldendienst verringern, indem sie ihre Auslandsschulden reduzierten bzw. abwerteten. Ein Mechanismus, um dies zu erreichen, wären deflationäre Entwertungen und Bankrotte oder eine teilweise Schuldenaufkündigung, wie sie durch den Wall Street Crash angekündigt wurden. Eine andere Methode, um die in Dollar notierten Schulden abzuwerten, wäre die Abwertung des Dollar selber, wie dies in der jüngsten Vergangenheit geschehen ist und voraussichtlich auch in Zukunft der Fall sein wird. Ein dritter Weg bestünde in der hausgemachten Inflation, die den realen Wert der Schulden sowohl direkt als auch indirekt, durch weiteren Abwertungsdruck auf den Dollar, verringern würde. Abgesehen von den internen Kosten hätte jede dieser möglichen amerikanischen Reaktionen auf die Außenverschuldung bedeutende deflationäre Auswirkungen auf die europäischen und japanischen Gläubiger der USA. Infolgedessen muß jeder Versuch, die Quadratur des internationalen ökonomischen und finanziellen Zirkels aus Zinsen und Wechselkursen, Budget- und Handelsdefiziten zustande zu bringen, in der gegenwärtigen Situation immer an irgendeinem Punkt scheitern und schwerwiegende Einbußen an Wachstum und Wohlstand nach sich ziehen. Wer sollte die USA als globalen Kreditnehmer und ausgabefreudigen „spender of last resort" ersetzen, wo ein solcher gerade am dringendsten gebraucht wird? Die totale Unverantwortlichkeit während des Reagan-Aufschwungs seit 1983 hat in eine auswegslose Situation hineingeführt. Was immer getan (oder gelassen) wird, es ist das Verkehrte.

Wir müssen uns deshalb fragen, welche Effekte und möglichen Reaktionen die Schließung bzw. der Umbau des US-Kasinos nach all den Jahren des amerikanischen Roulette andernorts hervorrufen würden. Wie wir bereits gesehen haben, hat dieses Spiel bis jetzt die meisten Schuldner (in der Dritten Welt wie auch im Landwirtschafts- und Rohstoffsektor der USA selbst) an den Rand des Ruins gebracht, während es die japanische und die westeuropäischen Gläubiger-Ökonomien und die amerikanische Schuldenwirtschaft (die bislang für ihre Schulden noch nicht aufkommen mußte) in Schwung gehalten hat. Jede Verringerung der Budget- und Handelsdefizite oder gar eine Rezession in den USA, vom wachsenden Protektionismus ganz zu schweigen, hätte jedoch auch in Westeuropa, Japan und den Schwellenländern unweigerlich starke rezessive Folgen (und einen noch stärkeren depressiven Effekt in anderen Drittweltländern), solange sie alle von den Exporten in die USA abhängen. Jede amerikanische Exportoffensive auf diesen oder dritten Märkten, insbesondere mittels einer weiteren Dollarabwertung, würde solche rezessiven Folgewirkungen nur verschärfen.

So, wie es im Moment aussieht, ist das japanische Wachstum schwach und die realen Investitionen stagnieren. Aus diesem Grund hat es das japanische Kapital vorgezogen, zunächst amerikanisches roulette zu spielen und später an den heimischen Aktien- und Immobilienmärkten zu spekulieren. In der BRD und Westeuropa fielen Wachstum und Investitionen in jüngster Zeit etwas besser aus. Doch keinesfalls kann man erwarten, daß deren anhaltendes Wachstum oder eine expansive Geld- und Fiskalpolitik, wie sie von US-Finanzminister Baker beharrlich und ohne Verstand gefordert wird, den amerikanischen Markt und das Wachstum der USA ersetzen könnten.

Die jüngsten Ereignisse und insbesondere der Börsen-Crash haben den Ruf nach internationaler Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken verstärkt. Doch je notwendiger eine solche Koordination ist, desto unwahrscheinlicher — wenn nicht gar unmöglich — ist leider ihr Zustandekommen. Die Amerikaner haben den Sinn einer solchen Koordination nie begriffen, es sei denn zu den von ihnen diktierten Bedingungen. Die USA torpedierten bereits die 1933 auf ihre Initiative zustande gekommene Londoner Wirtschaftskonferenz, als sie sich mit ihrem Willen nicht durchsetzen konnten. Danach waren die Wirtschaftsmacht und die politische Vorherrschaft der USA stark genug, um den amerikanischen Willen zu oktroyieren. Doch der relative ökonomische Niedergang der USA und besonders ihre jüngste Verwandlung in eine Schuldnernation haben diese Fähigkeit bereits unterhöhlt. Der Schwarze Montag und die in seinem Gefolge auftretende Lähmung der USA drohen sie noch weiter zu unterminieren. Indes reagieren die USA zunehmend unilateralistisch und setzen internationale Wirtschaftsabkommen aufs Spiel, für die ihre Handelspartner ohnehin nur wenig Begeisterung zeigen.

Aber wenn die Europäer und Japaner tatsächlich aus dem amerikanischen Roulette aussteigen und die Amerikaner ihrerseits dazu zwingen wollten, von ihrem finanziellen Disneyland wieder auf den Boden zu kommen — was dann?

Die Welt wird sich wahrscheinlich in einer Wirtschaftsdepression großen Stils wiederfinden. Deren eigentliche Basis ist die Entwicklung der realen Ökonomie durch vier vergangene und eine fünfte, von Mal zu Mal an Schärfe gewinnende zyklische Rezessionen hindurch. Die dazwischen liegenden Aufschwungphasen basierten auf finanzieller Spekulation, d.h. einer nur scheinbaren Lösung, die zu einem zusätzlichen realen Problem werden wird, wenn die Luftblase schließlich in der nächsten oder womöglich in einer folgenden Rezession oder Depression zerplatzt.

Das Nachkriegssystem der internationalen Finanzen und des Welthandels, wie wir es kennen, könnte deshalb in dem Maße zerbrechen, wie die amerikanische Hegemonie in der sich weiter vertiefenden Weltwirtschaftskrise zerfällt. Doch keine andere Macht ist gegenwärtig in der Lage, die USA zu ersetzen, und internationale oder gar supranationale Koordination ist nicht in Sicht. Die jüngsten Verluste im amerikanischen Roulette und das derzeitige Durcheinander im internationalen Finanzkasino machen daher alternative Entwicklungsszenarien — wie das mögliche Wiedererstarken des Neo-Merkantilismus und die Neuentstehung von Währungszonen oder Wirtschaftsblöcken mit jeweils eigenen nationalen oder regionalen antizyklischen Reflationsprogrammen — umso wahrscheinlicher.

(Von der Redaktion gekürzte Fassung. Aus dem Englischen übersetzt von Rainer Staudhammer)

Peter Kern

Mythos und Management

Das Konzept Unternehmenskultur und die Idee der „glücklichen Fabrik"

Was ist Wa? Kein Idiom der Berliner Schnauze, sondern das japanische Wort für „gutes Betriebsklima". Niemand spricht mehr heute vom Betriebsklima. Der hausbackene Begriff scheint außer Betrieb. Wer des Japanischen nicht mächtig ist, redet von „Corporate Culture" oder von „Unternehmenskultur". So heißt das Klima der modernen Betriebe jetzt. Den frischen Wind hat die Bewegung der Neuen-Management-Denker ventiliert. Eine Neue Soziale Bewegung, ein neues Kulturprojekt?

Ein „Package" für „Easy-Rider-Yuppies"

Die Lufthansa hält, was die Zigarettenreklame verspricht: „Freiheit" und Abenteuer im Stil der Zeit. Einem Fernschreiben, das die Fluggesellschaft in Frankfurt an die Presse absetzte, entnahmen wir folgendes Angebot:
„Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist nun für bundesdeutsche Motorradfahrer etwas völlig neues möglich: Die Lufthansa bietet ihnen an, mit der eigenen Maschine Kalifornien zu entdecken. Dazu hat die Fluggesellschaft ein preiswertes Pauschal-Arrangement geschaffen, das ab sofort gilt.
Dieses Package ist sowohl für erfahrene Motorradtouristen als auch für Easy-Rider-Yuppies attraktiv. Die Lufthansa besetzt diese interessante Marktnische als erster ‚Liniencarrier', heiß es von seiten der Fluggesellschaft. Das Angebot ist deshalb auch interessant, weil der Fahrer vor seinem Abflug kostenlos im Steigenberger Airport-Hotel übernachten kann. Für einen evtl. Beifahrer entstehen bei der Hotelübernachtung keine Kosten."

Zunächst Bestsellerthema in den Vereinigten Staaten, brauchte das Konzept Unternehmenskultur die übliche Verspätung, bis es auch hier hoch gehandelt und publizistisch beweihräuchert wurde. Mittlerweile hat der Rummel sich schon ein wenig gelegt. Das gibt den Blick auf die Praxis hinter Titelstory und Modethema frei.

Der Weihrauch hat sich verzogen und dennoch bleibt viel Spirituelles zurück. Von Mythen und Ritualen, von Heroen und Legenden, von Taoismus und Sinnsuche, von Selbsterfahrung und der Seele des Menschen ist die Rede. Merkwürdige Worte aus dem Mund gestandener Betriebswirtschaftler und Unternehmensberater. Aber die Entdeckung der „ganzheitlichen Personalführung" fällt mit dem Anbruch des New Age zusammen und der Geist des Neuen Zeitalters weht, wohin er will.

Management by Mythos funktioniert so: in jeder Firma kursieren Geschichten, die wie bei Mythen üblich, vom Ursprung, also vom Firmengründer und den heroischen Zeiten handeln. Vom Bauunternehmer Müller beispielsweise geht die Legende, wie er auf einer Weihnachtsfeier einmal unter den geschniegelten jungen Ingenieuren saß. Weil er seine abgewetzte Lodenjoppe trug und sie den Alten nur noch aus Erzählungen kannten, hielten sie ihn für einen Hilfsarbeiter, der sich unverschämt in ihr fachmännisches Gespräch einmischen wollte. „Sei still, Opa, was weißt denn du" bekam der alte Müller als Abfuhr zu hören.

Vom Firmengründer Bosch erzählt man sich, wie er eines Tages auf allen Türschildern die Doktortitel seiner Techniker sah, sich beinahe in einem Krankenhaus statt in seinem Konstruktionsbüro glaubte und trocken bestimmte: „Das kommt mir hier weg."

Solche Anekdoten erfüllen alle Kriterien veritabler Mythen. Die bildhaften Geschichten, wieder und wieder erzählt, nehmen den Göttern einen Teil ihres Schreckens, machen sie menschlich und stiften Einverständnis mit der Welt, die die Götter geschaffen haben. Dieses Merkmal macht den Mythos fürs Management interessant.

Neben Anekdoten bestätigen auch Riten die Unternehmenswelt in ihrem faktischen Sosein. Formeln gehören dazu, die die Botschaft des Gründervaters überliefern („Das beste oder gar nichts" — Sinnspruch des alten Daimlers) und die [illegible]triebsfeiern, auf denen sie verkündet werden. Die Riten sozialisieren neue Mitglieder der Firma und vermitteln ihnen den betriebsinternen Verhaltenskodex, das, was man tut und was man läßt.

Die Mythen, die unten entstanden sind, werden nun oben notiert und gepflegt. Rituale nutzen auch den Renditen. Diese Erkenntnis schärfen Business-Professoren den Wirtschaftspraktikern ein. Auf professionellen Rat hin werden Firmenlegende und Gründerbotschaft sanktioniert und zum unverwechselbaren „Stil des Hauses" hochfrisiert. Der hauseigene Dialekt wird auch vom Vorstand mit Vorsatz gesprochen. Denn der Unternehmensjargon gehört ebenfalls zur Unternehmenskultur. Er stiftet eine Sprach-, im Sinn von Sinngemeinschaft und Sinn ist eine knappe Ressource.

Das lernen die Personalchefs auf [illegible]gungen zu Themen wie „Durch Sinn zum Gewinn" oder „Ethik für mehr Rendite". Hier werden sie auf halsbrecherischen theoretischen Exkursionen an die „Sinnvermittlungsproblematik" herangeführt. Motivationspsychologen erinnern daran, daß der Mensch als ein Sinnsucher zu charakterisieren sei. Der Sinn, den die Symbolwelt des Unternehmens ihm zu bieten vermöge, sei ein Pfund, mit dem es sich wuchern lasse. Das Sinnangebot der Unternehmenskultur könne den Sinnverlust bei der Arbeit wettmachen.

Die Unternehmenskultur soll das Dilemma lösen, daß als Folge des Wertewandels die Ansprüche an eine sinnvolle Tätigkeit immer mehr wachsen, infolge hochkomplexer Technologien die Entfaltungsmöglichkeiten bei der Arbeit aber immer mehr schrumpfen. Das Bild, das die Organisationssoziologen von den modernen Betrieben zeichnen, läßt aber eher an den alten Begriff der Entfremdung als an die neue These vom Wertewandel denken. Die Arbeit, so dozieren sie, kann nicht

Foto: Birgit Guhr

mehr zur sinnvollen Arbeit werden. Dadurch entsteht ein Leidensdruck, der die Leistungsbereitschaft untergräbt. Schwankungen des Selbstwertgefühls, diffuse Verstimmungen treten auf. Selbst Führungskräfte klagen zunehmend über Depressionen und ein Gefühl der inneren Leere. Der Alkoholismus grassiert längst nicht mehr nur unten in den Fertigungshallen. Die Pathologien des Berufsalltags vermögen traditionelle Bindungen an die Familie, die Nachbarschaft, die Klasse, die Religion nicht länger abzumildern. Sie sind selbst zu sehr in Auflösung begriffen. Weil die sozialen Milieus zerfallen, müssen Unternehmen deren Funktion mitübernehmen. Nach Ansicht der Sinndozenten sollen die Mitarbeiter mit der Firma quasi verheiratet sein. Das Konzept Unternehmenskultur nimmt den übertragenen Sinn der Redewendung beinahe wörtlich.

Wie in den modernen Familien so üblich, wird nun also mit Aufmerksamkeitszuwendungen, mit viel Lob, mit Belohnungssystemen und möglichst wenig Hierarchie gearbeitet. Ehedem beinharte Abteilungsleiter propagieren die Personalführung der „weichen Werte" („Vermitteln Sie Ihrem Untergebenen den Eindruck, daß er gebraucht wird"). Auf soften Sohlen kommt das „No-Boss-Business" daher. Ein weiterer Erfolg der antiautoritären Revolte. Auch der anale Ekel vor Schmutz und Unordnung verschwand nach dem Marsch durch diese Institution. Heute gibt es massenhaft die sogenannten „Dirty Jobs", für die man mit „unordentlichen" Arbeitsformen entschädigt wird. Der in Kauf genommene Verlust an qualifizierter Arbeit wird durch einen Spielraum bei der Wahl der Arbeitszeit belohnt.

Familienähnliche Sozialkontakte ermöglichen die kleineren Arbeitsteams, die im Small-is-beautiful-Trend liegen. Die Arbeitsteilung wird im Rahmen von „Qualitätszirkeln" teilweise zurückgenommen. Wo komplexere Arbeitsvollzüge nicht geboten werden können, wird auf die heilende Kraft des Vergessens gesetzt. Das unnötig Gelernte zu verlernen, ist für die psychische Gesundheit heute so wichtig, wie die nötigen Qualifikationen vorweisen zu können.

Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitszeit, Anreicherung der Arbeitsinhalte und Job-Rotation bilden die materielle Seite des symbolischen Sinnangebots Unternehmenskultur. Sie stellen die innerbetriebliche Antwort auf den gesellschaftlich diagnostizierten Wertewandel dar. Das Wort wechselt das Vorzeichen, je nachdem ob in der Arbeitswelt oder der Freizeit von ihm die Rede ist. Assoziiert man hier Kreativität und Selbstverwirklichung damit, versteht man dort laxe Arbeitsmoral und innere Kündigung darunter.

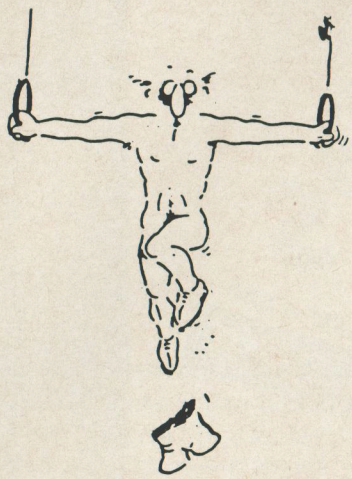
Mit kommunikativer Teamarbeit wird das Gespenst des Leistungsverfalls vertrieben. Die Subjekte verlangen nach Kommunikation bei der Arbeit und sollen ihren Willen haben. Aber auch die Objekte wissen die Kommunikationsgemeinschaft zu schätzen. Die Arbeit an High Tech erfordert geradezu Kooperationsbereitschaft und ungehemmten Informationsfluß. In den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen wären schwerfällige Organisationsformen völlig kontraproduktiv. Kreativitätsspielräume müssen reserviert bleiben. Soziales Verhalten wird ebenso wichtig wie technische Kompetenz. Eigenbrötler, Bindungsunfähige, Nähegestörte sehen die Psychosoziologen hier gar nicht gerne.

Die menschliche Seite des Mitarbeiters wird im Rahmen des Projekts Unternehmenskultur neu entdeckt. Die Brechtsche Freundlichkeit bekommt eine ganz neue Wendung.

Das Scientific Management löckt wider den Stachel und kritisiert die gefühllose Rationalität des Westens. Fürs Gefühl ist organisch bekanntlich der Bauch, geographisch der Osten zuständig. Im Gefolge der Kulturpromotion werden deshalb fernöstliche Lehren importiert. Der Taoismus zum Beispiel und sein weiser Lehrsatz: es gibt Sinn, aber jeder kann ihn nur in sich selbst entdecken.

Systemtheoretiker geißeln die Nüchternheit ihres eigenen Ansatzes. Korrekturen am Systemgedanken erscheinen ihnen notwendig. Zuviel Systemisches, ein Übersteuern des Subsystems Unternehmung, wirke disfunktional. Das System

FORUM EUROPA
Zeitschrift für transnationale Politik



Wir lassen die Hose runter!

Militarisierung des Pazifik
Westeuropa in der Südsee
Nr. 1/87, 36 Seiten, DM 4,-
Aus dem Inhalt:
* Im Schatten des Atompilz * Opfer französischer Atomtests berichten * Französische Kolonialpolitik auf Polynesien * Gegen die Kanaken kann niemand regieren * Atomachse Paris-Bonn * Die lieben Freunde in der EG! Interview mit Dorothee Piermont *

Reiselust & Reisewut
Nr. 2/87, 36 Seiten, DM 4,-
Aus dem Inhalt:
* Dimensionen des Sanften Tourismus * Fluch oder Segen? Tourismus in die Dritte Welt * Die Bergökologie stirbt! * Studienfahrten in die Sowjetunion * Tips for Trips *

30 Jahre EG
Die Gemeinschaft auf dem Prüfstand
Nr. 3/87, 32 Seiten, DM 4,-
Aus dem Inhalt:
* Von der wirtschaftlichen Zweckgemeinschaft zur politischen Union? * Oberstes Ziel: Beseitigung der Arbeitslosigkeit * Binnenmarkt: Kein soziales Dumping! * Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik * Demokratisch-sozialistische Politik für Europa *

Heute noch bestellen (Scheck oder Briefmarken beilegen) oder kostenloses Probeexemplar anfordern

FORUM EUROPA Verlag
Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1
Tel: 0228/639328

brauche die kulturelle Lebenswelt des subjektiven Faktors, damit es nicht ins Schleudern gerate. Sinn, so heißt es, stelle in systemischer Perspektive die dritte, die Sinnebene dar. Ist das nicht Wahnsinn! Eine Umpolung normativer Sozialintegration auf funktionale Systemintegration führe zum Absturz des Systems. Sage einer, die heutige Kritische Theorie sei akademisch und die Habermas-Luhmann-Debatte praktisch folgenlos geblieben.

In der Sicht der Sozialtechniker bilden das Unternehmen und seine Mitarbeiter einen Regelkreislauf, in welchem man sich wechselseitig gibt und nimmt. Aber es tauscht sich nicht nur gefühllose Zahlung gegen unpersönliche Arbeitskraft, sondern individueller Sinn gegen persönlichen Einsatz. In der sinnvollen Arbeit, die sich auch psychisch lohnt, ergänzen sich das ,,persönliche Wachstum'' und das Florieren des Unternehmens aufs vorteilhafteste. Vorstellungen aus der Gestalttherapie sind in die ,,ganzheitliche Personalführung'' eingegangen. In der Gestalt der Unternehmenskultur haben Selbsterfahrung und Gruppendynamik das Ghetto der alternativen Psychozentren verlassen.

Aber das Sinnangebot bleibt hier wie dort mager. Der Sinn, für den sich der persönliche Einsatz lohnt, das ist bloß der Service, der Ehrenkodex von IBM beispielsweise, dem Kunden binnen 48 Stunden zu Diensten zu sein. Oder die Entwicklung einer neuen Geschmacksvariante beim Ketchup von Kraft. Oder der abstrakte Stolz, bei Daimler-Benz beschäftigt zu sein. Oder der Ehrgeiz, in den ,,Top Performance Corporate Club'', den Club der 100 besten Verkäufer von Olivetti aufgenommen zu werden. Oder die Anstrengung, den Bierausstoß von Bindung über die magische Grenze von soundsoviel Hektoliter zu hieven.

Mythisch, so Adorno, ist die Zelebration des Sinnlosen als Sinn. Dieses Wort über den ,,Jargon der Eigentlichkeit'' beschreibt auch solche Initiationsriten treffend. Die Individuen leiden unter solch irrsinniger Sisyphus-Arbeit und sollen bei der Arbeit Heilung von ihrem Leid erfahren. Der Speer, der die Wunde schlägt, heilt die Wunde auch. Eine wahrhaft mythische Vorstellung!

Adriano Olivetti, Industrieller und Sozialreformer, hatte, beeinflußt vom Bauhaus, die Vision der ,,glücklichen Fabrik''. Die Sozialreform sollte von einer antiindustriellen Industriearbeit her ihren Ausgang nehmen. Die Beschäftigung als Beschäftigungstherapie, der Betrieb als psychische Reha-Werkstatt, das Unternehmen als Sozialstation, die Firma als Filiale des guten Lebens: mit dem Konzept Unternehmenskultur entsteht diese Vision heute neu.

Der neuen Human-Relation-Schule sieht man die Herkunft aus der Sozialpsychiatrie und der psychologischen Truppenbetreuung an. Sie setzt auf die infantile Angst vor dem Verlust von Schutz und Zugehörigkeit. Solche Ängste erzeugen die gewünschte Loyalität zur Organisation. Sogenannte Cultural Heroes, Helden von der Absatz- oder Produktionsfront, werden bewußt zur Anlehnung angeboten. Die westlichen Stachanows erfüllen die Normen und Werte vorbildlich und sollen sie den anderen eintrichtern. Die weiche Tour der neuen Personalführung wird auf einer stahlharten Schiene gefahren. Ohne autoritäre Disposition kann der Werte-Drill nicht funktionieren.

Bedeutet Korporatismus die Einbindung der Klasse ins System vermittels reformistischer Organisationen, so meint Corporate Culture das gleiche, aber vermittels der psychischen Organisation. Die Unternehmenskultur beutet den Wunsch aus, sich mit einer Sinngemeinschaft solidarisch zu fühlen. Auch sie verhilft den Individuen zu ihrem Ausdruck, beileibe aber nicht zu ihrem Recht.

Nach der Ästhetisierung der Politik jetzt also die Ästhetisierung der Personalpolitik. Die inszenierten Mythen, Heroen und Riten sollen beschwichtigen, erregen und anspornen. Sie speisen die Individuen mit symbolischen Zuwendungen ab. Solche Gratifikationen kosten das Unternehmen nichts und sind auch für die Individuen steuerfrei. Aber der industrielle Mythos will mehr noch als nur Einverständnis stiften. Er will, Teil des Betriebs, Informationen transportieren. Das jedoch unterscheidet ihn von den klassischen Mythen wie auch den Märchen. Ihr Zauber besteht laut Benjamin gerade darin, daß sie von Informationen und Erklärungen freigehalten sind. Der in die Pflicht genommene Firmenmythos gibt eine Handlungsanweisung. Vielleicht verblaßt er durch dieses Zuviel an Bedeutung.

Literatur

Wilfried Holleis, Unternehmenskultur und moderne Psyche, Frankfurt/New York 1985
Eduard Hauser, Unternehmenskultur, Bern/Frankfurt/New York 1985
Wirtschaftswoche 17/1986
Psychologie heute, Juni-September-Heft 1986

Detlef Ipsen

Münchener Image

Zum Verhältnis von ökonomischem und kulturellem Raum

München stellt sich bei Umfragen in der bundesdeutschen Bevölkerung immer wieder als die Stadt heraus, in der das Leben am lebenswertesten erscheint. Daß solchen Meinungsumfragen keine rational nachvollziehbaren Entscheidungsprozesse zugrundeliegen, ist bekannt: Freizeitwert, Kultur, Berge, die Stadt. . . Doch die unreflektierte Aufzählung der Wertbestandteile versperrt eher den Weg zur Entzifferung. Wir müssen die funktionale Verknüpfung des Raumbildes mit der materiellen Raumbildung begreifen, um ,,den Süden'' soziologisch zu verorten.

Parade der Postmoderne oder neuer kultureller Klassenglanz?

Wochenendseminar zu soziologischen und politischen Fragen angesichts der ,,Kulturwende''

Geplantes Programm:
,,Distinktion und feine Unterschiede — Pierre Bourdieus Untersuchungen zur Dynamik und Wirkung von Kunst und Kultur in einer entwickelten kapitalistischen Klassengesellschaft'' (Lutz Raphael)
,,Kulturboom — Was steckt dahinter?'' (Kalle Macke, Lutz Raphael, Paul Ciupke, N.N.)
,,Modernisierung sozialer Milieus und der soziale Raum'' (Michael Vester)
,,Politik der Lebensstile'' (Helmuth Berking)
Termin: 15. - 17.1.88
Ort: Haus Villigst/Schwerte
Anmeldungen bitte schriftlich beim Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel. 227 98 25. Teilnehmerbeitrag 50,— DM (für Unterkunft und Verpflegung)

Zunächst wäre die wiederentstehende Rüstungsindustrie in München, Reparaturgelände für Fiat-Düsenjäger und die elektrische Industrie kein besonders attraktives Aushängeschild. Doch unter dem schützenden Mantel eines ,,besseren Lebens'' konnte sich der Nimubs der ,,neuen'' Industrie entwickeln. Die im fordistischen System (Periode des Kapitalismus, die sich am dem ersten Weltkrieg entfaltete) angelegte Freizeitorientierung fand in Oberbayern ein reichhaltiges Angebot. Der kurze Weg zu den Bergen, die winterliche Spritztour zum Spitzingsee, Segeln und Wandern, die Nähe zu Italien, Biergärten, Oper und Oktoberfest ließen die Elemente eines Münchner Lebensstils entstehen. Die praktizierte Landnutzung ließ ein Raumbild entstehen, das der Neoindustrialisierung entspricht. Ich beschränke mich an dieser Stelle auf die Aspekte und Thesen, die unmittelbar einen Bezug zwischen der Neoinustrialisierung und der Raumbildproduktion herstellen.

Flexibilisierung der Produktion

Neoindustrialisierung bezieht sich auf die Arbeitsstruktur, die Arbeitstechnik, die Art der Produkte und die Beziehung zwischen Produktion und Markt. Die im einzelnen sehr unterschiedlichen Formen einer neuen Industrie scheinen mir am ehesten aus der Sicht des Konzeptes der Flexibilisierung begreifbar zu sein. Flexibler wird zunächst das Verhältnis von Produktion und Markt. Innerhalb der fordistischen Produktion war schon eine immense Diversifizierung eingetreten. Die Beschleunigung der Kommunikation zwischen Nachfrage und Produktion durch elektronische Informationsverarbeitung sowie die erhöhte Variabilität in der Steuerung der Produktion scheinen jedoch eine weitere Stufe des Industrialisierungsprozesses zu signalisieren. Flexibilitätsanforderungen werden an die Arbeitskraft weitergegeben: zum einen in Form einer breiteren und professionelleren Qualifikation, zum anderen durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, bis hin zu ersten Versuchen, die Fünf-Tage-Standard-Arbeitswoche aufzuweichen. Flexibilisierung der Produktion heißt auch Auslagerung von Produktionsteilen in kleinere selbständige Unternehmungen, die wegen ihrer geringen Größe noch beweglicher sind.
Wir stellen die These auf, daß mit den neuen Umstellungen der industriellen Produktion und den damit verbundenen Typen neuer Dienstleistungen, die sich mit Forschung und Entwicklung beschäftigen, eine neue Klassenfraktion, ,,die Professionellen'', entsteht. Die Professionellen verbindet ein weitgehend innengeleitetes, normenorientiertes Verhältnis zur Arbeit mit höherer Zeitautonomie und einem lustbetonten Lebensentwurf. Auch wenn die soziale Wirklichkeit da anders aussehen mag, so ist es diese neue Klasse, die virtuell Raumträger des Raumbildes des Südens ist.

Verzauberung und Hyperrealität

Ich habe an anderer Stelle zwei Thesen entwickelt, die die sozialpsychologische Funktion des Raumbildes ,,Süd'' für die Existenz der Professionellen und der vielen, die sich daran orientieren (ohne es zu sein) formulieren. Die erste These besagt, daß der Raum Verzauberungen ermöglicht, um die Entzauberung der beruflichen Existenz zu kompensieren. Im Professionellen vollendet sich die allgemeine Durchsetzung instrumenteller Rationalität. Sinnfragen müssen verdrängt werden, um die beruflich geforderten rationalen Handlungsabläufe nicht zu destabilisieren. Die derart hervorgerufene psychische Belastung sucht die Verzauberung des Ortes und der Situation. Die zweite These bezieht sich auf die Frage, wie stabil die Verzauberung in und durch Räume sein kann, die ja durch moderne Produktions- und Reproduktionsformen geprägt (und entsprechend vernutzt) sind. Ich habe als Antwort eine Beobachtung von Umberto Eco aufgegriffen. Es entstehe eine Welt der Hyperrealität, in der sich die Frage nach der Echtheit und Authenzität nicht mehr stellt. Die Welt ist als eine realistische Fiktion begriffen.
Warum aber kann in Bayern oder Südba-

den, in Grenoble und in Nizza, in Südengland und in Kalifornien ein solches Raumbild entstehen, aber nicht oder doch viel schwerer im Ruhrgebiet oder in Nordhessen? Sowohl die Verzauberung als auch die Hyperrealität bedarf, um bildhaft zu werden, eines Ankers in der Realität. Ich möchte mich vor geografisch-räumlichen Verallgemeinerungen hüten, doch für den süddeutschen Raum, vor allem für Bayern fällt auf, daß sich über viele Jahrzehnte hinweg diese Räume langsamer entwickelt haben, daß sich zahlreiche traditionelle Lebensformen, auch Landschafts- und Architekturformen, halten konnten. Die Lebenswelt ist nicht in gleichem Maße durch Ökonomie und Staat kolonisiert, wie dies in den altindustriellen Regionen und den Räumen, die sozialdemokratischer Modernisierungspolitik unterworfen waren, der Fall ist. Die Ungleichzeitigkeit moderner und promoderner Elemente wird im Rahmen der Raumbildungsdiskussion zur notwendigen Ungleichzeitigkeit, sie ermöglicht Verzauberung und Hyperrealität. Wo dies nicht gilt, wie z.B. im proletarischen, landschaftlich häßlichen und umweltbelasteten Münchner Norden, da wurde schon früh versucht, durch auffallende Architekturzeichen (z.B. BMW-Hochhaus) Substitute zu schaffen.

Wenn es stimmt, daß sich der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß in diesen Jahren neu formiert, daß Fordismus nicht mehr Leitbild der Industrialisierung ist, dann heißt dies auch, daß die Räume, die mit diesem vergangenen Leitbild assoziiert werden, in die Krise geraten (ähnliches und indirekt auf Räume bezogen ließe sich auch über Parteien sagen). In diesen Räumen finden sich die Belastungen und Widersprüche der letzten Modernisierungsstufe am deutlichsten, und nur Teile lassen sich über hohe Schornsteine globalisieren: Hier kann der Blick für die Probleme von Modernisierungs- und Verwertungsproblemen geschärft werden, die Gläubigkeit einer neuen Utopie kann sich hier nur schwer entwickeln.

Um jedoch die Modernisierung auf neuer Stufe fortzusetzen, um die Metamoderne zu entwickeln, bedarf es utopischer Energie und ideologischer Verschleierung. Die Krise der Moderne darf auf die neuen Entwicklungsimpulse nicht abfärben. Raumverschiebung ist dafür ein simples, wenn auch teures Mittel.

(aus: ,,Informationen zur Raumentwicklung", Bonn, Heft 11/12, 1986)

Richard Schwarz/Martin Muno/Sebastian Reinfeldt

Renaissance der Überbauphänomene

12 Versuche über Kultur — eine Replik

,,Die Kultur ist ja mein Leben. Deswegen schreie ich so. Die Kultur im engeren Sinne, wo das Theater der Peinlichkeits- und die Literatur der Langweiler-Hit sind, sogar die interessiert mich noch, auch wenn ich sie nur noch mit meinen sehr gespitzten, genußverwöhnten, handschuhweißeleganten Fingern anlange. So mache ich das, ganz streng. In die Kultur im weiteren Sinne hingegen, also in die Neue Lustige Malerei, in nicht-französisches Kino (. . .), logisch und täglich in das Fernsehen, und logisch erst recht in die Popmusik, in diese ganze Kultur im weitesten Sinne kann ich mich als ein ganz Sicherungs- und Angstloser rein plumpsen lassen, und kriege dann oft einen solchen Sauspaß raus, daß ich dem Herrgott dankbar bin, daß er eine Kultur erschaffen hat.

Was wäre ich ohne die Kultur?, Ausrufezeichen. Vielleicht eine blaue NiveaMilkSpritzDose. Dann stünde oben Hertie und 3,78 drauf. Steht aber nicht, gibt also eine. Scheen Dankescheen."

Rainald Goetz, IRRE

I

1987 ist für die Linke — wer sich auch immer hinter diesem merkwürdig entsubjektivierten Begriff verbergen mag — zum Jahr der Jubiläen geworden. Vor 20 Jahren markierte die Ermordung Benno Ohnesorgs den Ausbruch der Revolte. Eine Generation scherte aus und versuchte, aus Maos langem Marsch einen durch die Institutionen zu machen. 10 Jahre später entzweiten Taten und Tod jener Menschen, die eine eigenwillige Interpretation dieses Wegs propagierten, die Nation. Bob Dylans wohl berühmteste Textzeile ,,you don't need to be a weatherman to know which way the wind blows" wurde nicht nur anläßlich der Göttinger Mescalero-Affäre brutale Realität.

1987 ist alles ganz anders: die Linke hat — zumindest größtenteils — die Marx- und Marcuse-Bände sowie die Waffe aus der Hand gelegt, liest lieber Lyotard und Baudrillard.

,,Zeitgeist" ist angesagt, es leben die Überbauphänomene und Feyerabends Motto ,,anything goes" hat das K-Gruppenprinzip der ,,Kritik und Selbstkritik" (göttinseidank) verdrängt! Als Gefahren werden weniger die Imperialismen der diversen ,,Schweinesysteme" als vielmehr die Bequerels aus der Ukraine und gefährliche Stoffe in der Zahnpasta verortet. Realität beginnt sich — spätestens seit den Simulationstheorien — aufzulösen und Identität ist ein allseits gefragtes Gut. Wir erleben die Renaissance der Überbauphänomene — und die Aktien gehen den Bach hinunter.

II

Kultur, das ist ,,Herrschaft der Kunst über das Leben", hat Nietzsche einmal gesagt. Ein schöner, ein gefährlicher Traum, fürwahr. Herbert Marcuse sah dies mit dem geschärften Auge des kritischen Theoretikers: ,,Unter affirmativer Kultur sei jene der bürgerlichen Epoche angehörige Kultur verstanden, welche im Laufe ihrer eigenen Entwicklung dazu geführt hat, die geistig-seelische Welt als ein selbstständiges Wertreich von der Zivilisation abzulösen und über sie zu erhöhen." (Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: Kultur und Gesellschaft, Frankfurt 1965, S. 63). Natürlich ist dies das reinste Gift — oder etwa Opium? — für revolutionäre Taten.

Hat die kulturbeflissene Linke das vergessen? Oder die Kritik von Horkheimer und Adorno an der Massenkultur, die nunmehr, wie Hauke Brunkhorst glauben machen will, ein Tummelplatz für Intellektuelle sein soll? Wunder über Wunder!

III

,,Wenn die Worte nicht mehr stimmen, dann stimmen die Begriffe nicht mehr. Stimmen die Begriffe nicht mehr, stimmt das Denken nicht mehr. Stimmt das Denken nicht mehr, gerät das Volk in Unruhe. Ist das Volk in Unruhe, so ist der Staat in Gefahr." hat Konfuzius einmal geschrie-

ben. So ein Blödsinn! Gestern war alles politisch, heute ist alles kulturell; so wenigstens der Tenor des links-Artikels „Alles Kultur" (September 1987). Feinsinnige Geister verziehen bei solchen Analysen freilich das Gesicht, denken an Woodstock, die langen Haare und die Campbell-Suppendosen der sixties sowie die harten sozialen Auseinandersetzungen der „eighties" von SO 36 bis Wackersdorf. Kultur ist Politik, Politik ist Kultur, nach Konfuzius müßte der Staat über diese seltsame Arithmetik stolpern. Macht er aber nicht.

Es sind höchstens Teile der Sozialdemokratie, die vor solchem Voluntarismus kapitulieren. So der Frankfurter Baudezernent Haverkamp, wenn er meint: „Leute, die heute in einem Theater auftreten, könnten morgen einen Videoclip produzieren und umgekehrt und diese Komplementarität soll durch den Aufbau im Museumsbereich und einer Reihe anderer Bereiche erfolgen." Hier spricht der Verschwörungstheoretiker unter der Verwendung des alten Tricks, wonach der, der eine Bohrmaschine bedienen kann, gleich der potentielle Erbauer einer Atombombe ist. Zur Sache trägt dies nichts bei.

Und überhaupt, was soll denn die Angst?

Haben die etablierten Kreise nicht schon immer die größte Angst vor einer Kulturrevolution gehabt? Na also.

IV

Die „neue Kulturwelle" — um es auf den Punkt zu bringen — ist nichts anderes als die Erfindung abgehalfterter Feuilletonisten, um solch unsägliche Blätter wie die Transatlantik wieder einmal verkaufen zu können.

V

Das Gedächtnis der Linken scheint sehr kurz zu sein. Linke und Kultur? Ein „linker" Kulturbegriff? Die Namen Franz Jung, B. Brecht, Lukács, Adorno, Benjamin und Kracauer. Alle machten in Kultur.

„Um Franz Pfemfert, den Herausgeber der Aktion, hatte sich ein Kreis von jungen Dichtern gesammelt, der mit Recht als die junge literarische Generation gewertet werden konnte. Wer überhaupt etwas auszusagen hatte, in welcher Form auch immer, in glatten oder holprigen Versen, es kam auf den Willen zur Aussage an, den inneren Zwang, den dynamischen Druck zur Aussage, hatte Zugang zu der Zeitschrift; er war willkommen." (F. Jung, Der Weg nach unten, S. 78). Wir befinden uns in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts!

Um es prägnant als These zusammenzufassen: Nicht die Auseinandersetzung mit Kultur ist von übel, es ist das Abreißen eines Diskurses der „Linken" über Kultur zu beklagen. Es ist der Untergang „linker" Kulturpolitik im Strudel sog. Stadtteilkultur („Ich habe eine Klampfe, bin alternativ und singe Euch eins") zu beklagen. Und es ist der „heilige Ernst", die mangelnde Spielfreude, die Unfähigkeit zum Experiment zu beklagen. Dennoch: „Allein das Objekt ist verführerisch." (Baudrillard)

VI

Zugegeben: das Befassen mit Kultur ist eine schwierige Sache. Was ist mit dem Begriff gemeint. . . In dem Aufsatz von C. Ciupke (links 9/87) klingt es eher so, als wollten sich die neuen Mittelschichten und die alternative Szene lediglich amüsieren, anstatt die Revolution voranzutreiben. Oh, heiliger Ernst!

Ganz allgemein kann Kultur — „Um den Philosophen verständlich zu schreiben" (MEW 3, 34) — als Summe der Lebensäußerungen der Menschen bezeichnet werden. Diese allgemeine Definition wie die Produktion von Alltagsgegenständen (der Steinkeil der Steinzeitmenschen), sondern auch Religion, Lebensformen, Kunstgegenstände etc. . . Entscheidend für diese Lebensäußerungen sind jedoch 1. das Bewußtsein der Äußernden über ihr Tun und 2. der gesellschaftliche Rahmen, auf den sich das Äußern bezieht. Dieser Rahmen ist, vorläufig unverrückbar, kapitalistisch durchherrscht, mithin die Kulturindustrie. Kulturnischen außerhalb dieses Rahmen gibt es nicht.

VII

„Und wir lachen, wenn wir Mae West (Original mit deutschen Untertiteln am Samstagabend im dritten Fernsehpro-

wiener tagebuch

Zeitschrift für Kultur und Politik. links & unabhängig.

Im Oktober-Heft schreiben unter anderem: *Peter Rosner* über die Linke und die Verstaatlichte. *György Dalos* über Janos Kádár. *Christof Reinprecht* über die Gewaltfrage. *Ilse Pollack* über den mosambikanischen Maler Malangatana. *Karl-Markus Gauß* über den Schriftsteller Friedrich Glauser.

Im November-Heft Beiträge von: *Alexander Van der Bellen* über Dr. Basil und die Noricum. *Lepold Spira* über 70 Jahre Oktoberrevolution. *Georg Scheuer* über den März '38. *Paolo Spriano* über Gramsci und die Oktoberrevolution. *Kurt Luger* über Tibet.

Das Wiener Tagebuch erscheint monatlich. Einzelpreis: öS 40,—, Jahresabonnement: öS 320,— (Studenten: öS 200,—). Erhältlich im guten Buchhandel. (Ausland: öS 400,—/DM 55,—; Studenten: öS 250,—/DM 35,—.)

Abonnementbestellungen an: Redaktion Wiener Tagebuch, Belvederegasse 10, 1040 Wien.

Kostenlose Probeexemplare anfordern!

gramm sagen hören: Kultur ist eine große Sache, denn wir begreifen plötzlich, in dem Bild, das sie, Mae West, wirklicher ist als das, was wir bislang als ,,Kultur'' verstehen mußten.'' (R. D. Brinkmann)

VIII

Erstaunlich ist doch, daß die angeblich so kulturbeflissene Linke nur Medienbereiche besetzt hat, die der ,,Gutenberg-Galaxis'' (MacLuhan) zuzurechnen sind, wie Bücher, Zeitungen etc. Wie auch bei der Verteidigung der Bauten des Frühkapitalismus gegen die Sanierungswut des Spätkapitalismus, verteidigt die Linke Reservate, die innerhalb der Massenkultur nur noch marginale Wirkung haben. Zum Umgang mit den Neuen Medien ist der Linken nichts eingefallen, abgesehen von den Medienbaukästen von Enzensberger und Kluge. Zum Fernsehn ist ihr zuletzt etwas bei Adorno eingefallen.

IX

Es ist nämlich auch Kultur, wenn wir Mr. Spock sagen hören: ,,Erhitzen Sie die Antimaterie auf 59° C.'' Es ist nämlich auch Kultur, wenn a-ha den Titelsong für den neuesten James-Bond-Film machen, der auch Kultur ist. ,,Alles ist hübsch.'' (Andy Warhol)

Eine Analyse, die sich an der ,,Anderen Bibliothek'' oder Opernhäusern (soweit sie noch stehen) festmacht, sitzt gerade dem bürgerlichen Kultur- und Öffentlichkeitsbegriff auf, den sie zu kritisieren vorgibt. Dies rächt sich genau in dem Moment, wenn eine Linke gar nicht mehr mitkriegt, daß politische Demonstrationen (wie zuletzt ganz deutlich die Friedensbewegung) zum Medienspektakel gerinnen, daß eine norddeutsche Korruptionsaffäre eine Dimension annimmt, in der, wie Baudrillard sagen würde, das Soziale stirbt zugunsten einer perfekten Inszenierung der Leidenschaften.

Exkurs: Endlich werden die neuen französischen Simulationstheoretiker sinnlich erfahrbar: In der ersten Tatortfolge (Hauptkommissar Augstein) obsiegt die demokratische Öffentlichkeit über den ,,Kieler Saustall'' (Referend Zumpfort, wichtigste Nebenrolle). In Folge 2, beginnend mit der Badewannensequenz, implodiert der politische Raum zugunsten eines diffusen Moralismus (Schnitt, heulende Hausfrauen). Die Folge endet mit: Journalisten ermitteln gegen Journalisten. In der dritten Folge werden die Leidenschaften inszeniert. Staatsbegräbnis. Alle sind schuld.

X

Prompt hat die Linke die wichtigste kulturelle Bewegung, nachdem die Hippies im Woodstock-Schlamm stecken geblieben waren, verschlafen. Wenn die Sex-Pistols in ihrem Film zeigten, wie man die Kulturindustrie zum Tanzen bringt (und sie dadurch am Leben erhält), oder die Einstürzenden Neubauten fragen: ,,Woher soll ich wissen, daß El Salvador nicht eine Erfindung der Medien ist?'', war ihnen das Geschrei der Linken sicher. Bestenfalls diskutierte man, ob und wie schnell man diese Bewegung für politische Zwecke instrumentalisieren könnte.

XII

Das Kunstwerk kann heutzutage deshalb kein Refugium autonomer und authentischer Erfahrung sein, weil die moderne bildende Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts sich systematisch diesem Anspruch entzogen hat. Wen Marcel Duchamps ein Pissoir ins Museum stellt, Andy Warhol Suppendosen malt, oder Wolf Vostell sich auf dem Amtsgericht als Kunstwerk einträgt, ist genau für diese Erfahrung kein Raum mehr. Ein Bewußtsein der Möglichkeit dieser Erfahrung wie auch die Kritik daran sind ästhetisch regressiv. Solche Erfahrung findet das unter Modernisierungsdruck stehende Subjekt bestenfalls in Verschenktexten oder der ,,Unendlichen Geschichte''.

XI

,,Ich kenne das Leben, ich bin im Kino gewesen.'' (Fehlfarben) Die bewußte Fraktion der Punks ging von der richtigen Einsicht aus, daß jegliche Provokation nur noch den Charakter eines Spektakels habe, daß die choques keinerlei Aufklärungswert mehr hätten. Sie verstanden die These MacLuhans, ,,the medium is the message'' nur zu gut, sie begriffen ferner, wie sehr unsere Lebensweisen und unser Bewußtsein von der medialen Umwelt geprägt werden. ,,Wir sehen eine halbe Stunde fern, blättern in einem Magazin, träumen, telefonieren. Wir leben unser Leben nicht-linear.'' (J. G. Ballard)

Carl-Wilhelm Macke

Ein Lehrmeister des Sehens

Die Museen erleben einen Besucherstrom wie noch nie. Buchhändler berichten von einer kaum zu befriedigenden Nachfrage nach Kunstbüchern. Die Stadt, die in den letzten Jahren keine Investition in ein kulturelles Renommierprojekt getätigt hat, muß man lange suchen. Kultur ist, manchmal schon beängstigend, „in". Jenseits der gängigen Dispute und Diskurse verdient aber doch ein Phänomen einmal besondere Aufmerksamkeit: die allgemeine Hilflosigkeit und Passivität, mit der die ansonsten nicht gerade sprach- und schreibfaulen Linken diesem „Kunst-Boom" begegnen. Was offenbar völlig aus dem linken intellektuellen Horizont verschwunden zu sein scheint, ist die kritische Auseinandersetzung mit der Kunst, wie es sie jedenfalls zeitweise in der Renaissance materialistischer Ästhetik-Theorien Ende der sechziger Jahre gegeben hat. In einem Gespräch über Kunst und Ästhetik heute noch unter Berufung auf etwa Herbert Marcuse, Ernst Fischer oder Peter Weiss zu argumentieren, ist ja fast schon peinlich. Georg Lukàcs, Bert Brecht — um Himmels willen — komm mir nicht immer mit diesen Problemdenkern!

Dieser Konfrontation mit den Debatten der Vergangenheit geht man — wie nicht nur auf dem Gebiet ästhetischer Verständigung — lieber aus dem Wege. Die Unbeschwertheit, mit der gerade Linke immer wieder einmal gewonnene Erkenntnisse und Reflexionsniveaus aufgeben, erstaunt immer wieder.

Gegen diesen Geschichtsverlust gilt es dran zu erinnern, daß es zwischen Denunziation und Affirmation der Kunst schließlich noch einen dritten Weg gibt, den der Emanzipation durch die Kunst. Die ideologiekritische Auseinandersetzung mit der Produktion und vor allem ihrer Distribution, ist heute gewiß notwendiger denn je. Aber damit ist die Provokation der Kunst keineswegs gleich miterledigt. Auch der Verweis auf die Förderung von ‚Alternativkulturen' verrät eher Hilflosigkeit denn einen eigenen Standpunkt im Umgang mit der Kunst der Klassik, der Moderne und der Kunst der Gegenwart. Glauben wir nicht mehr an die Kunst als das „große Reservoir des geformten Protestes gegen das gesellschaftliche Unglück, das die Möglichkeit des gesellschaftlichen Glücks durchschimmern läßt", wie es Leo Löwenthal einmal formuliert hat? Haben sich die Verhältnisse denn tatsächlich seit der letzten größeren Verständigung über die Funktion der Kunst im Gefolge der Studentenbewegung so verändert, daß für die Fragen marxistiscch inspirierter Kunsttheorien einfach die Grundlagen verschwunden sind?

Es soll an dieser Stelle genügen, auf die im Qumran-Verlag edierten und jetzt nach und nach in wohlfeilen Ausgaben veröffentlichten Schriften Max Raphaels hinzuweisen, um gegen die modische These der Antiquiertheit materialistischer Kunsttheorien Einspruch zu formulieren. 1889 in Westpreußen geboren und im Jahre 1952 im amerikanischen Exil durch einen Suizid aus dem Leben geschieden, hat Max Raphael mit seinen kunsttheoretischen Schriften zu Lebzeiten nirgendwo Anerkennung gefunden. Nach den Maximen der bürgerlichen Gsellschaft war er eine gescheiterte Existenz, ein Verlierer, der zwar beharrlich intellektuell arbeitete, aber damit keinerlei Reputation gewann. Zugang zur universitären Forschung fand er weder in Deutschland noch später in den Jahren des Exils in den Vereinigten Staaten. Als Lehrer konnte er nur hier und da Seminare in der Erwachsenenbildung abhalten. Im Nachkriegsdeutschland erging es Raphael ebenso wie so schandvoll vielen aus den Kreisen der jüdischen Intelligenz der Weimarer Zeit: Man erinnerte sich seiner nicht, man vergaß ihn. Vielleicht erschließt sich erst heute, wo wir dank des kleinen Qumran-Verlages sein Gesamtwerk allmählich kennenlernen, die Bedeutung dieses so überaus sorgfältigen marxistischen Philologen und souveränen Kunstwissenschaftlers. Wer sich durch die nicht sonderlich farbig formulierten, aber immer bis ins kleinste Detail exakten und kompetenten Bidlbeschreibungen Raphaels hindurchgearbeitet hat, kann dem Herausgeber des Gesamtwerkes, Hans-Jürgen Heinrich, nur recht geben: „An Raphael wird der Unterschied deutlich zwischen Schauen und Sehen". Sich mit dem bloßen Schauen eines Kunstwerkes zu begnügen, heißt ja nichts weiter, als sich von unmittelbaren Eindrücken und Gefühlen leiten zu lassen. Wie anders ließe sich der Ausstellungs-
marathon unserer Tage bewältigen als durch das immer nur oberflächliche Anschauen der jeweiligen Exponate? Ein an Max Raphaels Schriften geschärftes Auge (und Gehirn) kann sich aber damit nicht bescheiden. Ein Kunstwerk will in seiner ganzen Komplexität, vom scheinbar unbedeutenden Randdetail bis hin zum großen historischen Entstehungsrahmen gesehen, das heißt, verstanden werden. Für Raphael ist die Beschreibung eines Bildes eine Arbeit, ein Handwerk, für das es Instrumente gibt, das aber auch in langen Jahren der Sinnesschulung erlernt sein will und dessen Ausübung eine ebenso große Geduld erfordert, wie die Schöpfung des Kunstwerkes selber. Gut fünfzig Seiten umfaßt etwa die Beschreibung — Raphael meidet ausdrücklich das Wort „Betrachtung" — des Tintoretto-Bildes „Die Auffindung Mosis". Farbe, Raum, Zeit, Handlung, Figur — alles wird von Raphael mikroskopisch genau festgehalten und analysiert. Da besteht die Gefahr, sich im Empirismus zu verlieren, aber gleichzeitig schärft diese Sinnesarbeit am Bild auch unsere verkümmerte Wahrnehmungsfähigkeit. „Ausgangspunkt der Kunstbetrachtung ist das Sehen — verstanden als eine Leistung nicht nur des Auges, sondern aller menschlichen Kräfte. Sehen ist eine doppelte, aktive Beziehung zu den Dingen." (Raphael)

Das genaue Studium einzelner Bildbeschreibungen Max Raphaels — in dem vorliegenden Band werden neben dem Tintoretto-Bild noch Werke von Leonardo da Vinci, El Greco, Jan Vermeer und Franz Hals „seziert" — kann als Grundlage jeder weitergehenden Auseinandersetzung mit klassischer wie moderner Kunst dienen. Max Raphael öffnet uns die Augen und damit alle Sinne, um in der Kunst mehr zu sehen als eine bloße Affirmation des gesellschaftlichen Unglücks. Kunst ist, mit den Worten Herbert Marcuses, immer auch eine „Anklage, eine Rebellin, eine Hoffnung". Man kann es dem Qumran-Verlag nicht hoch genug anrechnen, das Werk Max Raphaels vor einem endgültigen Vergessen bewahrt zu haben. Es liegt an uns, diese Einladung zum Studium der Kunsttheorie Max Raphaels auch anzunehmen.

Max Raphael, Bild-Beschreibung. Natur, Raum und Geschichte in der Kunst. Hrsg. von Hans-Jürgen Heinrichs, unter Mitarbeit und mit einer Einleitung versehen von Bernd Growe. 448 S., zahlr. s/w. Abb., mit Handzeichnungen des Autors. Broschur, DM 78,—, ISBN 3-88655-220-9

Reinald Wölle

Südafrika:

Freilassung politischer Gefangener

Govan Mbeki ist frei. International vor seiner Entlassung aus einem südafrikanischen Gefängnis viel weniger bekannt als Nelson Mandela, war er doch einer der theoretischen Köpfe des ANC, ein Organisator des Guerillakampfes bis zu seiner Verurteilung im Rivonia-Hochverratsprozeß 1964 und ein prominenter Insasse von Robben Island, der Gefängnisinsel vor Kapstadt, die viele prominente schwarze Häftlinge zu einer Schule des Widerstands gemacht hatten.

Unmittelbar nach seiner Entlassung wurde Mbeki erneut mit südafrikanischer Repression konfrontiert: mit Ausnahme einer kurzen Pressekonferenz darf er im Land nicht vor die Öffentlichkeit treten. Seine Ankunft einen Tag danach am Johannesburger Flughafen sogar zog einen Polizeieinsatz nach sich: mehrere hundert politische Freunde empfingen ihn — eine Demonstration, die unter dem Ausnahmezustand selten geworden ist. Die Polizei führte Mbeki schnell zum Wagen und knüppelte dann auf diejenigen ein, die den Wagen begleiteten und Freiheitslieder sangen. Aufgehetzte Polizisten riefen fliehenden Demonstranten hinterher: ,,Schlagt den Kaffer, schlagt den ANC.'' Auch eine Weiße schlugen sie zusammen. Wieviele Verletzte es gab, ist schwer zu sagen. Denn aus Angst vor Repression melden sich die Verletzten nirgends, gehen auch nicht zu Ärzten, weil sie fürchten, die Polizei könne ihre Namen dort erfahren.

Am nächsten Tag fragte eine Zeitung bei der Polizei nach, was bei Mbekis Ankunft geschehen sei. Die zuständige Stelle weiß nichts von Auseinandersetzungen. Die Pressezensur erlaubt Berichte über Unruhen nur, wenn sie von der Polizei freigeben werden. So wird die ,,Unruhestatistik'' künstlich niedriggehalten. Nur selten kann die Zensur wie in diesem Fall umgangen werden.

Wie weit die Demütigung von Schwarzen geht, erlebte ein politischer Aktivist, der, auf dem Boden liegend, von mehreren Polizisten geschlagen und getreten, sagte: ,,Dankie, Baas'' (d.h. Danke, Boss), zwei Worte in der Sprache der Buren, mit denen Schwarze seit Generationen Buren gegenüber Unterwürfigkeit ausdrücken, um unmittelbare Brutalität von sich abzuwenden.

Kalkulierter politischer Zug

Mit Mbeki wurden sechs weitere politische Gefangene freigelassen, drei vom PAC, ein weiterer vom ANC und zwei rechts-,,radikale'' Weiße von der AWB (burische Widerstandsbewegung), die die Ermordung von Schwarzen Führern geplant und illegal Waffen gehortet hatten. Während die anderen mindestens die Hälfte ihrer Strafen absitzen mußten (oder 23 Jahre von lebenslang), wurden die AWB-Mitglieder nach vier von 15 Jahren entlassen, ein Versuch konservative Regierungskritiker zu besänftigen. Gleichzeitig versucht die Regierung die Frage zu entpolitisieren, indem sie die Entscheidung über die Freilassung politischer Häftlinge einer ,,neutralen'' Kommission zuschiebt, die auch für die vorzeitige Entlassung nicht politischer Häftlinge zuständig ist.

Die Freilassung Mbekis ist auf inneren und äußeren Druck zurückzuführen. International gibt es zur Zeit keine neuen Sanktionen. Der Commonwealth-Gipfel im September hat sich nach dem Veto von Margaret Thatcher auf nichts einigen können. Thatcher und Reagan argumentieren, daß politischer Druck und positive Anreize effektivere Mittel zum Wandel seien. Der diplomatische Druck konzentrierte sich auf die Freilassung Mandelas. Dafür mußte Botha ihnen einen Erfolg liefern. Schon lange hat er nicht mehr soviel positive Presse bekommen wie nach dieser Entlassung. Gleichzeitig nimmt das internationale Bewußtsein über Südafrikas Destabilisierung der Region zu — nicht zuletzt durch die Massaker in Mozambique und den Einmarsch in Angola. Bewegung im Innern soll davon ablenken.

Innerhalb Südafrikas ist die Freilassung politischer Gefangener ein Schlüssel zu einem der ehrgeizigsten Reformprojekte der Regierung. Sie plant die Schaffung eines ,,Nationalen Gesetzesrates'' (National Statutory Council), eines beratenden Gremiums, das erstens unter Beteiligung von Schwarzen eine neue Verfassung, die Schwarze einbezieht, ausarbeiten soll und zweitens die Sicht von Schwarzen in die gegenwärtige Gesetzgebung einbringen soll. Wie halbherzig diese Art von Reform ist, zeigt das Wahlrecht für die städtischen Schwarzen: zehn Vertreter, je einer in zehn Wahlkreisen, für zehn Millionen Schwarze.

Daß die Befreiungsbewegungen daran nicht teilnehmen, ist allen Seiten selbst-

verständlich. Bisher haben sich nur Schwarze angemeldet, die ohne jede Basis in der Bevölkerung sind. Der Kampf der Regierung geht darum, Gruppen für diesen Plan zu gewinnen, die enge Beziehungen zur Wirtschaft haben und auf die Unterstützung einer qualifizierten Minderheit unter Schwarzen rechnen können. Die wichtigsten Vertreter sind Gatsha Mangosuthu Buthulezi (für Inkatha, eine Organisation der ethnischen Gruppe der Zulu) und Tom Boya (schwarzer Bürgermeister und Präsident vom Umsa, United Municipalities of South Africa). Beide würden zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch eine Beteiligung am Nationalrat erheblich an Unterstützung verlieren. Deswegen haben sie einige Bedingungen gestellt. Die wichtigste ist die Freilassung politischer Gefangener.

Mbekis Entlassung ist ein kalkulierter politischer Zug und gleichzeitig ein Testfall. Wenn sie keine erneute politische Unruhe nach sich zieht, werden weitere Entlassungen folgen — mit Mandela als letztem und in der Hoffnung, daß bis dahin der Skandal abgeklungen sein und seiner Befreiung von den Schwarzen weniger Bedeutung beigemessen wird — eine Hoffnung die den Mythos Mandela unterschätzt. Mbeki hält sich zur Zeit im Hintergrund und tut damit alles für die Befreiung weiterer Gefangener, nachdem er anfangs gesagt hatte, er sei weiterhin Mitglied der Kommunistischen Partei und des ANC. Der erste befreite Häftling bestätigt damit das von der Regierung genährte Feinbild, der ANC sei kommunistisch unterwandert.

Zweifelhafte „Reform"

Mbekis Zurückhaltung erfüllt noch einen anderen Zweck der Regierung: sie demystifiziert ihn. Auch für Mandela wird es nicht möglich sein, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Das alles ist Teil einer größeren Regierungsstrategie, an der sich einige der westlichen Regierungen beteiligen, den ANC zu schwächen und im Land „gemäßigte" Konkurrenten aufzubauen. Mit ihnen soll eine politische Struktur geschaffen werden, die Teile der Schwarzen, gerade der Mittelschicht, einbezieht, aber die politischen und wirtschaftlichen Privilegien der Weißen sichert und das kapitalistische System erhält. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung wurde 1983 gemacht mit der Schaffung eines Drei-Kammern-Parlaments, in dem auch die Minderheiten der Farbigen (Mischlinge) und Inder vertreten sind in einer Weise, die der weißen Mehrheitspartei die letzte Entscheidung überläßt und dem Staatspräsidenten fast diktatorische Vollmachten gibt. Das wurde weder intern noch international als Reform anerkannt. Die Beteiligung der Schwarzen in dieser Struktur wollen sie jetzt besser planen.

Das größte Hindernis für diesen Plan ist der engstirnige Rassismus vieler Weißer, die die alte Apartheid erhalten wollen und die Bewegungsfreiheit der Regierung hemmen, weil sie in den nächsten Wahlen die Mehrheitsposition der Regierungspartei gefährden. Auch innerhalb der Verwaltung gibt es diesen Widerstand und gerade die Polizei gilt als sehr konservativ. Die Prügelei am Johannesburger Flughafen mag ein Versuch gewesen sein, ein Klima zu schaffen, in dem weitere Freilassungen unmöglich werden. In dieser Situation hat die Regierung nicht den Spielraum, glaubwürdige Zugeständnisse zu machen, aber die Stärke auf lange Zeit, Widerstand effektiv zu unterdrücken. Ein Ausweg ist nicht in Sicht.

NICARAGUA

KAROLA-BLOCH-BRIGADEN FÜR NICARAGUA

Eine Sonderausgabe des Tübinger Stadtmagazins TÜTE

Mit Beiträgen von Karola Bloch, Gerhard Zwerenz, Norbert Greinacher, Ernesto Cardenal, Rose Gauger, Roberto Fernandez Retamar (Kuba), Xavier Chamorro ('El Nuevo Diario', Managua).

Vor allem aber mit Berichten und Erfahrungen aus der Arbeit der KAROLA-BLOCH-BRIGADEN in Nicaragua und des Zentralamerika-Komitees Tübingen.

Die Sonderausgabe ist zum Preis von 9 DM erhältlich an unseren Verkaufsstellen oder direkt bei: Stadtmagazin TÜTE, z.Hd.v. Welf Schröter, Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen gegen Überweisung von 9,00 DM zzgl. 1,50 DM Porto auf das Konto Volksbank Tübingen 55941001 BLZ 641 901 10.

Holm-Detlef Köhler

Sozialdemokratie als „Schlafmittel" der Gesellschaft

Interview mit Pablo Castellano

Die Partido Socialista Obrero Espanol (PSOE, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) bereitet für den 22. Januar 1988 ihren 31. Kongreß vor, auf dem es um nicht weniger als die Zukunft des spanischen und des europäischen Sozialismus gehen soll. Hinter den großen Worten verbirgt sich der Versuch, das in fünf Jahren Alleinregierung mit absoluter Mehrheit entstandene programmatisch-inhaltliche Vakuum wieder aufzufüllen. Die PSOE war in nur 7 Jahren seit dem Tod Francos 1975 bis zum überwältigenden Wahlsieg 1982 von einer wenige hundert Leute umfassenden Exilgruppe zur hegemonialen politischen Partei aufgestiegen. Auf diesem triumphalen Erfolgsweg blieben Inhalte und Ziele wie der demokratisch-republikanische Bruch mit dem Francismus, die Transformation zum Sozialismus, der Marxismus als theoretisches Fundament, die militärische Blockneutralität, aber auch die innerparteiliche Demokratie auf der Strecke. An deren Stelle trat eine Mischung aus althergebrachter Sozialstaatsideologie und neoliberaler Wirtschaftspolitik.

Die „Entideologisierung" der sozialistischen Partei, Sinn und Aufgabe eines kritischen marxistischen Flügels innerhalb derselben und die Perspektiven der spanischen und europäischen Linken sind Gegenstand des Gesprächs mit Pablo Castellano, prominentester Sprecher des kritischen Parteiflügels „Sozialistische Linke". Pablo Castellano ging 1966 nach 10 Jahren Mitgliedschaft in der französischen libertären Bewegung seinen „Weg von Bakunin zu Marx", d.h. zur PSOE und zur sozialistischen Gewerkschaft UGT. 1976 trat er wegen Differenzen mit der Parteiführung, der seit kurzem Felipe González vorstand, als Sekretär für internationale Beziehungen beider Organisationen zurück. Seither arbeitet er in seinem Beruf als Jurist, ohne jedoch seine politische Tätigkeit in Partei und Parlament aufgegeben zu haben. Zur Zeit läuft gegen ihn ein Parteiausschlußverfahren wegen angeblich parteischädigenden Äußerungen in Zeitungsinterviews.

H.K.: Wie formierte und entwickelte sich der Parteiflügel „Sozialistische Linke"?

P.C: Die Gruppe begann Ende 1979 als ein sehr heterogenes Amalgam Unzufriedener und nannte sich zuerst „Kritische Bewegung". Die Unzufriedenheit hatte verschiedenste Gründe: Unzufriedenheit mit der Parteiorganisation, der Parteiideologie und der Parteipolitik. Diese kritische Gruppe entwickelte sich weiter und als sich die „Sozialistische Linke" formierte, bestand schon Klarheit über die Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung und der Parteimehrheit, auf die sie sich stützte. Um den Unterschied zu dem sozialpragmatischen, populistischen Parteikonzept von Felipe González zu erklären, greife ich auf das traditionelle Konzept der Mitgliederorganisation zurück. Wir fordern eine demokratisch-horizontale Organisierung der Mitglieder mit größtmöglicher Kontrolle über die Parteiführung, eine eng an die lokalen Gliederungen gebundene partizipative Demokratie zur Vermeidung einer bloßen Delegiertendemokratie, um der Partei wieder eine bedeutende Rolle bei Massenaktionen in der Gesellschaft zu geben. Wir wenden uns gegen die sich durchsetzende Bürokratisierung, ideologische Liberalisierung, Hierarchisierung, das Berufspolitikertum, wodurch die gesamte politische Aktion in die öffentlichen Posten und Institutionen gelegt wird und die Parteibasis nur als Transmissionsriemen für Regierungsentscheidungen zur Gesellschaft aber nicht als Vermittler zur Aufnahme sozialer Vorgänge benutzt wird.

Auf der ideologischen Ebene reduzieren wir nicht den Marxismus, wie es heute üblich ist, zu einer reinen Denkmethode und Philosophie, sondern betrachten ihn weiterhin als Anleitung zur politischen Aktion, als Verpflichtung zur Gesellschaftsanalyse und -veränderung.

In der jetzigen Parteistruktur ist die „Sozialistische Linke" minoritär, lebt in totaler Diskriminierung. Es ist eine Partei mit liberaler Ideologie, einer populistischen Praxis und dementsprechender Demagogie, einer internen Struktur, die ich billigen Leninismus nenne, ein demokratischer Zentralismus in Verteidigung partikularer Machtinteressen der Parteiführung. In dieser feindlichen Umgebung durchleben wir logischerweise viele Hochs und Tiefs, ausgeschlossen von allen Informationen, von allen Mitteln und Möglichkeiten des Parteiapparates, angewiesen allein auf die Anstrengung und Mittel unserer Mitglieder.

In dieser Situation ist es bedauerlicherweise eine beinahe heroische Anstrengung, den kritischen Flügel am Leben zu erhalten. Schon auf dem Kongreß 1979

wurden wir Objekt einer Diskriminierungskampagne, hingestellt als Vertreter eines obsoleten Marxismus, karikiert als Relikt aus den 20er Jahren, unfähig zur Lösung der aktuellen Probleme Spaniens. Seither müssen wir in einer Situation des permanenten Progroms überleben und von den bekanntesten Gründern unseres Flügels blieb ich fast alleine übrig. Auch in den mittleren Kadern blieben nur wenige aufgrund der Ausgrenzung in den Kommunen, den Parlamenten und von den öffentlichen Ämtern durch diejenigen, die nicht die geringste soziale Basis repräsentieren.

Am härtesten wurde der Konflikt beim Thema NATO-Mitgliedschaft. Wir wollten nicht jede politische Glaubwürdigkeit und moralische Rechtfertigung verlieren und beteiligten uns daher nicht an der Kampagne für den Verbleib in der NATO, nachdem vor der Wahl ein klares ,,Nein'' versprochen worden war. Damals forderte man meinen Mitgliedsausweis. Als ich ein ordentliches Ausschlußverfahren und ein Minimum an Respekt gegenüber der Parteiordnung verlangte, entschloß man sich anstelle einer Politik der Parteiausschlüsse aus Angst vor der öffentlichen Meinung zu einer Politik der Diskriminierung, Marginalisierung und politischen Abqualifizierung, wie wir sie heute erleben.

Auch in der spanischen Gesellschaft, die sich vom konservativen ,,Felipismo'' regieren läßt, ist das Umfeld feindlich und die bloße Idee einer möglichen Verantwortungsübernahme unsererseits innerhalb der Partei, was ein Entgegensteuern gegen den unverdeckten Rechtstrend bedeuten würde, steht gegen die Interessen der konservativen Klassen Spaniens.

H.K.: Warum ist die Linke nicht nur in der PSOE sondern in der gesamten spanischen Gesellschaft so gründlich gescheitert?

P.C: Große Verantwortung dafür tragen die Führungsschichten der sozialistischen und der kommunistischen Partei. Die spanische Linke durchlief drei wichtige Phasen. Zuerst gab es eine starke Linke mit großem ideologischen Gehalt. Diese wurde im Bürgerkrieg, der ein Vorspiel zum II. Weltkrieg war, mit Unterstützung der deutschen und italienischen Faschisten zerschlagen. Die spanische Linke war daraufhin reduziert auf einige, zum Teil überideologisierte fanatische Aktivistengruppen. Diese erhielten zwar eine gewisse Unterstützung seitens der Bevölkerung, es gab jedoch keine Übereinstimmung zwischen Gefolgschaft und Agitatoren. Hinter dem ganzen kommunistischen Aktivismus bildete sich ein wachsender vielschichtiger Antifrancismus, der nicht in einer Parteiposition aufging und auch nicht in den philosophisch-politischen Seminaren, wo wir ganz wenige waren, die Zugang zu politischer Bildung hatten und ideologische Debatten führen konnten. Das wichtige waren die Streiks, die Revolten, die Studentenbewegung, die dann zum Aufbrechen der unmittelbaren Widersprüche des Systems führten.

Der Tod Francos traf dann auf dieses öffentlich-politische Leben, wo sich im Antifrancismus bürgerlich demokratische mit kommunistischen und sozialistischen Vorstellungen vermischten. Dazu kam in vielen Zonen die Forderung nach einem Nationalismus anstelle einer Stärkung der Arbeiterorganisationen. Als gemeinsames Ziel etablierten sich dabei die Parlamentswahlen. Dies brachte schon eine gewisse Normalisierung des politischen Lebens, die geschätzt werden muß als ein sehr viel wohlwollenderes Klima für die Entwicklung von Ideen und Organisationen gegenüber der Diktatur. Es kam jedoch zu einer unmittelbaren Deaktivierung aus Mangel an Zielen. Irrtümlicherweise wurde als einziges Ziel die Erreichung der formalen persönlichen Freiheiten, ausgedrückt im Wahlrecht, angesehen. Dies nutzten auf der einen Seite die Kräfte des alten Staatsapparates aus und schlossen sich zur Regierungspartei UCD (Unión de Centro Democrático) zusammen. Auf der anderen Seite entledigten sich die Parteien der Linken aller mittel- und langfristigen Ziele und verfolgten nur noch das unmittelbare Ziel der Machterhaltung.

Dies war ein entscheidender Prozess der Einschläferung der Bevölkerung mit dem Glauben, es wäre schon alles vollbracht. Wir dürfen wählen, es gibt unzensierte Zeitungen, doch gestärkt aus diesem Prozeß ging die Bourgeoisie hervor. Die Arbeiterbewegung verfiel in einen Bürokratisierungsprozeß, reduziert auf einige wenige Kasten. Die PSOE beispielsweise mit ihren 10 Millionen Wählerstimmen hat ca. 150.000 Mitglieder, wovon 60.000 öffentliche Ämter bekleiden. Die Gewerkschaften, alle zusammen, haben einen Organisationsgrad von unter 12 %. Man sagt daher nicht nur zum Scherz, daß auf jedes öffentliche Amt ein Mitglied der Basis kommt und in den Gewerkschaften auf jeden Funktionär ein Arbeiter.

Wer sind nun in dieser Konsequenz diejenigen, die tatsächlich politisch handeln? Das sind die Kirche, vor der man täglich weiter zurückweicht, die Banken, die die Organisierung der wirtschaftlichen Umstrukturierung übernommen haben und die großen Industrie- und Handelsunternehmen kontrollieren. Die Macht der Banken ist nicht nur hinsichtlich ihrer Strukturen unantastbar, sondern auch hinsichtlich ihrer Dominanz als Steuerungsinstanz der Produktionsmittel und deren Verteilung. Ebenso gestärkt aus diesem Prozeß ging die staatliche Bürokratie hervor und eine bürgerliche Intellektuellenschicht, sehr wenig intellektuell, sondern Privilegierte in einer geistlosen, unkritischen

Otelo de Carvalho geht vor die letzte Instanz

Die erstinstanzlichen Urteile im Prozess gegen Mitglieder der FP-25 sind im Revisionsverfahren stark verschärft worden. Das Appellationsgericht von Lissabon erhöhte vergangene Woche auch das Strafmaß für den Hauptangeklagten, Oberstleutnant Otelo de Carvalho, der anstatt wie bisher zu 15 nun zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt wird. Die Richter der zweiten Instanz kamen nach der Überprüfung des vorliegenden Materials zum Schluß, daß der einstige Held der Nelkenrevolution nicht nur Anstifter und geister Urheber von Terrorakten gewesen, sondern sogar auch als ,,Gründer'' der ,,Volksbefreiungskräfte des 25. April'' (FP-25) zu betrachten sei.

Der Fall ,,FP-25'' ist damit noch keineswegs abgeschlossen. Ein weiterer Prozess in erster Instanz gegen über 30 Mitglieder der Organisation geht derzeit über die Bühne. Das Urteil wird gegen Mitte Dezember erwartet. Aber auch die Verteidiger Otelos sind entschlossen, ihren Kampf fortzuführen und den Fall an das Oberste Gericht weiterzuziehen. Eine starke Aktivität zugunsten Otelos entwickelt vor allem eine sogenannte Informelle Arbeitsgruppe internationaler Juristen aus acht europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten.

Die Mitglieder des Kollektivs haben die Absicht, dem Obersten Gericht bis spätestens Januar mehrere Gutachten vorzulegen und auf eine Revision des Prozesses zu drängen. Wenn alle Instanzen in Portugal durchlaufen sind und der letzte Versuch einer Revision scheitert, soll der Fall Otelo, auf den sich die Arbeitsgruppe konzentriert, an den Europäischen Gerichtshof in Straßburg weitergezogen werden.
(aus NZZ, 3.12.87)

versität. Dazu kommt der Korporativis-
s der Ärzte, Anwälte und übrigen freien
ufe, was bewirkt, daß für eine wahrhaft
nokratische Gesellschaft die soziale
sis fehlt. Es gibt zwar einige demokra-
h gewählte Institutionen, doch deren
erbau ist die korporative Gesellschaft.
Der politische Apparat, der niemals bis
lie Gesellschaft hinunterreichte, mußte
n dabei zu einem Staatsapparat umfor-
n, die politische Parteien leben vom
at, nicht von Mitgliedsbeiträgen, ihre
lle ist die Verwaltung des Staates, nicht
Arbeit in der Gesellschaft.

K.: Wie sieht die Beziehung der PSOE
Arbeiterklasse und zu den Gewerk-
haften aus?

C.: Von der PSOE zu sprechen, heißt
ute, von der Regierung zu sprechen.
e Direktion der PSOE ist die Regierung
d sie hat erreicht, daß die Partei nicht
ehr ist als ein Transmissionsriemen des
gierungshandelns, ein Begleitapparat
r Regierung im Staat. Aus diesem
und mußte sie in Konflikt mit den Ge-
rkschaften geraten, so bürokratisiert
ese auch sein mögen, so niedrig der Or-
nisationsgrad und so zersplittert die Ar-
iterklasse erscheinen mag, denn sie hat
n Staatshaushalt ausschließlich in den
enst einer radikalen wirtschaftlichen Sa-
erungspolitik gestellt. Für die Gewerk-
haften steht dabei ihre ureigenste histo-
sche Mission und gleichzeitig ihre
kunft auf dem Spiel.
Der PSOE gefiele es, die Gewerkschaf-
n zu kontrollieren und einen weiteren
ansmissionsriemen ihrer Politik aus ih-
en zu machen, doch die Bedingungen
afür sind im Augenblick ungünstig. Eine
oziale Konzertation ist derzeit unmöglich,
eil die UGT die Konsequenzen vergan-
ener Sozialpakte teuer bezahlen mußte.
ir befinden uns daher in einer Situation
auerhafter Konfrontation zwischen Re-
erung und Gewerkschaften.

.K.: Welchen Sinn hat heute noch ein
nker marxistischer Flügel in einer kaum
och sozialdemokratisch zu nennenden
artei?

.C.: Anfangs glaubten wir noch an die
öglichkeit der Wiederherstellung der in-
erparteilichen Demokratie, die Wiedererr-
ngung eines politischen Projektes mit
enigstens minimalen sozialistischen Ge-
alt. Heute müssen wir ehrlich eingeste-
en, daß die Partei weder ihren demokrati-
chen Massencharakter wiedererlangen
och eine Politik im Sinne einer grundle-
enden gesellschaftlichen Transformation
etreiben noch wieder ein Projekt der Ar-
eiterklasse werden wird. Die daraus re-
ultierende Versuchung der Auflösung
les Parteiflügels oder der Umwandlung in
ine eigene Partei haben wir bislang ver-
orfen, weil wir glaubten, daß aus der Tra-
lition der Arbeiterbewegung und des so-
ialistischen Denkens heraus in Zukunft in der PSOE wieder günstigere Situationen entstehen können. Um es in den Worten eines alten Sozialdemokraten, Leon Blum, zu sagen: „Einer muß das alte Haus bewachen".

Wir betrachten es als historische Verpflichtung und Aufgabe, den entleerten Raum eines demokratischen Sozialismus wieder zu besetzen. Zur Zeit verzeichnen wir einen Mitgliederschwund, verursacht durch die permanente Abqualifizierung in der Öffentlichkeit und die Diskriminierung innerhalb des Parteiapparates. Ich glaube, dies ist schädlich für die gesamte Partei, denn die SL war eine wichtige Bremse im massenhaften Mitgliederschwund aus Enttäuschung, Frustration etc. und hat auf vielfältige Weise das völlige Ausdörren der Partei verhindert.

Der kommende Kongreß wird also sehr delikat und entscheidend für unsere Zukunft. Die Partei war zwar schon auf dem Kongreß 1979, dem „Bad Godesberg der PSOE", klar auf den Weg der europäischen Sozialdemokratie eingeschwenkt, aber es waren noch andere philosophische Flügel verblieben. Jetzt soll dagegen ausdrücklich jede Diskussion über ein sozialistisches Gesellschaftsmodell unterlassen und alle Kraft in die Perfektionierung, Verbesserung und Verfeinerung des bestehenden Systems gelegt werden. Für viele Genossen wird der Verbleib in der Partei sehr schwer werden. Der Führung käme es sehr gelegen, in der Kongreßberichterstattung von einer totalen Niederlage der SL zu lesen. Trotzdem sehen wir uns zur Teilnahme als Minderheitenflügel politisch und persönlich verpflichtet und wenn es ein halbwegs demokratisches Delegiertensystem gäbe, würden wir mindestens 25 % der Delegierten stellen.

H.K.: Wie siehst Du die Zukunft eines authentischen marxistischen Sozialismus angesichts der neokonservativen Offensive und des Fehlens linker Alterativen?

P.C.: Die europäische Linke muß sich wieder die Frage des Angriffs auf die geltenden Spielregeln stellen. Dabei geht es nicht um eine Entlegitimierung der Demokratie oder den gewaltsamen Kampf im Untergrund, sondern darum, nicht länger als einzigen Inhalt von Politik die Beteiligung an Wahlen und Präsenz in Institutionen anzusehen. Man muß zu den Ursprüngen zurückgehen, zu aufklärerisch kritischem Handeln, zum Organisieren der ausgebeuteten sozialen Schichten über einen wahrhaft erneuernden Diskurs. Auch in den absolut feindlichen Rahmenbedingungen von heute müssen wir wieder unsere alten Werte aufnehmen in einem emanzipatorischen Prozeß, indem wir uns annähern an die sich wandelnde Gesellschaft, in der Herrschaft nicht mehr in den Kohleminen sondern über einen Komplex technischer Intelligenz ausgeübt wird. Wenn uns diese Annäherung und die gleichzeitige Zurückdrängung des Staates nicht gelingt, ist unser Projekt untauglich. Wichtig dabei bleibt die Organisierung der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften. Trotz aller bürokratischen Tendenzen haben die Gewerkschaften mit ihrer Solidarität und ihrem Internationalismus noch nicht diese Pervertierung erfahren wie die Sozialistische Internationale. Wir sollten uns mit diesen Organisationen der Arbeiterklasse überall zusammenschließen ebenso wie mit den am meisten marginalisierten Gruppen, den Frauen, arbeitslosen Jugendlichen, Rentnern, Gastarbeitern usw., für die die Gewerkschaften ein Angebot der Analyse und des Handelns erarbeiten müssen.

Dazu kommen die sozialen Bewegungen mit ständig wachsender Bedeutung. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen und der weitgehenden Einschläferung der Gesellschaft gibt es wichtige Bewegungen wie die Ökologie-Bewegung, die durch die NATO-Frage schwer angeschlagene Friedens-, eine sehr reduzierte Frauen- bis hin zu einer Bewegung für den Ausbau der Demokratie. In diesem Jahr erlebten wir außerdem eine bedeutende Jugendbewegung, die allerdings ebenso wie die Friedensbewegung Gefahr läuft, von den Parteien vereinnahmt zu werden. Diese müssen jedoch ihren Reduktionismus überwinden und zu einer integralen Bewegung werden. Man kann nicht bloß Pazifist sein gegen Militärblöcke und Rüstungspolitik und dabei das ökonomische Gesamtsystem als eigentliche Ursache der Problematik ausblenden oder bloß Feministin gegen den männlichen Unterdrücker, ohne zu erkennen, daß das Patriarchat eine weitere Form von ökonomischer, politischer und ideologischer Herrschaft und Unterdrückung ist. Logischerweise entstehen diese Bewegungen spontan mit konjunkturellen Forderungen, doch sie müssen in einen globaleren Diskurs einmünden. Die eigentliche Gefahr liegt in der ökonomischen, politischen und sozialen Macht, die aus dem System des Privateigentums erwächst und den Kräften, die zu deren Akkumulation zusammengefaßt werden. Die Linke muß also für die Erneuerung und Wiedererlangung der Demokratie kämpfen, gegen die reduktionistischen Interpreten durch die Bourgeoisie, gegen den Betrug, daß deren Demokratie unsere sei. Die Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit sind erkämpfte Erfolge der Arbeiterklasse und wir wollen sie uns nicht von der Bourgeoisie entführen lassen. Die Demokratie muß sozialisiert, vergesellschaftet werden.

Ulrich Menzel

Anfangsstadium des Sozialismus

Der 13. Parteitag, zusammengetreten in Peking vom 25.10.-1.11.1987, ist zu Ende, die programmatischen Reden wurden gehalten, die Personalentscheidungen gefällt. Man kann also Bilanz ziehen. Es war kein Parteitag, auf dem nur gesiegt wurde, der aufrief, zu noch größeren Siegen voranzuschreiten, und nur äußerst freudige Nachrichten verkündete; er war, das macht die Äußerungen sympathisch, ein Parteitag der weitgehend nüchternen Bilanz über die Lage im Lande, die selten so ungeschminkt dargestellt wurde.

Er wird sicherlich als einer der wichtigeren in die Annalen der Partei eingehen. Einmal, weil er einen nicht mehr reversiblen personellen Einschnitt markiert. Die alte Garde aus der Gründerzeit der Partei, die noch den Langen Marsch mitgemacht, die Jahre in Yan'an erlebt und den Bürgerkrieg gegen die GMD gefochten hat, sie ist endgültig von der politischen Vorderbühne abgetreten. Die neue Garde, immerhin in der Mehrheit auch schon am Ende ihres sechsten Lebensjahrzehnts, hat ihre politischen Sporen nach Ende der Revolution verdient und erst in den 1950er Jahren die politische Karriereleiter erklommen, als es nicht mehr darum ging, Revolution zu machen, sondern sich mit den Problemen des sozialistischen Aufbaus herumzuschlagen. Genau darum geht es heute immer noch.

Wichtig war der Parteitag auch insofern, als er nach den Turbulenzen des letzten Jahres im Anschluß an die Studentenunruhen Auskunft zu geben hatte, ob der Reformkurs fortgesetzt wird, oder ob die Bremser und Mahner, die konservative Parteifraktion, noch ein letztes Mal ihr Veto gegen die neue Politik einlegen konnten. In der westlichen Presse ist der 13. Parteitag weitgehend als ein Sieg der Reformer, sowohl programmatisch wie personell, kommentiert worden. Das stimmt — auf den ersten Blick. Die Themen Reform und Öffnung standen in der Tat im Zentrum des Parteitages. Auf den zweiten Blick, wenn man die Reden Wort für Wort verfolgt und die Personalentscheidungen genauer unter die Lupe nimmt, hat man eher den Eindruck des „sowohl als auch".

Beginnen wir mit dem zentralen Dokument, dem Bericht des neuen ZK-Generalsekretärs und ehemaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang. Er ist sicherlich eindeutig der Reformfraktion zuzurechnen. In seinem Bericht hat er aber nicht nur die eigene Meinung, sondern die Kompromißmeinung eines Gremiums wiederzugeben. Kompromiß schon insofern, als es hieß, daß der Bericht im Vorfeld des Parteitags viermal umgeschrieben worden sei, was auf zähe Verhandlungen und das Ringen

Kommune

Wenn Ihr keinen stromlinienförmigen Einheitsbrei in Sachen Politik wollt, sondern eine lebendige Auseinandersetzung und Debatte um aktuelle Fragen *und* strategische Probleme der Linken, dann lest doch mal *Kommune*!

Wenn Ihr die Verbindung von Kultur *und* Politik wünscht, über den Alltagshorizont hinaus, dann lest doch . . .

Wenn Ihr nicht nur eurozentristisch denkt und informiert werden wollt, dann lest . . .

Wenn Ihr frauenpolitische oder feministische Interessen habt, dann gibt's dazu einiges in . . .

Wenn Ihr nicht nur auf Bleiwüsten starren wollt . . .

Wenn Euch das alles nicht interessiert . . . dann solltet Ihr auf keinen Fall ein Kennenlernheft bestellen!

Übrigens! Die Meinung anderer: »Längst ist sie für Insider die interessanteste Monatszeitung aus dem links-grün-alternativen Spektrum: mit Dokumenten und Hintergrundinformationen aus der grünen (und seltener: SPD-)Politik, mit Debatten über aktuelle Themen . . . beinahe unentbehrlich geworden für alle, die sich mit aktuellen Fragen gründlicher beschäftigen wollen.« ***die tageszeitung*** · »Anders, also nach außen, schreibt die *Kommune*. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur.« ***DIE ZEIT*** · »Die Zeitschrift *Kommune* hat sich zu einer der Publikationen entwickelt, denen man regelmäßig mit Interesse entgegensieht. . . . Wer wissen will, welche Trends in der Alternativbewegung von Bedeutung sind, muß in Zukunft *Kommune* lesen.« ***Frankfurter Rundschau***

***KOMMUNE* kennenlernen!**
5 DM für Probeheft und Infomaterial (Scheck oder Briefmarken beilegen) bei:
***Kommune*, Postfach 11 11 62, 6 Frankfurt 1**

Foto: dpa

um einzelne Formulierungen schließen läßt.

Der Bericht beginnt mit einem regelrechten Paukenschlag. Zhao verkündet nämlich die, angesichts des bisherigen Selbstverständnisses unerhörte Feststellung, daß China sich erst im ,,Anfangsstadium des Sozialismus" befände und, man höre und staune, die Etappe des Anfangsstadiums ,,wenigstens" hundert Jahre dauere. Erst Mitte des 21. Jahrhunderts stellt sich somit in China die Frage des Sozialismus. Man erinnere sich: Bereits 1958 glaubte die Partei, zwei Etappen weiter zu sein, und wollte schon damals in die Phase des Kommunismus überwechseln und damit die Sowjetunion nicht nur ein-, sondern auch überholen. Begründet wird diese zur ,,wichtigen Theorie über den sozialistischen Aufbau" stilisierte Erkenntnis, daß man zwar, gerade in den letzten neun Jahren, große Erfolge erzielt habe, daß China aber insgesamt und im internationalen Vergleich immer noch sehr rückständig sei, es an vielem — wirtschaftlich wie bewußtseinsmäßig — mangele und daß man das feudale Erbe noch lange nicht überwunden habe. Hat man für diese Erkenntnis wirklich fast 40 Jahre seit der Revolution benötigt? Oder geht es hier um die ideologische Absicherung, daß man derzeit mit den Reformen und ihren Begleiterscheinungen eigentlich aus orthodoxer Sicht einen gesellschaftlichen Rückschritt zu verzeichnen hat? Oder um eine wohlfeile Entschuldigung, warum allerlei kapitalistische Einsprengsel seit der Wende den Sozialismus verunstalten?

Gesellschaftlicher Fortschritt mißt sich konsequenterweise laut Zhao vorerst nur noch am Grad der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung. Um die Parallele zur Periodisierungsdiskussion in der Sowjetunion nicht zu weit zu treiben, hat er aber gleich den Hinweis parat, daß es sich hier um eine spezifisch chinesische Problematik handelt. Immerhin streut er die früher nie zugegebene Feststellung ein, daß noch ein Viertel der Bevölkerung Analphabeten sei, daß es erhebliche Einkommensunterschiede gebe, daß noch längst nicht überall die elementare Versorgung der Bevölkerung gewährleistet sei, daß die manuelle Arbeit immer noch vorherrsche, daß die Naturalwirtschaft immer noch dominiere, daß China insbesondere von der Seite des Überbaus noch nicht reif sei für den Sozialismus.

Auch wenn sich dahinter ein gutes Stück Taktik (Argumente für die Reform) verbirgt, so kommt die Warnung gleich hinterher. So wie die vergangene Politik, die glaubte, die jetzt entdeckte Anfangsphase des Sozialismus überspringen zu können, eine linke Abweichung war, so ist die konsequent zuende gedachte Position: dann muß China zunächst das unvollendete Projekt bürgerliche Gesellschaft und entfalteter Kapitalismus zuende bringen, eine rechte Abweichung. Diese Chance sei vor 1949 verspielt worden. Gab es sie wirklich? Hier offenbart sich der Grundtenor des Berichts in aller Deutlichkeit, nämlich die Balance zu halten zwischen klarer Distanz zur früheren maoistischen Politik, Bejahung der Reform und gleichzeitiger Rücksichtsnahme auf die orthodoxe Lehre. Dieses ,,sowohl als auch" zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Dokument. Der Hauptwiderspruch ist zwar nicht mehr der Klassenkampf (wie Mao formulierte), sondern liegt im wirtschaftlichen Bereich, d.h. im unzureichenden Entwicklungsniveau. Also: Konzentration auf die Modernisierung, Festhalten an Reform und Öffnung, Entwicklung einer geplanten Warenwirtschaft; aber gleichzeitig: Vertrauen auf die eigene Kraft, Stabilität und Einheit, Aufbau der geistigen sozialistischen Zivilisation, Festhalten an den vier Prinzipien, keine Schwächung der demokratischen Diktatur des Volkes und wie auch immer die Parolen aus der ideologischen Mottenkiste lauten.

In diesen Passagen liest sich der Bericht Zhaos, als hätten zwei Autoren die Feder geführt, die beide etwas ganz anderes meinen. Vor allem dann, wenn er es fertig bringt, in schönstem Parteichinesisch zwei sich ausschließende Grundhaltungen verbal in einem einzigen Satz zu verknoten: ,,Die zwei Grundsätze, das Festhalten an den vier Grundprinzipien und das Festhalten an der Reform und der Öffnung, sind miteinander verbunden, hängen voneinander ab und werden in der Praxis des Aufbaus des Sozialismus chinesischer Prägung zu einer Einheit." Das klingt zu glatt, um wahr sein zu können. Entweder, ich will die Modernisierung,

dann brauche ich zu ihrer Umsetzung die Öffnung und Wirtschaftsreform, dann brauche ich die politische Strukturreform, sogar die Reform der Partei und die konsequente Weiterentwicklung der eigenen gesellschaftstheoretischen Grundlagen. Das alles wird auch ganz folgerichtig bei Zhao hergeleitet. Oder, ich betone Stabilität und Einheit, das Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die Kommunistische Partei, am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen (letztere sind die vier Prinzipien), behalte mir also die unbedingte politische und ideologische Kontrolle durch die Partei vor, dann kann ich aber auch sicher sein, daß die angestrebten Reformziele immer wieder aufs neue stranguliert werden.

Dieser kakophonische Grundtenor findet sich an anderen zentralen Stellen wieder. Zwar wird endlich einmal im Klartext gesagt, was mit dem seit den Januar-Ereignissen und dem Sturz Hu Yaobangs aus dem politischen Vokabular verbannten und jetzt wieder neu belebten Begriff ,,Reform der politischen Struktur'' eigentlich gemeint ist, nämlich das, was Deng in seiner Rede von 1980 ,,Über die Reform des Führungssystems der Partei und des Staates'' darunter versteht: Trennung von Partei und Verwaltung, weniger Machtkonzentration, Bürokratismus und feudales Gedankengut; also nicht mehr Demokratie nach westlichem Muster, sondern mehr Effizienz in der Administration durch teilweise Entmachtung der Kader auf allen Ebenen. Gleich postwendend folgt aber der unmißverständliche Satz: ,,Die Kommunistische Partei Chinas ist der Führungskern der sozialistischen Sache Chinas'', auch wenn die wolkige Formulierung ,,sozialistische Sache'' nicht näher erläutert wird.

Neu ist auch, daß es dem Parteiapparat selber ans Leder soll, wenn die Forderung nach größerer Qualität, mehr fachlicher Qualifikation, nach mehr Leistungsprinzip und weniger Korruption innerhalb der Partei aufgestellt wird. Diese Formulierungen sind eine Referenz an die Tatsache, daß auch manche Kader den Verlockungen im Zusammenhang mit der Öffnungspolitik erlegen sind. Aber anschließend gleich wieder der Hinweis: Man darf nichts überstürzen, keine mechanische Verjüngung durchführen, auch die Alten haben ihre Verdienste etc.

Und schließlich heißt es sogar: Der Marxismus muß angesichts geänderter Realität auch auf der theoretischen Ebene und gerade in China weiterentwickelt werden. An dieser Stelle folgt ganz en passant ein weiterer Paukenschlag. Zweimal bislang habe es theoretische Sprünge in China gegeben. Das erste Mal zwischen 1928 und 1935, als man den europäischen Marxismus sinisierte, zum System des Maoismus ausbaute und die Bauernrevolution an die Stelle der klassischen europäischen Revolutionsvorstellung setzte. Und das zweite Mal? Seit dem berühmten 3. Plenum von 1978, als der Reformkurs in die Wege geleitet wurde. Theoretisches Rüstzeug sind seitdem die ,,Gedanken Deng Xiaopings'', der jetzt ganz offensichtlich in die Rolle des Theoretikers geschlüpft ist. Grundlage des ,,Dengismus'' und kardinaler Unterschied zum Maoismus ist, daß nicht der Entwicklung von Produktionsverhältnissen und Überbau, sondern der Entfaltung der Produktivkräften, also des industriell-technischen Fortschritts, absolute Priorität eingeräumt wird.

Mit diesem neuen theoretischen ,,Sprung'' sind somit auch die letzten Reste des Maoismus über Bord geworfen worden. Man konnte es offenbar, da man mit dem der Tagespolitik entrückten Deng einen neuen Steuermann gefunden hat und Mao in dieser Hinsicht nicht mehr benötigt. Aber gleichzeitig, das macht wieder das ,,sowohl als auch'' aus, wurde mit dem Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen, Su Shaozhi, erst kürzlich ein Prominenter gefeuert, der sich wirklich um die theoretische Weiterentwicklung bemühte. Die neue Theoriebildung ist also definiert durch den Rahmen, den die Ausgewählten Schriften Deng Xiaopings setzen.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf die Personalentscheidungen. Hier scheint in der Tat die Ablösung der Alten vollzogen. Im Politbüro finden sich keine Vertreter der alten Garde mehr. Bloß, ist das Politbüro, wie es sich gehört und wie es früher auch immer so war, noch die einzige Machtzentrale neben dem Sekretariat des Zentralkomitees? Da gibt es nämlich, in der Präsentation nach außen seit dem Parteitag fast schon gleichrangig einzuordnen, noch die ebenfalls vom ZK-Plenum gewählte ,,Beraterkommission'' und die ,,Disziplinkontrollkommission'', beide ebenfalls mit einem Ständigen Ausschuß, Vorsitzenden oder Sekretären versehen. Und wer steht an der Spitze der Beraterkommission? Chen Yun, Bo Yibo und Song Renqiong. In ihrem Ständigen Ausschuß findet sich mit Ausnahme Peng Zhens fast die komplete alte Führungsriege wieder. Offenbar traut man der neuen Garde noch nicht so ganz. Oder, man muß jetzt noch deutlicher unterscheiden, wer vor den Kulissen die Tagesgeschäfte führt und wer hinter den Kulissen das allerletzte Wort hat, wenn es wirklich darauf ankommt. Welche Macht die Beraterkommission wirklich besitzt, zeigte die Krise vom Januar letzten Jahres, als nicht das Politbüro, sondern sie die Entscheidungen fällte. Das ganze Manöver ist also eine sehr elegante Lösung des alten Problems, wie die Machtübergabe von der revolutionären zu einer nachrevolutionären Führung zu arrangieren ist.

Noch eindrücklicher werden die personalpolitischen Feinheiten, wenn man die Tophierarchie betrachtet. Früher waren die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüro auch die crème de la crème. Jetzt steht zwar Zhao Ziyang (68) als neuer Generalsekretär an der Spitze, was sich aus Gründen der Etikette wohl nicht vermeiden ließ, aber dann folgen mit Deng (85), Vorsitzender der Militärkommission und damit Oberbefehlshaber, und Chen Yun (82) zwei Nichtmitglieder. Erst dann Ausschußmitglied und neuernannter Ministerpräsident Li Peng (59), gefolgt vom Rest des Ständigen Ausschusses Qiao Shi (63), Hu Qili (58) und Yao Yilin (70). Fein austariert unter den ersten vier finden sich also zwei Reformer (Zhao und Deng) und zwei eher dogmatische Planwirtschaftler (Chen Yun und Li Peng), die beide in den 1950er Jahren den sowjetischen Weg kennen und schätzen gelernt haben.

Die Teilrehabilitierung des im Januar gestürzten Hu Yaobang, nämlich seine überraschende Rückkehr ins Politbüro, kann zwar als Erfolg der Reformer verbucht werden; aber nicht die eher reformfreudigen Wan Li oder Hu Qili sind ganz nach oben gekommen, sondern der eher orthodoxe Li Peng hat den Karrieresprung auf Platz vier in der Parteihierarchie und ins Amt des Ministerpräsidenten gemacht. Fazit: Der Reformzug fährt zwar weiter, aber die Bremser haben das Häuschen nicht verlassen. Oder: nicht nur die Reformer, auch die Orthodoxen haben ihre Nachfolger bestellt.

Victor Zaslavsky

Für die sowjetischen Reformen kommt jetzt das entscheidende Jahr

Das dritte Jahr seit Gorbatschows Machtantritt neigt sich dem Ende zu. Gorbatschow hat von Anfang an die Politik der Perestrojka der sowjetischen Gesellschaft proklamiert und sich darangemacht, eine Strategie der Neugestaltung auszuarbeiten. Heute wohnen wir der dritten Veränderung dieser Strategie bei.

Unveröffentlichter Lukács

Im Nachlaß von Georg Lukács wurde kürzlich eine brisante Schrift gefunden: *Sozialismus und Demokratisierung*. Lukács verfaßte sie 1968, zur Zeit des „Prager Frühlings". Der Text verschwand ungedruckt in der Schublade, nachdem die Panzer der Warschauer-Pakt-Truppen das Experiment des „Sozialismus mit menschlicherem Antlitz" niedergewalzt hatten.

Aktuell ist diese Arbeit Lukács', da sie Fragen aufgreift, wie sie heute in der Sowjetunion im Zuge der Reformen Gorbatschows aufgeworfen werden.

Georg Lukács, Sozialismus und Demokratisierung, 147 Seiten, 18,— DM
Sendler-Verlag, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/M.

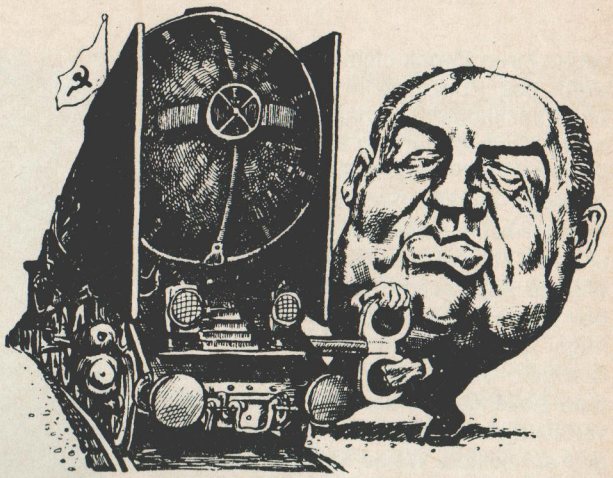
Gorbatschow hat auf eher traditionelle Weise begonnen, indem er auf den wissenschaftlich-technologischen Fortschritt und auf die radikale Verbesserung von Disziplin und Verantwortung der Arbeiter zielte. Zum einen ist beschlossen worden, die Investitionen für den Bau neuer Unternehmen zu verlangsamen und sich statt dessen auf die Modernisierung der bestehenden zu konzentrieren. Zum anderen suchte Gorbatschow den alten Stachanowismus wiederzubeleben, im Jahre 1985 waren die Massenmedien Monat für Monat voll von Geschichten über den Arbeiter mit neuen Produktivitätsrekord oder über den Manager, der eine fortgeschrittene Technologie eingeführt hat.

Diese bereits unter Andropow begonnene Strategie stand bald auf verlorenem Posten. In der Tat besteht einer der Hauptgründe für die Krise der sowjetischen Wirtschaft gerade im Zusammenbruch des Antriebsystems. Der alte Stachanowismus war schon seit Jahrzehnten das Symbol für eine gegen die Arbeiter gerichtete Lohnpolitik geworden, als Rhetorik und Parolen die Erhöhung der Produktivitätsnormen verschleierten.

Nach dieser kurzen Anfangsphase ist dann die Reform des Wirtschaftsmechanismus zur neuen Strategie der Perestrojka geworden, deren Hauptziele die Selbstfinanzierung der Unternehmen und ihre Autonomie sein müssen. Doch ist die Reform des Wirtschaftsmechanismus bislang bloßes Papier geblieben. Die Gründe dafür sind vielfältig und hängen in keiner Weise vom Immobilismus des Führungsapparates ab. Verschiedene Reformvorhaben sind mit Problemen zusammengestoßen, die noch keine Lösung in der internationalen Wirtschaft gefunden haben, weder in der Theorie noch in der Praxis. Es genügt, an das Problem der Preisbindung zu erinnern, um das heute eine heftige Debatte in der Massenpresse wie in der Fachliteratur entbrannt ist (vgl. Voprosy ekonomiki, 2, 3, 5/1987; Literaturnaya gazeta, 12.8., 15.9., 30.9.1987). Dem Reformprogramm zufolge muß der Profit Richtschnur für den Erfolg oder das ökonomische Scheitern jedes Unternehmens werden. Viele sowjetische Ökonomen verherrlichen nun den Profit als das beste Kriterium für eine effiziente Arbeit: Er biete die Möglichkeit, Ausgaben und Ergebnisse der Produktion objektiv zu vergleichen. Aber in der sowjetischen Wirtschaft werden die Preise auf administrativem Weg von oben festgelegt. Somit ist der Profit jedes Unternehmens immer bestimmt von den zentralen Planern, die dadurch, daß sie für das Produkt niedrige Preise verordnen, jeden Profit eines noch so produktiven Unternehmens annullieren können. Die Erfahrungen der Kolchosen, die ihre Produkte dem Staat zu Preisen verkaufen mußten, die dieser bestimmte und die so niedrig waren, daß sie für Jahrzehnte nicht einmal die Produktionsausgaben deckten, mag die sowjetische Praxis veranschaulichen.

Die einzige Alternative zur administrativen Methode der Preisbildung bleibt der traditionelle Marktmechanismus, der sich selbst reguliert, indem er Nachfrage und Angebot gegenüberstellt. Aber wie kann man die Marktwirtschaft wiederbeleben in einer Ökonomie, in der das Staatseigentum alles beherrscht, während es Genossenschafts- und Privateigentum praktisch nicht gibt, in der es bei fast jeder Art von Produkten zu Mängeln kommt und die für ein halbes Jahrhundert durch geschlossene Grenzen, Außenhandelsmonopol des Staates und Nichtkonvertibilität der Währung vom Weltmarkt abgeschnitten war? Die Antwort könnte eine revolutionäre Reform sein: die Zerstörung der zentralisierten Planung und des Einparteienstaates. Aber es wäre naiv zu erwarten, daß die politische Elite, die Nomenklatura, sich selbst zerstört, um die Gesellschaft zu reformieren. Wie der bekannte Schriftsteller Bulat Okudzava es formuliert hat: In der UdSSR „gibt es eine revolutionäre Situation, aber keine Revolutionäre".

Überdies hat die Führung Gorbatschow bemerkt, daß die Perestrojka nicht nur mit den Gegnern der Reform zusammenprallt, sondern eher in der allgemeinen Apathie, in fehlenden Interessen und im tiefen Mißtrauen der einfachen Leute zu versacken droht. Die soziale Atmosphäre, die die So-



wjetunion von heute charakterisiert, hat ein sowjetischer Journalist so beschrieben: ,,Im letzten Jahrzehnt haben Skepsis, Mißtrauen und Zynismus das gesellschaftliche Bewußtsein ausgehöhlt. Diejenigen, die an eine bessere Zukunft glaubten, schienen verrückt... Wenn man von den Problemen der Wirtschaft spricht, überwiegt ein offener Pessimismus.“ (A. Levikov, Literaturnaya gazeta, 22.10.1986).

Die Gorbatschow-Führung beginnt zu spüren, daß eine weitere Veränderung der Strategie nötig ist. Im Januar 1987 fand ein wichtiges ZK-Plenum statt. Um eine offene Diskussion zu erleichtern, hat Jakovlev, einer der engsten Mitarbeiter Gorbatschows, vorgeschlagen, die Redebeiträge nicht zu veröffentlichen. Die Resultate des Plenums sind bekannt geworden, weil die Zusammenfassung eines den Parteifunktionären vorbehaltenen Vortrags von einem ZK-Repräsentanten im ,,Samisdat“ erschienen ist (Yanvarskij Plenum CC KPSS, Strana i mir, 40/1987, S. 38 - 40. Insgesamt überwogen die Gemäßigten. So wurde in einem neuen Gesetz über die Unternehmen und die Arbeitskollektive ein Artikel gestrichen, der für die Industrie die Möglichkeit des Bankrotts einführen wollte. Aber ,,es ist erkannt worden, daß der einzige Weg, um die Probleme der Perestrojka zu lösen, die weitestgehende Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und in erster Linie der Wirtschaftssphäre ist“. (Ebd., S. 39) Die Parolen und Slogans ,,Demokratie“, ,,Demokratisierung“, ,,Demokratie lernen“ erscheinen in der sojwetischen Presse in letzter Zeit nunmehr häufiger als ,,Glasnost“ und ,,Perestrojka“, zwei Schlüsselparolen der ersten Jahre Gorbatschows. Aber was bedeutet ,,Demokratie“ in der Praxis des Einparteien-Regimes? Im Augenblick zeichnen sich die Haupttendenzen der sowjetischen Demokratisierung ab, vor allem die ,,Glasnost“ (d.h. Informationen sollen zugänglich und verläßlich sein — nicht zu verwechseln mit der Freiheit des Wortes) und eine gewisse Verstärkung des Instituts von Wahlen. Außerdem sind Maßnahmen zur Demokratisierung der Industrie vorgesehen, besonders die Einführung der Planung ,,von unten“ mit der Partizipation der Arbeiter. Seit Januar 1987 hat es keine Verhaftungen aus politischen Gründen mehr gegeben, auch wenn die entsprechenden Paragraphen im Strafgesetz bestehen blieben. Schließlich sind mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die individuelle Tätigkeit erste Schritte gemacht worden zur Freisetzung der Privatinitiative.

Die praktischen und theoretischen Schranken der Demokratisierung in einem Einparteiensystem verdienten in der Tat eine gesonderte Analyse. Aber schon die Perestrojka in ihrer gegenwärtigen Phase bringt die gesellschaftliche Widersprüchlichkeit des Reformprozesses zutage. Neue Spannungen und Widersprüche tauchen auf, während Mißtrauen, Apathie und Gleichgültigkeit der Bevölkerung dem Fortgang der Perestrojka gegenüber nicht zurückgehen, sondern umgekehrt in einigen Fällen sogar noch zunehmen.

Die Parteifunktionäre befinden sich in der kritischsten Situation ihrer Karriere. Vom Ausland aus kaum wahrzunehmen, spitzt sich der politische Kampf im Innern zu, der sich ausdrückt im Generationenwechsel der Bürokratie, in der Versetzung der Führungskader in andere Gegenden, in der Entfernung korrupter Elemente. Die Reaktion der Bevölkerung auf die ersten schüchternen Schritte der Demokratisierung wirkt beträchtlich auf diesen politischen Kampf ein.

Die Glasnost, die erstmals in der sowjetischen Geschichte den Verwaltungsprozeß und die Verantwortung der einzelnen Verwalter transparent und mitunter zum Gegenstand öffentlicher Wahlen macht, hat im Inneren und außerhalb der Sowjetunion fraglos Erfolg gehabt. Es gibt aber keinen Zweifel, daß die Mehrheit des Partei- und Wirtschaftsführungsapparates sehr verunsichert ist. ,,In letzter Zeit ist die Autorität des Zentralkomitees stark erhöht worden, während sich die Autorität der lokalen Parteiorgane abgeschwächt hat“, schreibt der Sekretär des Parteikomitees einer sibirischen Provinz, der das zu Recht mit der Politik der Glasnost in Zusammenhang bringt (Ogoniok 24/1987, S. 4). Der Widerstand des Apparates überrascht niemanden, weil die Glasnost effektiv die Machtbefugnisse dieser sozialen Schicht einschränkt und ihre Privilegien in Frage stellt. In der Periode Andropows sind Untersuchungsergebnisse darüber veröffentlicht worden, wie die Mitglieder des Apparates und Wirtschaftsführer sich zu den Reformen verhalten. Nur 15 - 20 % unterstützten den Reformvorschlag, während die Mehrheit für ,,das Stabilisierungsprogramm“ eintrat, in der Meinung, ein beachtlicher wirtschaftlicher Fortschritt könne ohne jede strukturelle Veränderung des bestehenden Wirtschaftsmechanismus und Führungssystems erreicht werden (vgl. T. M. Djafarli et al., Sotsiologiceskie issledovaniya 2/1983, S. 58 - 63). Nicht zufällig hat der Moskauer Parteichef Jelzin, einer der entschiedensten und resolutesten Reformer, in zwei Jahren zwei Drittel der Moskauer Parteifunktionäre ihres Amtes enthoben, was allerdings auf solchen Widerstand stieß, daß er zur Demission gezwungen war. Der Apparat ist voll von Personen, die, wie der bekannte Schriftsteller Vasil Bykov hervorhebt, ,,jahrelang die eigenen konservativen Ideen gepredigt und hochgehalten haben“, nun aber unter Gorbatschow ,,begonnen haben, Knall auf Fall die Notwendigkeit von Reformen zu vertreten und dabei vorgeben, daß es exakt sei, was sie immer schon wollten“ (Literaturnaya gazeta, 14.5.1986). Aber trotz des Ressentiments der Funktionäre, oder besser: dank ihm, ist die Unterstützung im Volk für die Politik der Glasnost im Wachsen begriffen. Bisher bleibt die Glasnost die einzige starke Stütze der Demokratisierungsstrategie, auch wenn einige Beobachter mit Recht bemerken, daß ohne Einführung institutioneller Veränderungen und ernsthafte Wirtschaftsreformen die Glasnost zur sozialen Destabilisierung und zur Schwächung der öffentlichen Ordnung führen könnte (V. Shliapetokh, in: Globe and Mail, 21.7.1987).

Die Maßnahmen zur Einführung geheimer Wahlen mit mehr als einem Kandidaten und zur Rotation der Kader haben da-

gegen ihren Zweck nicht erfüllt. Vor allem bleibt das Prinzip selbst diskutabel, die Wahl der Industriemanager durch die Arbeiter führte zu höherer Effizienz und Produktivität der Arbeit. Beim Fehlen entwickelter Marktbeziehungen werden die Arbeiter keine objektiven Kriterien haben, um die Tätigkeit ihrer Führer zu bewerten. Wie die ungarische Praxis gezeigt hat, haben diejenigen bessere Chancen, als Manager gewählt zu werden, die sich „der Disziplin, der Unduldsamkeit gegenüber dem Absentismus und der Einkommensverteilung mit möglichst wenig Spannungen auf flexible Weise nähern, sprich auf egalitäre Weise" (M. Petschnig, in: Acta Oeconomica, 3 - 4/1985, S. 238).

Hinzu kommt, wie viele Beobachter unterstreichen, daß im Einparteiensystem die Wahlen von Parteifunktionären „organisiert" werden können, auch im Falle mehrerer Kandidaten. Wie ein Autor des „Samisdat" geschrieben hat: „Die Apparatschiks haben eine große Erfahrung akkumuliert, wie man Wahlen manipuliert. Die Gewerkschaftsführer, obgleich in geheimer Wahl gewählt, haben stets die Meinungen der Administration widergespiegelt, nicht die der Arbeiter." (V.P., 17/1987, S. 16)

Ähnlich heißt es in einem vor kurzem in der „Literaturnaya gazeta" publizierten Artikel: „Die Apparatschicks haben sofort gelernt, die mit der Perestrojka gekommenen Änderungen zu umgehen. Hinter der oberflächlichen Erneuerung des Wahlsystems verbergen sich oft, speziell in der Peripherie, die alten Bürokraten, die Demokratie und Glasnost vortäuschen." (30.9.1987)

Diese äußerst schüchternen Versuche, das System der Wahlen zu verändern, die der Apparat leicht blockieren konnte, bewirken nichts anderes, als daß Zynismus, Passivität und Gleichmütigkeit in der Bevölkerung verstärkt werden. Zum selben Ergebnis führen auch die Inkohärenz praktischer Maßnahmen und der Versuch, das Unversöhnliche zu versöhnen, sprich zu einem Kompromiß zu gelangen, wo es dafür keine objektive Basis gibt. Die anfängliche Taktik Gorbatschows, auf die Einheit der Führungsgruppe zu setzen, auf den Kompromiß zwischen traditionellen sowjetischen Werten und neuen Erfordernissen, hat während des sogenannten „Kampfes gegen die nicht verdienten Einkommen", der 1986 im zweiten Halbjahr stattfand, plötzlich einen harten Schlag erlitten. Die Episode verdient, eingehender erörtert zu werden.

Die sowjetische Ideologie vereint in einem ungewissen Gleichgewicht utopische Werte und Entwicklungswerte. Einerseits verlangt sie die volle Gleichheit, die Beseitigung von Statusunterschieden, wirtschaftliche Sicherheit, eine egalitäre Verteilungspolitik und die Solidarität einer

klassenlosen Gesellschaft; andererseits rechtfertigt sie Einkommensunterschiede entsprechend der unterschiedlichen Produktivität jedes Gliedes der Gesellschaft und akzeptiert das Marktprinzip in der Distribution. Der Hauptwiderspruch der Innenpolitik Gorbatschows bestand 1986 im Versuch, beide dieser sich widerstrebenden Werte zu verfolgen.

Eines der ersten Resultate von Gorbatschows Kampagne für authentische und zugängliche Informationen war die Veröffentlichung einiger statistischer Daten über die Ungleichheit von Einkommen und Reichtum in der UdSSR. So sind Verweise auf unveröffentlichte Studien über Bankguthaben erschienen, aus denen hervorgeht, daß ungefähr die Hälfte des gesamten gesparten Geldes sich auf bloß 3 % der Konten konzentriert. Auf diesen sind jeweils mehr als 20.000 Rubel. „Literaturnaya gazeta" berichtete, daß es in irgendeiner Region der russischen Republik 19 Millionäre gebe und „niemand kann auch nur die Zahl der Personen zählen, die Hunderttausende von Rubeln besitzen." (1.10.1986)

Um sich vorzustellen, was eine Million Rubel sind, reicht der Hinweis, daß sie tausend Jahre volles Gehalt einer Krankenschwester, Sekretärin oder eines Grundschullehrers entsprechen. All das ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, ohne Börse, ohne geerbte Reichtümer.

Die Bevölkerung braucht keine statistischen Daten über wirtschaftliche Ungleichheiten. Sie kennt sie aus der alltäglichen Erfahrung. Ein anderes Resultat der Kampagne für die Glasnost ist, daß die Zeitungen begannen, jene Vielzahl von Briefen zu veröffentlichen, in denen „die sowjetischen Reichen" angeprangert werden. Die Verfasser solcher Briefe halten es oft für ausgemacht, daß das Auftauchen enormer Ersparnisse und beträchtlichen Reichtums sich illegalen Tätigkeiten verdanke. Sie schlagen deshalb vor, große Depositen und sogar Autos und Landhäuse zu konfiszieren, oder sie raten zu ausgetüftelten Verfahren des Geldumtauschs: jeder soll nur eine begrenzte Summe wechseln können, wodurch die großen Summen, ob auf der Bank oder nicht, zerstört würden.

Im Mai 1986 hat die sowjetische Regierung eine Resolution verabschiedet mit dem Titel „Die Anstrengungen verstärken, um die nicht verdienten Einkommen zu bekämpfen". Darin wurde „eine größere staatliche und öffentliche Kontrolle über den Konsum" verlangt, um „die dem sozialistischen System zuwiderlaufenden nicht verdienten Einkommen zu beseitigen". Diese in der besten Tradition egalitärer Ideologie gehaltene Resolution zielte auf die exzessiven Reichtümer, hat sich indes als erheblicher Rückschritt hinter die Reformaspirationen Gorbatschows erwiesen.

Die sowjetische Presse beschreibt die Auswirkungen jenes Mai-Dekrets so: „Im Sommer ist das Land von einer Welle von Absurditäten überschwemmt worden"; „Überall verknappten sich die Produkte auf den Märkten, während die Preise in die Sterne steigen"; die Produktivität ist gesunken, „als wären die Leute fauler oder weniger interessiert am Verdienen geworden". (Literaturnaya gazeta, 15.10.1986). Die folgende Episode illustriert eine typische Konsequenz dieses Dekrets. In Grozny, der Hauptstadt der kleinen tschetschenischen Republik, gab es wie in vielen anderen kleinen Städten eine äußerste Knappheit an Taxis. Die staatlichen Taxifahrer beutelten ihre Kunden, indem sie exorbitante Preise verlangten und sich weigerten, zu unbequemen Adressen zu fahren. 1985 wurde ein Experiment gestartet: man gestattete den Besitzern privater Autos, sich nach Feierabend als Teilzeit-Taxifahrer zu betätigen. Umgehend verbesserte sich die Lage. Die staatlichen Taxifahrer verloren ihr Monopol und hörten auf, aus den Passagieren Profite zu schlagen. Nach dem Mai-Dekret hat nun der tschetschenische Finanzminister das Experiment gestoppt, mit dem bekannten Argument, daß die Privattätigkeit die Ungleichheit verschärfe: „Die Reichen werden noch reicher." (Literaturnaya gazeta, 23.7.1986). Der Minister hat jedoch weder das Problem angegangen, die städtischen Verkehrsmittel zu verbessern, noch jenes, daß das Staatsmonopol sowohl für die Taxifahrer wie für lokale Funktionäre eine Quelle der Bereicherung ist.

Die Mehrheit der neuen Reichen in der Sowjetunion hat den eigenen Reichtum auf ganz und gar legale Weise erworben.

Die enormen Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Schichten sind vom Staat selbst festgelegt worden. Das ist der Grund, warum die Daten über die Einkommen von Parteifunktionären, Militärs, Industrieführern niemals veröffentlicht worden sind. Auch der Parteifunktionären, Angestellten der Sicherheitsorgane und gewissen Kategorien von Wissenschaftlern vorbehaltene Zugang zu besonderen Geschäften, speziellen Restaurants oder Krankenhäusern, geschlossenen touristischen Lokalitäten hat massiv zur wirtschaftlichen Ungleichheit beigetragen. Unter Bedingungen des Mangels wird die Kluft zwischen den offiziellen und den Marktpreisen für Konsumgüter, Dienstleistungen und medizinische Versorgung zur wichtigen Quelle der Bereicherung.

Neben den Gruppen, die ihre Privilegien der besonderen Stellung in der Staatsverwaltung verdanken, gibt es zahlreiche Kategorien von Arbeitern, deren überproportionale Einkommen aus ihrer Position im Arbeitsmarkt hervorgehen. So nutzen etwa die Arbeiter in strategisch wichtigen Industrien wie im Bergbau ihr Recht zur Selbstentlassung als Pressionsinstrument, um große Lohnerhöhungen zu erreichen. Der Verdienst eines Grubenarbeiters kann zehn- bis zwanzigmal höher sein als der vieler Angehöriger im öffentlichen Unterricht oder Gesundheitswesen.

Auch das Staatsmonopol in allen kulturellen Angelegenheiten trägt zum Entstehen von Milliardären bei. Eine vom Minister für Kultur gutgeheißene und empfohlene Komödie etwa wird häufig in Hunderten von Theatern aufgeführt, was dem glücklichen Autor enorme Verdienste einträgt. Schließlich ist die Sowjetunion der einzige Industriestaat ohne Steuerprogression geblieben, wo Monatseinkommen von 200 und von 2.000 Rubeln mit dem selben Satz von 13 % besteuert werden.

Gemessen an diesen vom Staat geschaffenen wirtschaftlichen Ungleichheiten bleibt die Untergrundwirtschaft eine wichtige, aber doch zweitrangige Quelle persönlicher Bereicherung. Der Terminus ,,nicht verdientes Einkommen" hat nicht viel Sinn im Falle der zweiten Wirtschaft, die auf dem direkten Übereinkommen von Konsument und Produzent beruht. Die Produzenten verdienen dabei mehr, weil sie doppelte Arbeit haben und reale Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen.

Die Kontrollorgane, die dem Mai-Dekret zufolge die ,,nicht verdienten Einkommen" der neuen Reichen bekämpfen sollten, standen nun entweder vor ,,nicht verdienten", exorbitanten, jedoch völlig legalen Einkommen von Bürokraten, Funktionären, privilegierten Arbeitern, oder aber vor dem ganz und gar verdienten, jedoch formal illegalen von unternehmerischen Personen, die Güter oder Dienstleistungen herstellten, indem sie den staatlichen Prohibitionen entgegenwirkten. Wer dabei zur Zielscheibe wurde, stand von vornherein fest: ,,Die Miliz hat mit eisernen Gittern die Straßen gegen die Märkte blockiert" — mit dem Ergebnis, ,,das Chaos in der Wirtschaft enorm zu erhöhen." (Literaturnaya gazeta, 15.10.1986)

So hat also die Kampagne gegen die ,,nicht verdienten Einkommen", die sich in erster Linie gegen die Bauern und die verschiedenen Kleinproduzenten in den Städten richtete, Gorbatschows Reformkurs einen schweren Schlag versetzt. Vor allem hat sie gezeigt, daß auch die Gorbatschow-Führung den demagogischen Aspekten der herrschenden Ideologie gegenüber sensibel bleibt. Außerdem hat sie die Grenzen der ,,Glasnost" und der Kritik im Lande offenbart. Die Annahme des Mai-Dekrets war ein offenkundiger und ernsthafter Irrtum. Gleichwohl hat die Presse die neue Führung, die ihn zu verantworten hat, nicht kritisiert. ,,Wie kann man die neue Pressekampagne gegen die so produktiven persönlichen Grundstücke der Bauern legitimieren? Wie kann man diesen neuen Pogrom gegen Treibhäuser, Gärten und Kleinzüchtereien, wie er sich im Sommer 1986 manifestiert hat, erklären? Ist es möglich, daß der Schaden dieser Kampagne für das Land und den Staat nicht sofort erkannt wurde? Ist es hinzunehmen, daß man soviel Brot und Fleisch im Ausland kauft und gleichzeitig die ökonomische Initiative von Millionen eigener Staatsbürger erstickt aus Angst davor, daß einige Personen mehr verdienen?" — so fragte vor kurzem der Ökonom Nikolai Smelev (Novyi mir, 6/1987). Er nannte diese Kampagne ,,Stalinismus in Aktion", konnte aber nicht auf die persönliche Verantwortung von Gorbatschow hinweisen.

Der größte Schaden dieses Kampfes gegen ,,nicht verdiente Einkommen" besteht darin, daß Glaubwürdigkeit und Kohärenz der Reformpolitik angeschlagen wurden. Daß der Staat von einem Tag auf den anderen die Zielscheibe auswechseln und vom Angriff auf die ungerechten Privilegien zur Attacke auf die persönliche Initiative übergehen kann, verunsichert alle aktiven und unternehmerischen Leute, die in Zukunft vorsichtiger und zögernder sein werden, sich mit ,,individuellen Aktivitäten" zu exponieren. Das erschwert das ohnehin mit enormen Schwierigkeiten verbundene Vorankommen des Gesetzes über die individuellen Aktivitäten, das im Mai 1987 in Kraft getreten ist, noch zusätzlich.

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen dieses Gesetzes beurteilen zu können, aber sowohl die brüsk eingeführten Veränderungen in dem Gesetzestext kurz nach dessen Verabschiedung als auch die Schwierigkeiten, die aus einer gewissen Legalisierung der Privatinitiative erwachsen, erhellen die widersprüchliche Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft. Anfangs hatte das Gesetz über die individuelle Aktivität einen sehr eingeschränkten Charakter; das erklärt sich nicht nur aus dem Widerstand der gegenreformerischen Bürokratie, sondern wohl eher aus den traditionellen Postulaten der sowjetischen Ideologie und den Ängsten und Vorurteilen in der Mentalität von Gorbatschow und seinen Mitarbeitern.

Das Gesetz hat das Prinzip eingeführt, daß nur die mit voller Zeit in der Staatswirtschaft beschäftigten Personen das Recht zur privaten Aktivität gehabt hätten. So sollten die sowjetischen Bürger, unter denen es ja auch Rentner und Studenten gibt, eine private Aktivität nur in ihrer Freizeit ausüben können, während die Beschäftigung von Lohnarbeitern durch private Unternehmer vollständig verboten war. Das Gesetz zählte die den sowjetischen Bürgern legal gestatteten Aktivitäten einzeln auf und sah hohe Steuern zu deren Erlaubnis vor.

Der reduktive und konterproduktive Charakter des Gesetzes ist fast sofort offenbar geworden, und nach wenigen Monaten war die Regierung gezwungen, wichtige Zusätze einzufügen. Vor allem ist ein wichtiges Prinzip angenommen worden, nämlich daß die Bürger nicht nur den im Gesetz aufgezählten Tätigkeiten nachgehen dürfen, sondern auch nicht erwähnten, sofern sie nicht ausdrücklich verboten sind. Wichtiger noch ist die Bestimmung, daß die Lokalbehörden je nach besonderer örtlicher Arbeitssituation die Erlaubnis zu Privataktivität auch den nicht in der Staatsindustrie Beschäftigten erteilen

nen.
Der Stellenwert, den die Führung Gorschow diesem Gesetz beimißt, ist offsichtlich. Nicht minder offensichtlich d die Hoffnungen der Bevölkerung, den enen Lebensstandard durch irgendeiPrivataktivität zu verbessern. Sowjetinen Angaben zufolge beabsichtigen % der Bevölkerung, sich daran zu beigen. (Strana i mir, 40/1987, S. 40)
Aber ohne Zweifel wird der Widerstand gen die Anwendung des Gesetzes in chster Zukunft wachsen, wenn sich die sten Konsequenzen einer breiten Entfalg der Privatinitiative materialisieren. Eige Wirtschaftsführer haben die Sorge äußert, es könne zu einer großen Flucht r qualifiziertesten Arbeitskraft aus den aatsunternehmen in den privaten Sektor mmen. Da die Erlaubnis zur Privatinitiae zum Vorrecht der Lokalbehörden gert, ist außerdem zu erwarten, daß die rruption noch größere Ausmaße anmmt. Schließlich ist es wahrscheinlich, ß die Hoffnungen, mittels der Energien einer Privatproduzenten das Fehlen von bensmitteln, Dienstleistungen und Konmgüter auf die Schnelle beheben, entuscht werden. Das ist in Ungarn, dessen fahrung als Beispiel dienen könnte, beits geschehen.

Der Markt der Verbraucher verbindet em Ökonomen Albert Hirschmann zufolge das Bündel der Verbraucher, die auf en Preis des Produkts Wert legen, mit jem derjenigen, die auf die Qualität aus nd (A. Hirschmann, ,,Exit, Voice and oyality", Cambridge: Harvard University ress 1970). Die ungarischen Privatproduenten, die verschiedensten Einschränungen unterworfen sind, die das Produkonsvolumen begrenzen, können nicht arauf zählen, daß der Staat seine Halung ihrer Aktivität gegenüber nicht von eiem Tag auf den anderen verändert, weshalb sie versuchen müssen, in kurzer Zeit en höchstmöglichen Profit zu machen. omit setzen sie auf Qualitätsprodukte nd verkaufen sie jenen wohlhabenden chichten, die auf solche Produkte Wert egen. Die Erwartungen, daß das Angebot on Konsumgütern und Dienstleistungen nsgesamt wachse und eine allgemeine erbesserung der Produktqualität bewire, haben sich in Ungarn nur zu einem gingen Teil erfüllt, während Inflation und konomische Ungleichheiten verstärkt wurden (P. Galasi/G. Kertesi, ,,Second Economy, Competition, Inflation", Acta Oeconomica, 3 - 4/1985). Wenn dies auch n der Sowjetunion eintreten wird, könnte ich dadurch die Position der Gegenreformer weiter verstärken.

Doch das sind die Risiken der Zukunft. Schon jetzt läuft die Perestrojka große Gefahr, sich in eine weitere Kampagne von Demokratisierungsslogans und -rhetorik zu verwandeln, die vom Apparat und den örtlichen Behörden blockiert wird. Bereits tauchen Symptome dafür auf, daß der innere politische Kampf zu einem gewissen Stillstand im Fortgang der Reformen führt. Wenn in der ersten Periode die falschen Schritte, die Inkohärenz und die widersprüchlichen Maßnahmen Gorbatschows zum großen Teil noch mit Ängsten und ideologischen Schranken der Gorbatschow-Anhänger erklärt werden konnten, mit fehlender Erfahrung und Schwäche der Reformstrategie, so liegt inzwischen die Verantwortung für den Reformismus ohne Reformen, der im Lande herrscht, fast vollständig bei den Antireformkräften und ihrem Widerstand.

Diese Kräfte werden genährt von Passivität, Angst und Mißtrauen der Bevölkerung — Gefühle, die sie ihrerseits hervorbringen und verstärken. Die engsten Mitarbeiter Gorbatschows sprechen immer häufiger von der ,,Gefährlichkeit" der jetzt gemachten Kompromisse und halbherzigen Maßnahmen. ,,Wenn sich heute die Hoffnungen auf eine Wiedergeburt des gesunden Menschenverstandes abermals zerschlügen, könnte die Apathie der Bevölkerung irreversibel werden", schreibt der schon angeführte Smelev (Smelev, op. cit., p. 146). ,,Die optimale Strategie nimmt in relativ kurzer Zeit von einem, zwei, maximal drei Jahren die totale Neugestaltung des Systems der sozio-ökonomischen Verhältnisse vor", insistiert Tatjana Zaslavskaja, während ein anderer angesehener Ökonom, Pavel Bunik, feststellt, daß ,,die halben Maßnahmen, die zuerst die Hoffnungen der Leute nährten, jetzt nur noch Enttäuschung und Proteste hervorrufen." (Moskovskie novosti, 10.5.1987)

Nicht weniger alarmierende Signale gelangen von den Soziologen zu Gorbatschow. In der Sowjetunion werden Umfrageergebnisse über die Haltung der Bevölkerung zur Regierung und über die Popularität der politischen Führer noch nicht publiziert. Aber jüngste Daten über die Haltung der Jugendlichen zu den fundamentalen Punkten von Gorbatschows Programm sind aufschlußreich. Das vom 27. Parteitag gutgeheißene Programm verspricht, die Wohnungsfrage in der UdSSR bis zum Jahr 2.000 zu lösen — doch nur 30 % der Jugendlichen glauben den Umfragen zufolge, daß dies erfüllt werde. Dasselbe Programm sieht Einkommenserhöhungen von 60 - 80 % bis ins Jahr 2.000 vor — nur 24 % halten die sowjetische Wirtschaft für imstande, dieses Ziel auch zu erreichen (I. Ilinskij, Sotsiologiceskie issledovaniya, 2, 1987, p. 20). Hinzu kommt die Notwendigkeit einer drastischen Erhöhung der Lebensmittelpreise, und zwar in einer wirtschaftlichen Situation, deren Resultate für 1987 hinter den Voraussagen zurückbleiben, auch wenn sie nicht so katastrophal sind, wie die Gegner der Reformen hoffen.

Zieht man also nach den ersten drei Jahren von Gorbatschow eine Bilanz, so kann man sagen, daß die Neugestaltung und die Demokratisierung bislang noch keine konkreten und irreversiblen Ergebnisse gezeitigt haben. Der Haupterfolg Gorbatschows besteht darin, daß — dank der Glasnost — der sowjetische Bürger sich der Unmöglichkeit bewußt ist, den Status quo aufrechtzuerhalten. Die wirkliche Schwäche des antireformistischen Lagers besteht im Fehlen eines konkreten Programmes, um das technologische Auseinanderklaffen zwischen Vereinigten Staaten und Sowjetunion zu verringern oder wenigstens auf dem jetzigen Stand zu halten, während die Reformer unterstreichen: ,,Wenn die Perestrojka nicht verwirklicht wird, wird sich die Verteidigungssituation verschlechtern und wird sich das militärische Gleichgewicht sch[illegible] 1987 - 1988 zugunsten der USA verschieben." (Strana i mir, 40, 1987, p. 40)

In den ersten Monaten des Jahres 1988 wird das wichtigste Ereignis im innerparteilichen Kampf die Wahl der Delegierten für die allsowjetische Parteikonferenz sein, deren Ziel es ist, ,,die Meinungsverschiedenheiten im Zentralkomitee zu überprüfen" (ebd.). Die Absetzung Jelzins stellt ein schlechtes Omen für die überzeugten Reformer dar. Aber wenn Gorbatschow weiterhin die Reformer unterstützt und wenn seine Gruppe eine beträchtliche Mehrheit gewinnt, kann das bedeuten, daß die Periode des Stillstandes und des Reformismus ohne Reformen zu Ende geht und der Übergang zu strukturellen Veränderungen, zumindest im Wirtschaftsbereich, erfogt.

(aus dem Italienischen übersetzt von Bruno Schoch)

Andreas Buro

Friedenspolitik — ja, bitte

„Raus aus der NATO" — nein, danke

Ich bin gleichermaßen gegen die NATO, die WVO, die Bundeswehr, die Truppen der Grande Nation, die Volksarmeen usw. Sie alle sind Ausdruck staatlicher Gewalt, sei es für jenen bornierten und so fürchterlichen Nationalismus, sei es für Weltgeltung, sprich Raub, Unterdrückung und Ausbeutung. Immer aber sind sie auch zumindest letztes Mittel zur Durchsetzung des Herrschaftsanspruches der Herrschenden oder derjenigen, die umwälzen und dann herrschen werden. Ich vergesse nicht den Kommißstiefelgeruch der Kasernen, jener Stiefel, die Vernunft und Menschlichkeit zum Ruhme höherer Herrschaftsziele zertreten.

Diese emotionale, wenngleich auch historisch zu rechtfertigende Ablehnung des Militärischen und Militaristischen darf freilich nicht vergessen lassen, wie sehr die menschliche Geschichte nicht nur, aber auch immer eine Geschichte von militärischer Gewalt gewesen ist und noch ist. Ich verurteile nicht, wenn unterdrückte Völker unter einer entmenschlichten Herrschaft für sich keinen anderen Ausweg sehen, als zu Gegengewalt Zuflucht zu nehmen, wenngleich ich niemals die vielfache Begeisterung für revolutionäre Volksarmeen teilen konnte. Die sozialen und politischen Kosten sind selbst für revolutionäre Gewalt enorm; nur allzu leicht verstellt die Militarisierung der Befreiung ihr emanzipatives Ziel. Nachdenken über Militärisches muß deshalb aus meiner Sicht immer darauf zielen, es durch Politik schnell überflüssig zu machen und seine Auswirkungen auf gesellschaftliches Bewußtsein und Politik so weit wie möglich zu begrenzen.

Bekenntnis ohne positive Identifikation

Die NATO-Diskussion in der „links" läuft einmal auf einer inhaltlichen Ebene, wie denn mit der NATO umzugehen sei, welche und wie weite Wege zu ihrer Auflösung zu wählen wären und welche gefährlichen Instabilitäten oder neuen militaristischen Verfestigungen zu erwarten sind. Die andere Ebene ist die des Bekenntnisses zu einer scheinbar radikalen antimilitaristischen Haltung. Hierbei geht es um die Forderung: Raus aus der NATO!

Diese Forderung ist alt. Sie scheint jetzt zu einer Fraktionsmarkierung im Konflikt Grün gegen Grün zu werden. Ich halte den Streit auf dieser Ebene aus folgenden Gründen für unergiebig und schädlich:

- Die Parole unterstellt, die NATO sei nur ein von der USA beherrschtes Zwangsbündnis. Könne man aus ihm austreten, so würden die westeuropäischen Staaten — und natürlich auch die Bundesrepublik — eine friedliche, auf Abrüstung gerichtete Politik betreiben. Solche Sicht verdrängt nicht nur die westeuropäischen militaristischen Traditionen und verschleiert den antikommunistischen und neokolonialistischen Charakter dieser Staaten, sondern bereitet auch der Ideologie der herrschenden Kräfte den Boden, welche die militärische Verselbständigung Europas mit dem schmeichelhaften Argument von der Friedensliebe der westeuropäischen Staaten und ihrer besonderen Reife zu legitimieren versuchen.
- Die Parole läßt, jedenfalls so wie sie in der Öffentlichkeit vermittelt werden kann, offen, welche Ziele denn eigentlich mit und nach dem Austritt zu verfolgen wären und wie sie zu erreichen sind. Sie gehört zu den zahlreichen „Weg-mit-Parolen", die keine positive Identifikation mit anzustrebenden Zielen ermöglichen. Man ist dagegen, ohne zu wissen, wofür man ist. Freilich gibt Volker Böge (links Nr. 212) viele wichtige und richtige Unterziele und Einordnungen an, doch werden diese nicht mit der Parole vermittelt, so daß zu erwarten ist, was er gerade vermeiden möchte: die Frage des NATO-Austritts oder -Verbleibs wird entpolitisiert und zu einer Glaubensfrage umgebogen.
- Die Parole wirkt innerhalb der Friedensbewegung resignativ, weiß doch jedermann, daß diese Forderung nicht in absehbarer Zeit durchgesetzt werden kann. Sie erscheint als Fluchtburg einer reinen und klaren Haltung, in die man sich zurückzieht. Dadurch verliert man allerdings auch den Kontakt zu den Menschen, die

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Frau Marion Michell,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

Flüchtlinge in Essen

In Essen leben gegenwärtig etwa 3000 Flüchtlinge, ein großer Teil von ihnen in sogenannten „Übergangswohnheimen". Diese Übergangswohnheime sind von ihrer äußeren Fassade her von ganz normalen Wohnhäusern nicht zu unterscheiden. Wir haben mehrere Essener Wohnheime besucht und mit den dort lebenden Flüchtlingen gesprochen. Daraus ist der Videofilm „Vorübergehend in Sicherheit. . ." entstanden. Das Video ist unser Beitrag zur sogenannten Asylantenschwemme, von der die BRD angeblich überrollt wird.

Der Videofilm „Vorübergehend in Sicherheit. . ." kann zum Preis von 35,— DM bei uns ausgeliehen werden, Kaufpreis nach Vereinbarung. Sichtungskassetten für Rezensionen auf Anfrage.

medienzentrum ruhr e.v., im Zentrum Zeche Carl, Hömannstr. 10, 4300 Essen 12, Tel. 0201/36 72 72

Die Nazis in Gießen

Eine materialreiche Studie zur Vorgeschichte und Entwicklung der nationalsozialistishen Bewegung vor 1933 in Gießen wurde am Gießener Institut für Soziologie erstellt. Der Dokumentationsteil des Bandes umfaßt alle auf das Thema bezogenen Zeitungsartikel aus dem Raum Oberhessen, Berichte „Alter Kämpfer" aus dem Bereich Gießen, sowie einige Briefdokumente zur Entwicklung der NSDAP im Kreis Hessen.

Der Analysenteil enthält u.a. eine sozialhistorische Analyse der Partei- und Ideologieentwicklung, eine soziobiographische Auswertung der Berichte „Alter Kämpfer" und ein umfangreiches Register über die in Zeitungsberichten und sonstigen Dokumenten erwähnten Organisationen und Personen.

Bruno W. Reimann/Heiko Boumann/Susanne Meinl/Bettina Metz, Zur Vorgeschichte, Entwicklung und Durchsetzung der nationalsozialistischen Bewegung, Ideologie und Organisation in Gießen 1919-1933, 2 Bände, ca. 800 S. Bezug über: Institut für Soziologie, Karlglöckner-Str. 21, 63 Gießen.

durch die sozialen Bewegungen erreicht werden sollen.

● In der Bevölkerung wird die Parole vielfach Angst erzeugen, beinhaltet sie doch auch, man solle den großen Übervater und Identitätsstifter, die USA, verlassen, ohne zu wissen, wie in Zukunft mit den vielen und komplizierten Problemen der Sicherung der Sicherheit, zu denen auch die psychische gehört, umzugehen sei. Das könnte vielen die mühsam erreichte Friedensorientierung verschlagen. Bruno Schoch (links Nr. 212) wird nun sagen, das sei der Preis für die Entpolitisierung der Friedensbewegung. Ich sehe das anders und sage: das ist das ernstzunehmende Problem einer sehr schnell gewachsenen sozialen Bewegung, in die so viele wenig politisierte Menschen einströmten oder doch von ihr berührt wurden. Diese durchlaufen einen mühseligen und langwierigen Politisierungsprozeß, der in den sozialen Bewegungen keineswegs synchron verläuft, was einen stets sehr unterschiedlichen Politisierungsgrad und damit eine sehr verschiedene Wahrnehmung der herrschenden Politik zur Folge hat. „Raus aus der NATO" dürfte deshalb auch für viele Teilnehmer der Friedensbewegung eine sehr skeptisch aufgenommene Forderung sein.

Alles in allem spricht so vieles gegen diese Einfachformel, daß wir sie besser beiseite legen sollten.

Radikale Friedenspolitik

Wie aber ist — jenseits der Parole — unter der Zielsetzung, in Europa einen Zustand positiven Friedens zu erreichen, mit der NATO umzugehen? Um Mißverständnissen vorzubeugen, wiederhole ich, die NATO und auch die WVO, aber auch nationale Militarismen sind abzuschaffen. Trotzdem denke ich, daß nicht deren Auflösung, sondern eine andere Politik, die dann auch die „Sicherheitspolitik" bestimmt und zur Auflösung der Pakte führt, im Vordergrund der Diskussion stehen muß. Ich will diese Vorstellung mit der Aufzählung einiger Fragen verdeutlichen:

● Wären wir nach einem NATO-Austritt weniger militär-sicherheitssüchtig und weniger militaristisch?

● Würden wir nach dem Austritt mehr Geld für die Rüstung ausgeben und würden wir unsere Rüstungsindustrie abschaffen?

● Würden wir dann, um Abrüstungsdynamik einzuleiten, unsere militärischen Potentiale auf eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit umstellen?

● Wäre die Bundesrepublik dann weniger anti-kommunistisch und kalt-kriegerisch?

● Würden dann und damit nationalistische Tendenzen aufgehoben?

Die wenig erfreulichen Antworten auf diese Fragen liegen auf der Hand. Vielleicht würde sich mancher Linker dann die NATO im Sinne der Funktionsdarstellung von Dan Diner zurückwünschen. Das aber — hier stimme ich Ekkehart Krippendorff lauthals zu — kann doch nicht das Ziel der Linken in den sozialen Bewegungen sein, sozusagen Arm in Arm mit Metternich voranzuschreiten.

Eine auf positiven Frieden gerichtete Politik, muß daran interessiert sein, einerseits den Zugriff der USA auf Westeuropa einzuschränken und andererseits Westeuropa nicht zu einer eigenen Militärgroßmacht werden zu lassen. Doch beide Interessen sind eng mit einander verschränkt.

Für die Lockerung des direkten Zugriffs der USA stehen vielleicht die Chancen so schlecht nicht. Die pazifische Orientierung der USA nimmt zu. Die US-Truppen in Übersee kosten viel Geld, was angesichts einer hohen US-Staatsverschuldung schwer wiegt. Das Mittelstreckenabkommen verweist auf das Interesse der beiden Militärgroßmächte, ihre direkte Konfrontation in Europa einzuschränken. Doch es gibt auch entgegengesetzte Interessen . Westeuropa ist aufgrund seines großen Industriepotentials ein wichtiger Bündnispartner im Systemkonflikt. Die USA werden deshalb ungern auf seinen militärischen Beitrag verzichten wollen. Ferner dienen den USA ihre militärische Spitzenstellung und ihre Militarisierung der Politik auch als gewichtiges Instrument der Konkurrenz auf nicht-ökonomische Ebenen zur Sicherung der US-Hegemonie. Ein abrüstendes Westeuropa würde sich diesem Konkurrenzinstrument entziehen und seine Konkurrenzposition zusätzlich durch die Einsparung von Rüsttungskosten verbessern können. Es ist deshalb naheliegend, daß die USA für die Lockerung ihres Zugriffes auf Westeuropa auf dortige Aufrüstung und eine stabile Bündnisstruktur, die auch ohne starre nukleare Ankoppelung mit den USA verknüpft sein könnte, drängen werden.

Um aus den „Drittländern" Westeuropas den Kern einer neuen, mehr oder weniger eigentständigen westlichen Großmacht zu formieren, kämen solche US-Interessen den herrschenden Kräften in Westeuropa gerade recht, selbst wenn sie dafür eine Weile lang Entspannungskreide fressen und friedvolles Süßholz raspeln müßten. Sie könnten sogar den NATO-Austritt zelebrieren, um ihre westeuropäische Selbständigkeit zu demonstrieren und dann umso ungestörter eine „westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" aus der Taufe zu heben. Freilich, das sind alles weite Wege. Sie lassen sich am ehesten konterkarieren, wenn in Westeuropa offensichtlich kein Militärbedarf besteht, die Bevölkerung dies weiß und deshalb eine westeuropäische Aufrüstungsgemeinschaft nicht zu legitimieren ist. Insofern kommen der regionalen euro-

päischen Abrüstung und einseitigen Schritten, die diese vorantreiben, eine überragende Bedeutung zu (vgl. hierzu auch Volker Böge, in links, Nr. 212).

Eine Politik in Richtung auf positiven Frieden für Europa muß folgende Grundelemente beinhalten, die ich hier nur stichwortartig andeuten kann: sie muß den staatlichen und den gesellschaftsformativen status quo anerkennen. Sie muß die Kooperation zum gegenseitigen Vorteil, und zwar nicht allein unter dem Gesichtspunkt Wachstum, sondern auch unter dem der Ökologie organisieren. Sie muß sich, statt abzuschrecken, am Prinzip der Nicht-Bedrohung der anderen Seite orientieren. Sie muß sich um die Institutionalisierung von Konfliktregulierungsmechanismen bemühen und den Abbau der Konfliktursachen, die aus der eigenen Gesellschaft kommen, vorantreiben. Betrachtet man diese Grundelemente der anzustrebenden Politik genauer, so erweisen sie sich nicht nur als recht radikal, sie bieten auch ein weites Feld für die Entfaltung von Aktivitäten sozialer Bewegungen.

Chancen für Lernprozesse

Gegen die hier angedeutete Politik, nicht geradewegs auf den NATO-Austritt zu drängen, sondern eine inhaltliche Politik zu entwickeln, die zur Paktauflösung führt, wird sicher eingewendet, sie sei angesichts des großen Interesses der herrschenden Kräfte an einer NATO-Politik der militärischen Stärke illusionär. Freilich kann niemand sagen, ob eine bestimmte Politik durchsetzbar ist. Ließen sich denn aber für die Durchsetzung des Austritts aus der NATO bessere Hebel finden als für eine solche radikale Friedenspolitik? Nach den oben genannten Argumenten gegen die Parole „Raus aus der NATO" bezweifele ich das sehr. Im Gegenteil! Für die vorgeschlagene Friedenspolitik lassen sich im Bewußtsein der Bevölkerung gegenwärtig viele Anknüpfungspunkte finden, zumal auch auf der westlichen Seite anläßlich des INF-Abkommens eine Rhetorik entfaltet wurde, die eigentlich nur als kontraproduktiv für herrschende Militärinteressen zu bezeichnen ist.

Man wird ferner einwenden, bei einer solchen Politik würde man sich nur allzu leicht auf der gleichen Bank mit den Sozialdemokraten wiederfinden. Integration in die herrschende Politik sei die Folge. Ein solches Argument ist wohl für die Grüne Partei sehr ernst zu nehmen, muß sie sich doch stets, ob die Realos wollen oder die Fundis nicht, mit der Frage nach ihrer Koalitionsfähigkeit auseinandersetzen. Die sozialen Bewegungen haben dieses Problem nicht, es sei denn sie mißverstehen sich, was immer wieder vorkommt, als politische Machtgruppe, die in taktischen Bündniskalkülen zu denken habe. In Wirklichkeit haben die sozialen Bewegungen nicht den geringsten Anlaß, sich den Koalitionskopf der Grünen zu zerbrechen. Ihr Denken und Verhalten werden nicht von taktischen Bedürfnissen, sondern von den Lernbedürfnissen der in ihnen organisierten und arbeitenden Menschen bestimmt. Sie brauchen auch nicht stets, wie die SPD, darauf achten, daß eine zukünftige Regierungsfähigkeit beeinträchtigt werden könnte. Die sozialen Bewegungen haben vielmehr die Aufgabe, stets das Spannungsfeld zur etablierten Politik aufrechtzuerhalten und quer zu allen taktischen Spekulationen Lernprozesse voranzutreiben. Ihr Problem liegt eher darin, daß sie immer wieder neu zuströmende Bürger an ihrem Bewußtseinsort abholen müssen und dadurch mit vielen Ungleichzeitigkeiten der Politisierung in ihren eigenen Reihen umzugehen haben. Viele der Anzusprechenden werden sich schwer tun zu entscheiden, ob man in der NATO bleiben oder diese verlassen solle. Solche Orientierungsschwierigkeiten sind jedoch viel geringer, wenn es um die Frage der ständigen Bedrohung im Rahmen der Abschreckung geht. Da begreifen viele schnell, daß ständiges Rüsten und Abschreckungsbedrohung nicht mit dauerhaftem Frieden zu vereinbaren sind.

Lesen und lesen lassen:

gönne sie dir
und gönne sie anderen.
Ein Geschenk
das niemand umtauscht

taz

muß mensch haben.

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

Verrechnungsscheck liegt bei Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung. Unterschrift: .....

706

Bruno Schoch

Wie bitte?

Ein leider nicht überflüssiger Nachschlag

Gewiss steht hinter dieser Formulierung ein kritischer Impetus. Gegen ein wohlfeiles Friedens-Eiapopeia und gegen die offizielle Ideologie, Wettrüsten und nukleare Abschreckung zu verharmlosen und die beunruhigende Frage nach den Folgen ihres Scheiterns zu verdrängen. Doch deshalb alle Unterschiede in den Intentionen einfach auszublenden und die real praktizierte Barbarei des Nationalsozialismus mit der in Atomwaffen inhärenten Vernichtungsdrohung umstandslos in eins zu setzen, ist falsch. Schlimmer noch: so vernebelt man politisches Bewußtsein. Dieses Zwanghafte, alles miteinander zu vergleichen und einander gleichzusetzen, hat freilich Methode. Man kennt sie aus der Nachkriegspublizistik unbelehrbarer Rechter, die mit Nationalsozialismus, Krieg und barbarischer Vernichtungspraxis fertig wurden, indem sie alles mit allem verglichen und aufrechneten. Ob Täter, Mitläufer, oder ob Opfer — in der Nacht der Schreckens- und Kriegszeit waren alle Katzen grau. Nach Kohls Inszenierung in Bitburg — der Anlaß, zu dem der „Mediatus" jenen skandalösen Kommentar verfaßte — knüpfte daran an.

Krippendorfs Rettungsversuch erweist sich als eine Verschlimmbesserung. Seine Rede von unserem Führer, der sich nur — wörtlich — leider verkalkuliert habe, ist, gutwillig interpretiert, wohl ironisch gemeint — ist aber gar nicht witzig. Und daß der aufgezwungene Krieg aus Churchill, Rossevelt und Stalin „ja noch keine Antifaschisten im demokratisch-humanistischen Sinne macht", hat niemand bestritten. Doch was um Gottes Willen soll denn heißen, daß ernst genommener Antifaschismus „ja etwas anderes bedeutet als nur ein Zentraleuropa ohne KZs". Wie bitte? Nur?

Entweder ist das nicht so gemeint, wie es geschrieben steht. Dann täte Klarheit not, gerade in Zeiten, in denen sich manche politischen Konturen verwischen. Oder aber das ist so gemeint, wie es da steht. Dann schafft es politische Konfusion, den Abstrusitäten und Ungeheuerlichkeiten eines Nolte weniger fremd, als man in einer sozialistischen Zeitung erwartete.

Ekkehart Krippendorff beendet seinen Diskussionsbeitrag mit einer generellen Schelte am „offenbach-frankfurterischen Intellektuellenjournal". Er fordert uns auf, uns nicht länger an der „rhetorischen Brillanz unserer analytischen Fähigkeiten" zu delektieren, sondern uns in den Dienst des Volkes zu stellen, um es endlich aufzuklären. Die antiintellektuellen Beiklänge der Insinuation, wir genügten uns selbst, seien dahingestellt. Es scheint indes Situationen zu geben, wo auch die Alternative Vernünfteln oder das Volk aufklären falsch ist und Aufklärung — seit je in Gestalt radikaler Kritik betrieben — bei uns selbst zu beginnen hat. . .

Ekkehart Krippendorff hat recht, wenn er davor warnt, das Argument des „Türöffners für andere", mit dem ich einen „links"-Artikel überschrieben habe, unbedacht zu verwenden. Allzu rasch kann es jenen lange Zeit nur allzu gängigen Denunziationsformeln ähneln, mit denen ein platter Vulgärmarxismus jeden Gedanken als „objektiv" in ganz anderem Interesse stehend entlarvte. Allzu rasch auch kann es zum Utopieverbot geraten, zum Totschlagargument, wie das im neudeutschen scene-Jargon gern genannt wird, wider jeden Versuch, über das Bestehende hinaus überhaupt zu denken.

In Zeiten, in denen sich gesellschaftskritisches Denken weithin keines guten Rufes mehr erfreut, nicht zuletzt, weil jene ihn beschädigten, die es einmal gelernt zu haben glaubten und sich viel darauf zugute hielten, ist Krippendorffs Warnung ernst zu nehmen. „Nur wenn, was ist, sich ändern läßt, ist das, was ist, nicht alles", formulierte Adorno in der Negativen Dialektik gültig.

Doch ging es in meiner Kritik an entpolitisierenden und nationalisierenden Zungenschlägen, Untertönen und Ressentiments in der Friedensbewegung um die politisch fatalen Folgen daraus — nicht um die Alternative Utopie versus Realität, Veränderung versus Status quo. Gar fundamental versus realpolitisch. Derartige Etikettierungen, die alles über das Entweder-Oder eines Leisten schlagen, mögen parteipolitisch von Nutzen oder wenigstens ein notwendiges Übel sein. Der Versuch zu präzisieren und zu differenzieren, mit anderen Worten aufs eigene Denken nicht zu verzichten, kann sich mit derart grobschlächtigen Alternativen nicht zufrieden geben.

Entschieden widersprechen möchte ich dem Versuch Krippendorffs, die grauslich konfuse Stellungnahme des „Mediatus" zum 8. Mai, die ich zitierte und tadelte, zu verteidigen. Unstrittig, daß Churchill, Roosevelt und Stalin Machtpolitik betrieben, mit allem, was dazu gehörte, zumal im Krieg. Doch etwas anderes ist es doch, sie deshalb mit Hitler umstandslos gleichzusetzen. Noch einmal der Kern des Zitats: „Sie haben die Politik Nazideutschlands nicht überwunden, sondern mit einem weltweiten System von Vorherrschaft, Ausbeutung und atomarer Vernichtungsrüstung fortgesetzt. (. . .) Welchen Anlaß gibt es, das Kriegsende von 1945 zu feiern?" — Nicht überwunden? Dasselbe noch immer?

Detlev Claussen

„Wir können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß diese Studenten von uns (und sicher nicht, am wenigsten von Dir) beeinflußt sind."
Herbert Marcuse an Theodor W. Adorno, 5. April 1969

Konflikt mit Teddy

Ein Erinnerungsstück

Eine Stecknadel hätte man fallen hören. Es war wie immer: frenetisches akademisches Klopfen begrüßte Theodor W. Adorno, nachdem er den Hörsaal VI der Frankfurter Universität betreten hatte. Kugelrund, mit hellen funkelnden Augen trug er aufs Äußerste artikuliert seine langen, komplexen Sätze vor — geschliffene Gedanken. Unterbrechungen gab es nur, wenn eine Kommilitonin verspätet den riesigen Hörsaal betrat. Adorno stoppte jäh mitten im Satz, musterte die Studentin von unten bis oben, wartete bis sie Platz genommen und die Beine übereinandergeschlagen hatte — und dann fuhr er exakt an der Stelle fort, an der er unterbrochen hatte. Eine solche Studentin fand sich immer. Kurz nach dem 2. Juni, dem Tag, an dem der Berliner Polizeibeamte Kurras hinterrücks Benno Ohnesorg erschoß, leitete Theodor W. Adorno die Vorlesung über Ästhetik anders ein als üblich: „Es ist mir nicht möglich, die Vorlesung heute zu beginnen, ohne ein Wort zu sagen über die Berliner Vorgänge, so sehr diese auch überschattet werden von dem Furchtbaren, das Israel, der Heimstätte zahlloser vor dem Grauen geflüchteter Juden, droht."

1967 wurde ein intensiver Kontakt zwischen Adorno und den Studenten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gepflegt, zumindest in Frankfurt. Adorno, ein einsamer Rufer in der politisch-intellektuellen Wüste des nachfaschistischen Deutschlands, galt unter linken Studenten als unangefochtene Autorität. Anders noch als bei Horkheimer, dem distanzierten Grand Seigneur der Kritischen Theorie, existierte eine von dem erotischen Flair nicht freie Beziehung zwischen Lehrer und Schülern. Keine andere Theorie war so wie die Kritische Theorie in ihrer Adornoschen Fassung durch die Erfahrung und nachwirkenden Folgen von Auschwitz bestimmt. Adorno repräsentierte die ästhetische Sensibilität, die noch die künstlerische Avantgarde vor dem ersten Weltkrieg charakterisierte und durch seine akademischen und musikalischen Lehrer in ihm wachgehalten worden war. Aber dieser Ästhet war durch die grausame

Adornos Erklärung zur Erschießung von Benno Ohnesorg

Frankfurter Hochschullehrer gingen in ihren Unterrichtsveranstaltungen auf die Berliner Ereignisse ein, so z.B. Prof. Fetscher. Prof. Adorno verlas eine Erklärung, deren Wortlauf wir im folgenden wiedergeben:

„Es ist mir nicht möglich, die Vorlesung heute zu beginnen, ohne ein Wort zu sagen über die Berliner Vorgänge, so sehr diese auch beschattet werden von dem Furchtbaren, das Israel, der Heimstätte zahlloser vor dem Grauen geflüchteter Juden, droht.

Mir ist bewußt, wie schwer es nachgerade fällt, auch über das faktisch Einfachste sich ein gerechtes und verantwortliches Urteil zu bilden, weil alle Nachrichten, die zu uns gelangen, bereits gesteuert sind. Aber das kann mich nicht hindern, meine Sympathie für den Studenten auszusprechen, dessen Schicksal, gleichgültig, was man uns berichtet, in gar keinem Verhältnis zu seiner Teilnahme an einer politischen Demonstration steht. Unabhängig davon, welche der einander widersprechenden Darstellungen der erschreckenden Vorgänge zutrifft, ist auf jeden Fall die Beobachtung, daß stets noch in Deutschland die offizielle und mit dem Geist von Demokratie unvereinbare Neigung höherer Instanzen herrscht, Aktionen der im doppelten Sinn untergeordneten Organe a priori zu decken. Nachdem die Untersuchung der Hamburger Vorgänge in einer sogenannten Beruhigungszelle abgebrochen wurde, steht zu befürchten, daß Ähnliches auch in Berlin geschehe. Nicht nur der Drang, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sondern die Sorge darum, daß der demokratische Geist in Deutschland, der wahrhaft erst sich bildet, nicht durch obrigkeitsstaatliche Praktiken erstickt wird, macht die Forderung notwendig, es möchten die Untersuchung in Berlin Instanzen führen, die mit denen, die da geschossen und den Gummiknüppel geschwungen haben, organisatorisch nicht verbunden sind und bei denen keinerlei Interesse daran, in welcher Richtung die Untersuchung läuft, zu beargwöhnen ist. Daß die Untersuchung in vollster Freiheit, raschestens, ungegängelt von autoritären Wünschen, dem Geist der Demokratie gemäß angestellt werde, ist ein Wunsch, den ich nicht als meinen privaten fühle sondern als einen, der in der objektiven Situation entspringt. Ich vermute, daß Sie ihn teilen.

Ich bitte Sie, sich zum Gedächtnis unseres toten Berliner Kommilitonen Benno Ohnesorg von Ihren Plätzen zu erheben.

(aus: DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung, Extrablatt vom 8./9. Juni 1967)

Realität des zwanzigsten Jahrhunderts zu einem politischen Intellektuellen geworden, der kompromißlos seine Minima Moralia, Titel eines Hauptwerks, verfaßte. In der lehrenden Weitergabe kritischer Gesellschaftstheorie sah er den für ihn möglichen und nötigen Akt politischen Handelns. Wie kein anderer warnte er vor dem Triumphalismus der traditionellen Linken. Seine studentischen Schüler schienen daraus die Konsequenz zu ziehen, indem sie den antiautoritären Protest gegen die nachfaschistische Gesellschaft artikulierten.

Das Schrille der antiautoritären Bewegung schreckte Adorno ab. Der Vulgarisierung und Popularisierung theoretischer Gedanken verweigerte er sich strikt. Anders als die Studenten selbst spürte er den sich durchsetzenden Konformismus in der Protestbewegung; aber zugleich liebte er es, die Avantgarde der studentischen Intellektuellen zu seinen Schülern zu zählen. Noch im Juli 1967 trafen wir uns in einer privaten Wohnung, eine handverlesene Auswahl von SDS-Studenten, mit Adorno. Hans-Jürgen Krahl, einer der klügsten Köpfe im SDS, schuf sofort ein theoretisches Diskussionsklima, indem er aus den damals nur im Untergrund zirkulierenden Schriften Horkheimers und Adornos der vierziger Jahre analytische Schlüsse für die Gegenwart zog. Adorno äußerte sich ausgesprochen radikal über den Charakter des Spätkapitalismus und der deutschen Bourgeoisie — „wie die Wölfe" (Adorno). „Sagen Sie, werden Studenten heute schon wieder gefoltert?" wollte Adorno von uns wissen. Trotz vieler Konflikte mit der keineswegs einheitlichen Protestbewegung blieben wir auch im Aktionsjahr 1968 (Dutschke-Attentat, Anti-Springer-Aktionen, Notstandsgesetze) in engem Kontakt. Obwohl auf dem Deutschen Soziologentag 1968 die Stimmung eindeutig liberal und konservativ gegen die Protestbewegung war, blieben wir zurückhaltend, weil Adorno das Hauptreferat hielt. Krahl und wir übrigen SDS-Studenten benahmen uns so zivilisiert, daß Adorno schon fast enttäuscht von uns war. „Meine Herren, Sie waren ja heute wie die Lämmer", sagte er nach der Diskussion zu uns.

Das Verhältnis zu Jürgen Habermas gestaltete sich viel konfliktuöser als zu Adorno. Vor allem der nach dem Mordanschlag auf Benno Ohnesorg geäußerte Vorwurf des „Linksfaschismus" verletzte eine Generation von SDS-Studenten tief, die vor allem wegen der verleugneten nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands sich für gesellschaftskritische Theorien und aktives gesellschaftsveränderndes

Theodor W. Adorno bei einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Autoritäten und Revolution" während der Frankfurter Buchmesse am 23.9.1968. Links neben ihm Ludwig von Friedeburg, rechts Hans-Jürgen Krahl und K. D. Wolff (außen)

Foto. Barbara Klemm

Handeln begeisterten. Im Jahre 1968 trieb nach dem Pariser Mai der Konflikt zwischen Staatsapparat und antiautoritärer Bewegung während der Notstandsgesetze-Debatte auf ihren Höhepunkt zu, der mit einer schweren Niederlage der vorwiegend studentischen Protestbewegung endete. Die Aktivisten des SDS begannen nun mit spektakulären Instituts- und Universitätsbesetzungen, um die Niederlage zu kaschieren. Zuerst traf es das Institut von Jürgen Habermas in der Myliusstraße; zunächst verlief alles noch recht friedlich und auch der Vandalismus hielt sich in Grenzen. Aber die Universitätsleitung drängte mit allen Mitteln auf Räumung. Nach der erfolgten Polizeiaktion zogen einige Studenten zu dem Institut für Sozialforschung, dem mit Adorno identifizierten Stammsitz der Kritischen Theorie. Nach einigem Hin und Her kam auch dort die Polizei; in politischer Blindheit hatten die Studenten die Institutsleitung inclusive Adorno gezwungen, gegen sie tätig zu werden. Im geräumten, von Studenten besprayten Institut spielten sich gespentische Szenen ab. Adorno, tief unglücklich über die Entwicklung, verlangte nach einer Spraydose. ,,In diesem Krahl (nach Hans-Jürgen Krahl) hausen die Wölfe'', sollte sein Graffitto lauten.

Ein dreiviertel Jahr nach diesen Vorfällen starb Adorno überraschend am 6. August 1969. Seine Vorlesung war im Sommersemester häufig gestört worden; am bekanntesten wurde das ,,Busen-Attentat'', als einige Studentinnen während der Vorlesung aktionistisch Adorno mit entblößtem Oberkörper erschreckten. Manchen Akt der Barbarei konnte man erleben; doch die in der Öffentlichkeit geschürte Legende, die Studenten hätten Adorno in den Tod getrieben, entbehrt der Grundlage. Überarbeitet und getroffen von privaten Schicksalsschlägen erlitt Adorno einen Infarkt. Zur Beerdigung kamen viele seiner Studenten, selbst diejenigen, die wenig mit Adorno verband, verhielten sich diszipliniert. In Krahls Worten am Grabe hielten sich bewundernde Anerkennung und Kritik, die heute — nachträglich — etwas abstrakt wirkt, die Waage. Bei den Nachdenklicheren blieb das Gefühl, in diesem Konflikt etwas falsch gemacht zu haben. Als einer der ersten begann Krahl zu ahnen, daß es sich beim Konflikt mit Teddy tatsächlich um einen Generationenkonflikt handelte. Zuneigung spricht aus Krahls Worten vom Dezember 1969: ,,Biographische Erfahrung und die Konstitution von Theorie, individuelle Lebensgeschichte und theoretische Bildungsgeschichte sind bei Adorno unmittelbar eins gewesen.'' Lehrer und Schüler konkurrierten um dieses Ideal, das sie zugleich verband. Noch 1969 äußerte sich Adorno kurz vor seinem Tode in Interviews über seine Studenten: ,,Deren Gesamtniveau halte ich nach wie vor für außerordentlich hoch. Dabei beziehe ich auch solche ein, mit denen ich, was politische Praxis anlangt, gänzlich divergiere.''

Th. W. Adorno: Zum Kurras-Prozeß

(Vor der Vorlesung am 23. November 1967)

Ich nehme an, es ist auch in Ihrem Sinn, wenn ich einige Worte zum Freispruch des Polizeiobermeisters Kurras sage. Ich bin kein Jurist und beanspruche nicht die Qualifikation, juristisch über das Urteil mich zu äußern. Sicher war es schwer, den Tatbestand zu rekonstruieren, und er selbst dürfte jenes Moment von Verworrenheit enthalten haben, auf das man fast stets dort stößt, wo man glaubt, öffentliches Unwesen konkret greifen zu können. Die Problematik dessen, was man Urteilsschelte nennt, ist mir vertraut. Immerhin kann ich nicht mein Mißtrauen verschweigen gegen eine wissenschaftliche Verfahrensweise, die den Anspruch ihrer Objektivität wesentlich auf jene Technik der Subsumtion gründet, die mir philosophisch höchst problematisch dünkt. Ganz gewiß wäre es nicht an mir, der das Bedürfnis zu strafen für überaus fragwürdig hält, meinerseits mich zum Sprecher jenes Bedürfnisses zu machen und, von der anderen Seite her, mich in die Gesellschaft derer zu begeben, mit denen ich nichts gemein zu haben wünsche. Aber all das ist bei der Ermordung unseres Kommilitonen Ohnesorg nicht das Entscheidende. Wenn schon der Polizeiobermeister nicht verurteilt werden kann, weil ihm Schuld im Sinne des Gesetzes nicht nachzuweisen ist, so wird dadurch die Schuld seiner Auftraggeber um so größer. Daß man die Polizei bei einer Studentendemonstration bewaffnete, trägt die Versuchung zu jenen Aktionen in sich, welche der Polizeiobermeister mit dem Wort Auftrag rechtfertigen möchte. In Frankfurt zeigte sich wiederholt, daß die Polizei solcher Methoden nicht bedarf; um so dringlicher, Auskunft darüber zu erlangen, warum sie sie in Berlin anwendete, wer die Verantwortlichen sind und wie es mit dem sogenannten Auftrag bestellt ist. Über all das jedoch geht der Eindruck hinaus, den ich von Herrn Kurras hatte, als er im Fernsehen erschien. Ich vernahm da einen Satz etwa wie: ,,Es tut mir leid, daß dabei ein Student ums Leben gekommen ist.'' Der Tonfall war unverkennbar widerwillig, so wie wenn Herr Kurras jene dürftigen Worte sich mühsam abgerungen hätte, gar nicht im Ernst dessen sich bewußt geworden wäre, was er anrichtete. Die Affektarmut des ,,Es tut mir leid'' verklagt ihn ebenso wie das unpersönliche ,,ein Student ums Leben gekommen ist''. Das klingt, als hätte am zweiten Juni eine objektive höhere Gewalt sich manifestiert und nicht Herr Kurras, zielend oder nicht, auf den Hahn gedrückt. Solche Sprache ist zum Erschrecken ähnlich der, die man in den Prozessen gegen die Quälgeister der Konzentrationslager vernimmt. Herr Kurras hat es nicht über sich gebracht, einfach zu sagen: ,,Ich bin unglücklich darüber, daß ich einen unschuldigen Menschen getötet habe.'' Der Ausdruck ,,ein Student'' in seinem Satz erinnert an jenen Gebrauch, der heute noch in Prozessen und in der Öffentlichkeit, die darüber berichtet, von dem Wort Jude gemacht wird. Man setzt Opfer zu Exemplaren einer Gattung herab. Von derlei Erwägungen abzusehen, können keine juristischen mich veranlassen. Antwort wäre nachdrücklich zu verlangen auf die Frage, wie man in Berlin einen Menschen von der Mentalität des Herrn Kurras einstellen und ihn in eine Situation bringen konnte, die ihn dazu ermutigt, auf seine Weise sich zu betätigen.

(aus: DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung, 17. Jg., Nov./Dez. 1967)

Klärungsbedarf

Kritik an der SB-Erklärung „Tod an der Startbahn West" (links, Nr. 213, Dez. 1987)

Ich bin mit der Erklärung „Tod an der Startbahn West" nicht einverstanden. Mir geht es nicht um Abgrenzung oder Distanzierung, sondern um Klarheit. Ich will die Veröffentlichung zum Anlaß nehmen, einige Punkte zu benennen, die, wie mir scheint, der Klärung bedürfen und über den aktuellen Anlaß hinausweisen.

Ihr schreibt: „Dieses Blutbad hat ein Tabu gebrochen, das den Angriff auf Menschen ausschließt und dem sich noch die militantesten Teile der Protestbewegungen verpflichtet fühlen." Das Tabu des Angriffs auf Menschen — nicht Mord — ist nicht erst durch die Schüsse von Frankfurt durchbrochen worden. Schon seit Jahren wird dieses Tabu nicht nur von der Polizei sondern auch von Demonstranten verletzt.

Bezieht sich der Satz auf die Auseinandersetzungen an der Startbahn-West, kann er so nicht stehen bleiben. Bezieht er sich auf die Bundesrepublik, was durch die Verwendung des Wortes „Protestbewegungen" ausgedrückt wird, ist er schlichtweg falsch. Im übrigen widersprecht Ihr Euch selber, wenn es fünf Zeilen weiter heißt, daß „Zwillen und Leuchtkörper" längst zum gewohnten Bild bei Auseinandersetzungen gehören. Mit diesen Waffen werden vermutlich keine Eichhörnchen gejagt.

Ihr schreibt: „Linke Politik hätte noch immer die Aufgabe, politische Handlungsspielräume jenseits von Parlament und bewaffnetem Kampf zu erschließen. Diese Aufgabe ist durch die Todesschüsse an der Startbahn West nicht hinfällig, sondern aktualisiert worden." Also, wenn diese Politik nicht hinfällig ist, dann war sie auch vorher notwendig und aktuell. Was soll also das Ereignis der Morde in diesem Zusammenhang? Soll das die Argumentation aufbessern? Allenfalls läßt sich aus den zitierten Sätzen schließen, daß diese Form linker Politik so klar und notwendig doch nicht war und ist. Aber anstatt sich um einen Begriff des Politischen als etwas immer wieder Herzustellendem zu bemühen bzw. auf dieses Defizit aufmerksam zu machen, verliert man sich in sprachlichen Floskeln.

Ihr schreibt: „Daß die Mittel selbst zum Zweck von Aktionen werden, ist die politische Sackgasse, in die die falsche Alternative Parlamentarismus oder Bürgerkrieg die Gewaltdiskussion in den letzten Jahren manövrierte." Wenn es nicht um Parlamentarismus oder Bürgerkrieg geht, sondern um etwas Drittes, dann muß man das ausführen, besonders dann, wenn man es für die richtige Alternative hält. Das ist nicht passiert. Kurzum, es geht Euch auch um das Hinterfragen des Gewaltmonopols. Es ist ja unter Linken mittlerweile Mode geworden, den zu denunzieren, der noch meint, daß das Gewaltmonopol des Staates eine historische Errungenschaft sei (dies vor allem in einer Zeit, wo die Möglichkeit einer Revolution nicht nur nicht in Sicht ist, sondern hinterfragt werden muß, ob eine Revolution angesichts des fehlenden Winterpalais sich noch in den alten Formen manifestieren kann). Was meist als Alternative zum Postmaterialismus erscheint, bei Euch aber nicht benannt wird, nämlich der heimliche Traum rätedemokratischer Formen, ist ein Traum, der dem letzten Jahrhundert entstammt und meines Erachtens so nicht mehr konserviert werden kann. Das ist doch absurd: mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts in das 21. einzutreten. Die Konzeption einer Demokratieform, in der Regierende und Regierte nahezu identisch sind, ist eine der größten Illusionen auch des kritischen Marxismus. Preuß hat das ja auf dem Prima-Klima-Kongreß sehr genau herausgestellt. In einer Gesellschaft, die über 60 Millionen Menschen umfaßt, ist es ein Irrtum zu glauben, man könne noch — wie in der griechischen Polis — Demokratie ausüben. Kurzum, es geht um ein notwendiges Maß an Delegation. Erst auf der Basis der Notwendigkeiten kann man von Freiheiten sprechen. Niemand hat das besser herausgestellt als der späte Marx. Aber auch bei ihm ist zu fragen, ob er nicht dem Bourgeois alle Aufmerksamkeit schenkte, hingegen den Citoyen vernachlässigte.

Darüber hinaus hat der Parlamentarismus in seiner Gründungsphase in der Bundesrepublik einen Zeitkern, den zu übersehen fatal wäre: gegenüber dem Nationalsozialismus ist die parlamentarische Form allemal ein Fortschritt. Das zu diskutieren ist in allen „Demokratie-und-Linke-Veranstaltungen" bisher versäumt worden.

Des weiteren umgeht Ihr mit der Abqualifizierung des Parlaments und der Suche nach dem „Dazwischen" das Problem, das sich in einer Situation stellt, in der die außerparlamentarischen Kräfte erschlaffen, gleichzeitig aber eine radikale demokratische Politik notwendig ist. Das beste Beispiel ist doch, daß nach den Schüssen von Frankfurt gerade nicht der zweite Herbst einsetzte. Mit den Grünen im Bundestag hat sich allemal die Konstellation geändert. Und waren es nicht Vertreter der Grünen Bundestagsfraktion, die u.a. zu den Schüssen in Frankfurt befragt wurden und mitdiskutierten? Das als repressive Toleranz oder als Kompromittierung der Grünen Realos mit der Macht abzutun, wäre fatal. Daß über die Vertretung in den Parlamenten hinaus linke Politik notwendiger ist als je zuvor, will ich gar nicht bezweifeln. Aber warum kann man immer nur das Eine denken? Gegen die Eindimensionalität hat Oskar Negt erst letztens auf dem express-Jubiläum polemisiert. Und dann denkt Ihr in der Erklärung doch wieder nur das Eine, nämlich das Dazwischen zwischen Parlament und Bürgerkrieg.

Warum wird in der Erklärung des SBs nicht kritisch Bezug genommen auf die verschiedenen Äußerungen von Fundis wie Jutta Ditfurth? Immerhin kommt sie aus dem SB. Will man das leugnen? Mit ihren Äußerungen zu den Schüssen an der Startbahn („Es kann keiner aus der Bewegung gewesen sein") ist sie doch gar nicht soweit von Joachim Hirschs Äußerungen auf der letzten Arbeitsgruppentagung des SB in Köln entfernt. Dort hieß es sinngemäß, daß sich die Neuen Sozialen Bewegungen nicht legitimieren müßten. Auch möchte ich noch einmal daran erinnern, daß er dort von Neuen Sozialen Bewegungen als Form einer anderen Vergesellschaftung sprach. Wenn es aber wahr ist, daß mit den Ereignissen in Frankfurt ein Teil der Bewegung — um es hegelianisch auszudrücken — zu sich selbst gekommen ist, müssen solche Statements allemal hinterfragt werden.

Einen letzten Aspekt wollte ich noch nennen. In Eurer Erklärung sagt Ihr nichts zu der zunemenden Ästhetisierung von Politik. Der Tote in der Badewanne und der Barrikadenbau in der Hafenstraße sind doch nur zwei Seiten einer Tendenz. Gegen solche Ästhetisierung muß man Position beziehen. Ich bezweifle, ob die Ziele und Zwecke und die Mittel, die benutzt werden bei den Leuten von der Hafenstraße, aber auch bei einem Mann wie Günther Anders, der Mord philosophisch noch legitimiert, mit meinen Zielen und Zwecken noch übereinstimmen. Ihre Ziele und Zwecke und Mittel sind nicht mehr die meinigen und ich bin unsicher, „ob unsere Wege sich als Freunde auseinandergehen" (Ernst Jandl).

Von all diesen Fragestellungen kommt in Eurem Aufruf nichts rüber. Es ist nicht einmal Verunsicherung zu spüren. Ich denke, dem entspricht ein reales Defizit an den Nahtstellen der Demokratiediskussion und eine zu große Gewißheit in bezug auf alte theoretische Wahrheiten. Mit ist klar, daß eine Erklärung wie „Tod an der Startbahn West" nicht alle relevanten Fragen der gegenwärtigen Politik aufwerfen kann. Aber in ihr wird quasi exemplarisch ein Defizit deutlich, das zu diskutieren allerdings immer notwendiger wird.

Andreas Hess

Das Geschenk, das ein Jahr hält

Wer jetzt abonniert, erhält die letzten Ausgaben des Jahres 1987 geschenkt

☐ ,,links'' ab Januar 1988 zum Bezugspreis von DM 54,— (einschl. Versandkosten). Die ,,links''-Ausgaben Oktober bis Dezember 1987 und die ,,links''-Sondernummer ,,Aufmarschgebiet Hessen'' gibt es **kostenlos** dazu.

☐ ,,Widersprüche''-Abonnement 1988 (Heft 26 bis 29) zum Bezugspreis von DM 54,— (einschl. Versandkosten), Heft 22 (Geschlechterverhältnis) und Heft 23 (Angestellte) gibt es **kostenlos** dazu.

☐ ,,express'' ab Januar 1988 zum Bezugspreis von DM 48,— (einschl. Versandkosten). Die ,,express''-Ausgaben Oktober bis Dezember 1987 gibt es **kostenlos** dazu.

Schickt die Rechnung an:

Vor- und Zuname Straße Wohnort

Das Geschenkabonnement erhält:

Vor- und Zuname Straße Wohnort

Der/die neue Leser/in erhält noch in diesem jahr die kostenlos angebotenen Zeitschriften mit einer hübschen Karte, die den Namen des Schenkenden enthält.

Das Geschenkabonnement gilt nur für 1988 und wird nicht automatisch verlängert.

1. Datum/Bestell-Unterschrift

2. Datum/Bestätigungs-Unterschrift

Erfüllungsort: Offenbach. Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

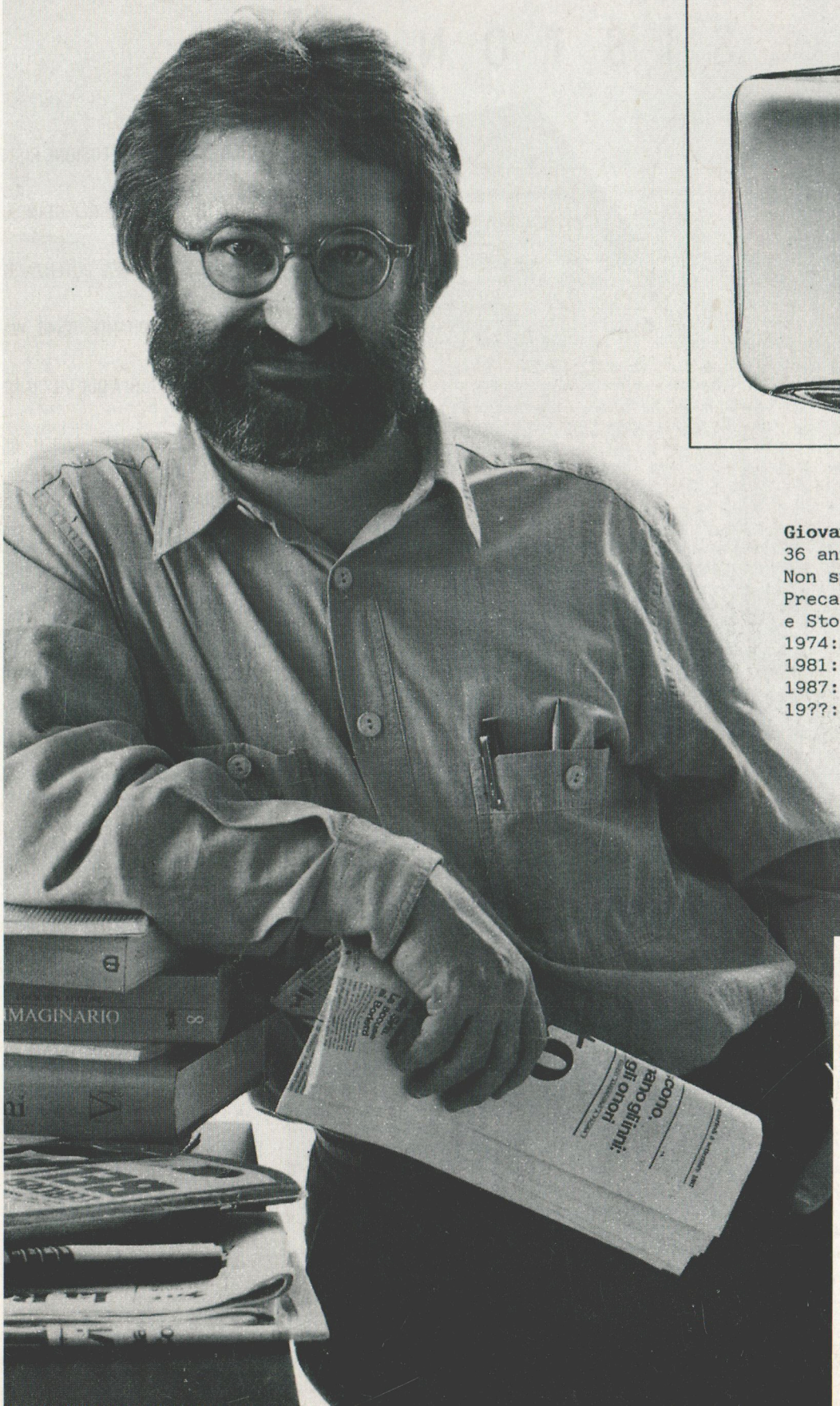
Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

12

1

[redacted]

D 2800 Bremen 01



Giovanni Prandoni
36 anni.
Non sposato, ma come se.
Precario di Italiano
e Storia a Perugia.
1974: referendum sul divorzio.
1981: referendum sull'aborto.
1987: referendum sul nucleare.
19??: referendum sulla caccia.

Un uomo Capucci
è sempre
un po' speciale.

Diese Anzeige fanden wir in der italienischen Wochenzeitschrift PANORAMA. Der Werbetext lautet:

Giovanni Prandoni
36 Jahre
Nicht verheiratet, aber so gut wie
Nicht festangestellter Italienisch- und Geschichtslehrer in Perugia

1974: Scheidungsreferendum
1981: Abtreibungsreferendum
1987: Atomenergiereferendum
19??: Jagdreferendum

Ein Mann mit Capucci
ist immer
etwas besonderes

(In der linken Hand hält der Genosse Prandoni eine Ausgabe von „il manifesto", der linksunabhängigen italienischen Tageszeitung)